

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Freistempelpostliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die schlaggehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Deutsche und englische Steuerpolitik.

Professor Adolf Wagner hat in der Rede, die er vorgestern unter dem Hohngeächter der Agrarier in der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer gehalten hat, als Tendenz der offiziellen deutschen Steuerpolitik treffend das Bestreben gekennzeichnet, alle zur Erhaltung des Deutschen Reiches nötigen Lasten der unbemittelten breiten Masse aufzuladen. Tatsächlich gibt es kaum einen anderen Staat Westeuropas, in dem der auf den Ertrag seiner Hände Arbeit Angewiesene verhältnismäßig so hoch belastet ist, und der Besitzende, vornehmlich der Millionär, so wenig zu den Einnahmen des Staates beisteuert, als im neuen Deutschen Reich preussischer Nation. Besonders im „verfluchten Albion“, dem Lande der „Krämerfeelen“, zahlt der Arbeiter und Unbemittelte viel weniger Steuern als im Lande der „großzügigen Sozialpolitik“. Betrachtet auch die englische Bourgeoisie den britischen Staat als eine Maschine zur Verfertigung ihrer Interessen, so stellt sie doch nicht, wie die konservativen und liberalen Patrioten Deutschlands, die Forderung, daß für die Aufrechterhaltung dieser Maschine lediglich die unbemittelte Masse zu sorgen hat. Der englische Befürworter der Geschäftsleute wie der Großgrundbesitzer, erkennt wenigstens die Verpflichtung an, zu den Kosten der Staatsmaschine, die fast ausschließlich in seinem Interesse funktioniert und ihm den Genuß und die Sicherheit seiner Einkünfte garantiert, einen ansehnlichen Beitrag zu liefern.

Bei den deutschen Agrariern reicht dagegen ihr „vaterländisches Pflichtgefühl“ und ihre patriotische „Opferwilligkeit“ nur so weit, der Regierung die geforderten Kosten für Heer und Marine, Kolonialabenteuer und Bureaucratie zu bewilligen; die Mittel zur Deckung der von ihnen bewilligten Ausgaben aufzubringen, überlassen sie großmütig der unbemittelten Volksmasse, und verlangen dann noch obendrein, daß der Staat ihnen und ihren Sprößlingen für ihre selbstlose Aufopferung nicht nur die besten und einflussreichsten Staatsposten reserviert, sondern auch noch durch eine die nötigsten Lebensmittel der unteren Volksschichten verteuernende Zollpolitik für einen möglichst reichlichen Profit der ländlichen Großgrundbesitzer sorgt.

Wie weit die englische Steuerpolitik von der des Deutschen Reichs abweicht, lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die etatsmäßigen Einnahmen beider Länder.

England bezog im Finanzjahr 1907/1908 aus:

	in Pfd. Sterl.
Zölle	82 490 000
Wäse (Verbrauchssteuern)	85 720 000
Nachschuß- und Schenkungssteuern	19 070 000
Eigentums- und Einkommensteuer	82 880 000
Stempelsteuer	7 970 000
Grundsteuer	790 000
Haussteuer	1 960 000
Postdienst	17 880 000
Telegraphendienst	4 420 000
Kronländersteuern	520 000
Suez-Kanal usw.	1 190 000
Verschiedenes	2 208 000
<b>Summa</b>	<b>156 638 000</b>

Sehen wir von dem Postdienst ab, der in Wirklichkeit dem britischen Staat nur wenige Millionen Mark einbringt, da den Einnahmen der Post fast ebensolche Ausgaben gegenüberstehen (der obigen Einnahme von 17 880 Pfd. Sterl. stand z. B. im Finanzjahr 1907/08 eine Ausgabe von 17 628 000 Pfd. Sterl. gegenüber), so finden wir, daß die Einnahmen des britischen Reiches vornehmlich aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Eigentums- und Einkommensteuern sowie Stempelsteuern bestehen, und zwar sind an der Gesamteinnahme aus Steuern (180 320 000 Pfd. Sterl.) die Zölle und die Einkommensteuer ungefähr mit je einem Viertel, die Wäse mit drei Fünfteln, die Nachschußsteuer mit einem Siebentel beteiligt.

Dagegen sind die Einnahmen im deutschen Reichsetat für das Jahr 1908 folgendermaßen veranschlagt:

Zölle	zirka 687 000 000 Mk.
Verbrauchssteuern	402 000 000
Stempelsteuern und Gebühren usw.	147 000 000
Erbchaftssteuern	42 000 000

Dazu kommen dann noch die Einnahmen aus der Reichspost und der Reichseisenbahnverwaltung, Bankwesen, Patrimonialbeiträge usw.

Im wesentlichen, nämlich zu mehr als fünf Sechsteln, bestehen die deutschen Reichssteuereinnahmen demnach aus Zöllen und Verbrauchssteuern; während diese Steuern im englischen Budget nur etwas mehr als die Hälfte des Gesamtsteuerbetrages ausmachen.

Dazu kommt, daß die deutschen Zölle größtenteils Schutzzölle sind, die nicht nur den Preis der eingeführten Waren erhöhen, sondern zugleich den Preis aller gleichartigen, im Inlande selbst erzeugten Waren, und daß ferner die deutschen Zölle größtenteils

die notwendigen Lebensmittel, wie Getreide, Fleisch, Gemüse, Obst, Butter, Eier, Käse, Reis treffen.

England hat eigentliche Schutzzölle nicht. Es hat nur Finanzzölle, und zwar nur auf folgende Artikel: Tee, Kaffee, Tabak, Bier, Spirituosen, Zucker und Zuckerwaren. Auch die Verbrauchssteuern beziehen sich nur auf letztgenannte Artikel. Alle andern Nahrungs- und Genußmittel sind zoll- und steuerfrei.

Nun liegen allerdings insofern die Verhältnisse im Deutschen Reich anders, als der Deutsche neben den Reichssteuern noch in den betreffenden Landesstaaten, in denen er ansässig ist, z. B. Bayern, Sachsen, Baden usw., Landessteuern zahlt; und wenn auch die Reichseinkommensteuer noch nicht Gesetz geworden ist, so fordern doch die Landesstaaten eine Einkommensteuer. Aber durch dieses Nebeneinanderbestehen von Reichs- und Landessteuern ist nicht etwa der deutsche Arbeiter in steuerpolitischer Hinsicht günstiger gestellt als der englische Arbeiter. In den meisten der deutschen Bundesstaaten muß selbst der ärmste Arbeiter, der einen Wochenlohn von 15 oder 20 M. hat, seine Einkommensteuer entrichten. In England zahlt der Arbeiter überhaupt keine Einkommensteuer; denn alle Einkommen unter 3200 M. sind steuerfrei. Um so höher sind die großen Einkommen belastet. Ein Einkommen von 20 000 M. zahlt z. B. in Preußen 600 M. Einkommensteuer, in England wenn nicht besondere Gründe für eine Ermäßigung vorhanden sind, 1000 Mark, also 5 Proz.

Ebenso belastet die englische Nachschußsteuer, obgleich sie dem englischen Reich 385 Millionen Mark, also das Fehnfache der deutschen Erbschaftsteuer einbringt, die unbemittelten Schichten nur in geringem Maße. Die Steuer beginnt erst bei einem Nachschuß von 100 Pfd. Sterl., also ungefähr 2000 M., und stellt sich für diesen Betrag auf 20 M.; doch bleibt bei der Veranschlagung das Handgerät außer Betracht. Dagegen müssen die englischen Millionen-Erben recht ansehnliche Nachschußsteuern an den Staat zahlen; denn die Nachschußsteuer steigt in England bis fast 15 Proz. des Nachschusses, d. h. der reiche Erbe muß mehr als ein Siebentel des Wertes, der ihm zufällt, an die Staatskasse abführen.

Die Steuerpolitik Englands geht eben von anderen Gesichtspunkten aus, als die des Deutschen Reichs und der verschiedenen Vaterländer, aus denen sich die neue Reichsherrschaft zusammensetzt. Wenn wir die englische Steuerpolitik auch keineswegs als Muster hinstellen wollen, so befolgt sie doch wenigstens den Grundsatz, daß die, deren Interessen die Staatsverrichtungen in erster Linie dienen, auch den Hauptteil der zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen nötigen Mittel aufzubringen haben. Die deutsche offizielle Steuerpolitik geht dagegen von dem ethischen Standpunkt aus, daß der, der am wenigsten Einkommen und Besitz hat, am steuerkräftigsten ist, während der ländliche Großgrundbesitzer nicht nur geschont werden muß, sondern außerdem aus dem Staatsfiskus städtische Dotationen zu fordern berechtigt ist. Dafür wird England auch von kleinen „Krämerfeelen“ regiert, Deutschland, das Land der hohen Sozialpolitik, hingegen von den „Edelsten und Besten der Nation“ und ihren Kommis.

## Die Kriegsgefahr.

Der serbisch-österreichische Konflikt hält in unermindelter Spannung an und ständig wächst die Gefahr, daß eine gewaltsame Lösung bevorsteht. Die österreichische Regierung hat durch ihre schroffe Ablehnung jedes Vermittlungsversuches durch die unbeteiligten Mächte, wie Frankreich einen solchen in Berlin vorgeschlagen hatte, die Situation noch verschärft und die russische Regierung veranlaßt, auch in der internationalen Politik die freibestehenden Methoden des *Loi du plus fort* zu betreiben. Die serbische Politik hätte nie zu einer solchen Gefahr für den europäischen Frieden werden können, glaubte sie nicht der Unterstützung Russlands gewiß zu sein. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die zweideutige Haltung der zarischen Regierung noch mehr die provozierende Sprache der panslawistischen Presse die Serben in ihren Drohungen gegen Österreich ermutigt und sie gleichgültig gegen das europäische Friedensbedürfnis macht. Kündigt doch die „Kotwoje Wremja“ offen an, daß Serbien auf russische Hilfe rechnen dürfe und hebt in einem nicht mehr zu überbietenden Tone gegen Österreich und Deutschland, denen es mit der Vernichtung ihrer Existenz droht. Kein Wunder, daß das Auftreten der Serben immer drohender wird und die neue serbische Regierung entschlossen zu sein scheint, mit Forderungen hervorzutreten, die in Österreich leicht mit dem längst angebotenen Ultimatum beantwortet werden könnten.

Um so dringender wird die Aufgabe, endlich dieser Gefahr energisch entgegenzutreten und dem Spiel mit dem Frieden nicht länger untätig zuzusehen. Es geht nicht an, daß die maßlose Dummheit, die Herr v. Lehrenthal mit der Annexion begangen hat, von der zarischen Vandalenregierung als Vorwand benutzt wird, um trotz der völligen Desorganisation des Staates und der Auflösung des Heeres die Rolle des Beschützers aller Slawen auf Kosten Europas zu spielen und Situation heraufzuführen, in denen schließlich die Gewehre von selbst losgehen müssen. Vor allem wäre es Aufgabe der deutschen Diplomatie, die auf dem Balkan wichtige wirtschaftliche Interessen — aber auch nur solche — zu wahren hat, ein Einverständnis mit den Westmächten

zu suchen, das den Frieden sichert und die immer wieder verschleppte Krise der endlichen Lösung zuführt. Nun hat die deutsche Regierung den französischen Vorschlag, in Wien und Belgrad Vorstellungen zu erheben, mit dem Gegenvorschlag beantwortet, die Mächte möchten nur in Belgrad eine gemeinsame Intervention versuchen. Der Vorschlag findet in Paris günstige Aufnahme. In einem sehr vernünftigen Artikel sagt der „Temps“:

„Es bleibt nur die Wahl zwischen einem gefährlichen europäischen Konflikt oder einer moralischen Enttäuschung Serbiens, die vielleicht durch wirtschaftliche Zugeständnisse gemildert werden könnte. Auf der einen Seite steht eine drohende Kriegsgefahr, auf der anderen der bereinigte Postest eines Landes, der erfolglos bleibt, sobald einmal Europa gesprochen hat. Ein gemeinsames Bestreben zur Erhaltung des Friedens ist zu leisten, und ein Opfer, das der europäischen Sache nicht von einem Staate, nämlich von Serbien, zu bringen. Da kann die Wahl nicht schwer sein, man muß das kleinere Übel wählen und sich für den Frieden Europas entscheiden. Es gibt Stunden, in denen es gilt, kalt und ohne Gefühlsüberhöhung zu urteilen. So sympathisch und interessant Serbien ist, es ist nicht einen Krieg wert, der ein Krieg aller gegen alle werden kann. Soll zwischen einer Ausdehnung der serbischen Grenzen und der Wahrscheinlichkeit, ganz Europa auf den Kopf zu stellen, gewählt werden, so kann es nicht fraglich sein, wie die Entscheidung zu lauten hat.“

Aber trotz dieser günstigen Aufnahme darf man die Aussichten nicht zu optimistisch beurteilen. Deutschland hat durch die Ablehnung, in Wien Vorstellungen zu erheben, ein schlimmes Präjudiz geschaffen. Denn auch Frankreich wird sich jetzt kaum dazu verstehen, in Petersburg mit dem erforderlichen Nachdruck aufzutreten. Und doch liegt die Entscheidung vor allem bei der russischen Regierung. Schlichtet diese sich der Intervention an und gibt sie in Belgrad mit der nötigen Deutlichkeit ihren Willen kund, die Serben, wenn sie von Worten zu Taten überzugehen wahnwitzig genug wären, allein zu lassen, so würde die Kriegsgefahr sehr rasch beseitigt sein. Aber andererseits ist es eben der Vorzug des neuen Interventionsplanes, der russischen Regierung jede weitere Zweideutigkeit unmöglich zu machen und sie zu klarer Stellungnahme zu zwingen. Daß aber diese verfaulende und bankrotte Regierung es wagen wird, sich einer gemeinsamen Friedenskonferenz der Mächte zu entziehen und einen europäischen Krieg zu entfesseln, ist schwer anzunehmen. Dazu sind doch die Lehren des japanischen Krieges und seine Folgen zu frisch.

## Die hoffenden Blockliberalen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet in ihrer Mittwochsausgabe, daß das Steuerkompromiß noch nicht fertig sei. Sie meint damit offenbar, daß es noch nicht ausgemacht sei, daß die famose „Besitzsteuer“ durch die konservativ-kerikale Koalition durchgebracht werde, sondern daß noch die Möglichkeit eines Zusammengehens der Liberalen (inklusive Freisinn) mit den Konservativen unter dem Zeichen der „Besitzsteuer“ bleibt. Daran ist natürlich nicht wohl zu zweifeln; daß der Freisinn noch den letzten Fetzen seines Steuerprogramms fahren läßt, liegt nach allem, was wir erlebt haben, durchaus im Bereich der Möglichkeit, und die Nationalliberalen sind der Besitzsteuer in der Subkommission nach der Darstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ohnehin auf halbem Wege entgegengekommen und stimmen nur gegen die Campsche und die Heroldische Fassung, weil ihr Antrag, das steuerbare Mindestvermögen auf 20 000 M. festzusetzen und Normativbestimmungen über die Vermögensveranlagung durch das Reich zu erlassen, abgelehnt wurde.

Gegen diese Vorschläge hat sich übrigens die „Kreuzzeitung“ sehr entschieden erklärt in einem Artikel, der das Kompromiß als eine glänzende Lösung der Schwierigkeiten feiert. Da das Zentrum auch dagegen ist, so werden die Liberalen schließlich auch noch vor die Frage gestellt, ob sie einer „Besitzsteuer“ zustimmen wollen, die nach dem Belieben der reaktionären Parlamente und Regierungen der Einzelstaaten schon bei 900 M. oder noch weniger Einkommen und bei 10 000 M. Vermögen beginnen kann.

Die „Münchener Neuest. Nachr.“ versichern wie die „National. Korresp.“, daß die Sache für den Liberalismus noch gar nicht so verzweifelt stehe. „An unterrichteter Stelle“ ist am Montag dem Berliner Korrespondenten des Blattes erklärt worden, daß der Fabel des Zentrums sehr verfrüht sei; der Herr hat sowohl aus Reichstagskreisen wie aus Regierungskreisen gehört, „daß zwar Vorschläge des Untersuchungsausschusses über die Besitzsteuer vorliegen, daß aber sowohl die Regierungen wie die Parteien dazu noch keine Stellung genommen haben.“ Dann heißt es weiter:

„Was wird auf die nächsten Beratungen der Finanzkommission ankommen, die am 26. Februar wieder beginnen. Wichtig ist, daß die Nachschußsteuer aufgegeben ist und eine direkte Reichsvermögensteuer nicht in Frage kommt. Es bleibt also nur der Ausweg einer indirekten Besitzsteuer, die die Einzelstaaten erheben und an das Reich abführen. Aber über die Einzelheiten dieses Planes bestehen noch die größten Differenzen; weder über die Höhe der Summen, die Art ihrer Festsetzung, den Termin des Inkrafttretens und die Verbindung dieser Besitzsteuer mit den direkten Konsumsteuern ist eine Einigung erzielt. Gerade der letzte Punkt aber ist für die Nationalliberalen und Freisinnigen, nicht minder aber auch für die Regierungen entscheidend. Und hier wird unter den Blockparteien zusammen mit der Regierung nach der Normel einer



Reinbarung gesucht. Diese Bemühungen gelten keineswegs als aussichtslos, so daß die Möglichkeit, die Reichsfinanzreform durch ein Zusammenwirken von Regierung und Volk auf der Grundlage einer gemeinsamen Besteuerung von Besitz und Verbrauch zustande zu bringen, auch jetzt noch fortbesteht, freilich in einer Form, die gegenüber den ursprünglichen Vorfällen erheblich verkleinert ist.

Auch hier ist deutlich zu erkennen, daß die liberalen Parteien — offenbar auch der Freisinn, wie das Schweigen ihres Fraktionsorgans, der „Frei. Ztg.“, zeigt — bereit sind, die direkte Reichsteuer aufzugeben und sich mit dem bedenklichen Surrogat der „Besitzsteuer“ zufrieden zu geben. Die Auslösung der „Münch. Neuest. Nachr.“ beweist, daß sie nichts Besseres wünschen, als zur Mitarbeit an der Besitzsteuer zugelassen zu werden. Auch die „Frankf. Ztg.“ läßt das deutlich durchblicken.

Der Liberalismus hofft also noch auf die Erhaltung des Wlods. Er ist bereit, neue Opfer für dies edle Ziel zu bringen.

Die Zentrumsprelle nützt die Situation gründlich aus. Das Zentrum wird als der Retter in der Not hingestellt, der das letzte Schiff der Reichsfinanzreform in letzter Stunde vor dem Sinken rettete, der „das große nationale Werk“, das unter den tollkühnen Händen des Wlods zu verderben drohte, schließlich vollbracht hat. Und zart wird dabei angedeutet, daß eine solche brave Partei wohl auf Anerkennung von der Regierung und den deutschen Wählern rechnen dürfe.

Das Betrübliebe an diesem an sich heiteren Schauspiel, das die hoffenden und zugleich angstschweißenden Liberalen und die höhnisch grinsenden und dabei kühl-berechnend oberierenden Zentrumsleute bieten, ist die Tatsache, daß die Masse des arbeitenden Volkes die Besse zahlen muß. Einerlei, ob die „Besitzsteuer“ schließlich konservativ-kerikal oder konservativ-liberal gefärbt wird, in beiden Fällen ist sie die Aulisse, hinter der die Ausplünderung der Besitzlosen durch neue indirekte Steuerlasten zustande kommt!

Die „Märkische Volkszeitung“ veröffentlicht am Mittwochabend den Wortlaut der Anträge v. Camp und Herold. Der erstere lautet demnach:

Für die Zeit vom 1. April 1900 bis zum 1. April 1914 ist von den Bundesstaaten eine Reichsteuer nach folgenden Grundsätzen einzuführen und zu erheben:

1. Das Gesamteinkommen aller Angehörigen der Bundesstaaten, mit Ausschluß des Landesherrn und der Landesherren, soweit dasselbe den Betrag von 900 M. übersteigt, ist festzustellen.

2. Diejenigen Staaten, welche eine Einkommensteuer nicht besitzen, werden mit einem Betrage zu dieser Steuer herangezogen, welcher dem Durchschnittsbetrag in den anderen Staaten auf den Kopf der Bevölkerung entspricht.

3. Der durch diese Steuer von den Bundesstaaten aufzubringende Höchstbetrag wird auf 142 Millionen Mark abzüglich des Ertrages aus der Fahrlorenzsteuer (20 Millionen Mark) und abzüglich der Erträge aus der Erhöhung der bestehenden Erbschaftsteuer durch die Verfassung festgesetzt.

4. Die jährlich zu erhebende Quote wird durch den Reichshaushaltetat bestimmt.

5. Die Bundesstaaten sind verpflichtet, die auf sie entfallenden Steuerbeträge als Zuschläge zu den bei ihnen bestehenden Besitzsteuern (Vermögenssteuer, Einkommensteuer) zu erheben und vierteljährlich nach näherer Anweisung des Bundesrats an das Reich abzuführen.

6. Bis zum 1. April 1912 ist ein Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen, durch welchen eine in der Ausführung der Einzelstaaten zu überlassende Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke erzielt wird.

Im Falle der Ablehnung der Ziffer 1 und 2 dieselben durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: 1. das Gesamtvermögen aller Angehörigen der Bundesstaaten, mit Ausnahme des Landesherrn und der Landesherren, soweit dasselbe den Betrag von 20 000 M. übersteigt, ist festzustellen. Diejenigen Staaten, in denen eine den beweglichen und unbeweglichen Besitz umfassende Vermögenssteuer nicht vorhanden ist, werden mit demjenigen Betrage zu dieser Steuer herangezogen, welcher dem Durchschnittsbetrag in den anderen Staaten auf den Kopf der Bevölkerung entspricht.

Der Antrag Herold hat folgenden Wortlaut:

1. An Stelle der Rotulusabgabe tritt eine Besitzsteuer.

2. Diese darf im Gesamtergebnis von 1900 bis 1913 im Jahre die Summe von 150 Millionen Mark nicht übersteigen; der Etat setzt jährlich fest, wie hoch der zu erhebende Betrag ist.

3. Der von den Bundesstaaten zu zahlende Betrag richtet sich nach dem nach einheitlichen Grundsätzen zu ermittelnden reinen Vermögensstand der Bevölkerung eines Landes.

4. Vermögen unter 20 000 M. bleiben bei dieser Ermittelung wie bei der Erhebung der Steuer außer Betracht.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Februar 1900.

### Rechnungswirtwarr.

Aus dem Reichstag (24. Februar). Um das Reichs-Rechnungswesen handelte es sich in der heutigen Sitzung. Zunächst wurde der Etat der Oberrechnungskammer in zweiter Lesung erledigt. In der kurzen Diskussion fand das Bemühen dieser obersten Behörde für Rechnungsprüfung, auch in die verworrenen Kolonialrechnungswesen Ordnung zu bringen, durchweg Anerkennung. In einer Resolution wurde nur noch der Wunsch ausgedrückt, daß die Kammer auf größere Vereinfachung der Rechnungsführung hinwirken möge. Wieviel aber noch zu tun ist, um in Kolonialwesen auch nur beschiedenen Ansprüchen an Ordnung Genüge zu schaffen, ging aus der Debatte über das Kolonialrechnungswesen hervor, die sich über Rechnungslegungen bis in das Jahr 1896 zurück entspann. Besonders der Abg. Erzberger, der namens des Zentrums sprach, aber auch der nationalliberale Abg. G. Orde wiesen auf die Uebelstände hin. So hat der Rechnungshof selbst festgestellt, daß früher Beamte ohne Vorbildung hinausgeschickt wurden.

Genosse Roske knüpfte an diese Feststellung die Frage, was für Beamte das gewesen seien, die besonders in Ostafrika, wo die ärgste Mißwirtschaft in früheren Jahren eingerissen war, ohne genügende Kenntnisse ihre Ämter wahrzunehmen hätten. Er richtete diese Frage nicht nur an die Verwaltung, sondern auch an die Mitglieder des Hauses, die früher in Ostafrika gewesen sind. Aber selbst der Abgeordnete v. Lieberk, der ja als früherer Gouverneur von Ostafrika hätte Auskunft geben können, blieb mit der Miene des steinernen Gastes auf seinem Platze sitzen.

Bei den Klagen der Oberrechnungskammer kamen übrigens auch höchst sonderbare Konsumgewohnheiten der Beamten in Ostafrika zu Tage, so: daß in einer Kolonie von einem Jahre auf das andere die Ausgabe für Streichhölzer sich um 1000 M. das Jahr gesteigert hätte! Für patriotische Schulen wäre es ein recht nützliches Exempel, auszurechnen, wieviel Streichhölzer auf jeden Beamten pro Stunde, pro Minute und pro Sekunde gekommen sind. Man hat den Ein-

druck, als ob diese Beamten den Hauptteil ihrer Zeit mit Streichhölzerarbeiten zugebracht haben.

Herr Dernburg war bei Beginn der Erörterungen anwesend, hatte sich aber schließlich den Unannehmlichkeiten entzogen, und der Ministerialdirektor Conze ging über die unangenehmen Zeitstellungen hinweg mit der Bemerkung, „das sei alles schon so lange her!“ Nun ja, wenn die Mißstände der heutigen Verwaltung rechnungsgemäß vor den Reichstag kommen werden, wird es auch wieder „so lange her“ sein! Das Steuerbewilligen und Steuerbezahlen jener kolonialen Geldverplemperungen ist dafür eine um so aktuellere Frage.

### Innere Kolonisation.

In Bezug auf die innere Kolonisation haben sich alle bürgerlichen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses auf einen Antrag verständigt, der die Regierung ersucht, sobald wie möglich unter Hinzuziehung von Interessenten und Sachverständigen eine Konferenz zur Prüfung der Frage zu berufen, wie in den einzelnen Provinzen des preussischen Staates die Organisation des Anstiedelungswesens zu gestalten, wie insbesondere — unbeschadet der Verschiedenheit in den einzelnen Provinzen — eine Zusammenfassung der ganzen Arbeit an einer Zentralstelle zu ermöglichen ist.

Gegen die Einberufung der Konferenz hatte niemand etwas einzumenden, doch ließ die Beratung, die am Mittwoch begann, keinen Zweifel darüber, daß auf der Konferenz selber die Gegenstände aufeinandergetragen werden. Die Freisinnigen unter Führung des Abg. Dr. Erbacher wollten nichts davon wissen, daß der Staat das Anstiedelungswesen in die Hand nimmt, einmal wegen der hohen Kosten und zweitens, weil sie den Staat für eine derartige Aufgabe überhaupt nicht für geeignet halten. Andererseits rechnen die Agrarier auf eine neue Liebesgabe in Höhe von Hunderten von Millionen; sie hoffen, daß so manch einer ihrer Freunde mit Hilfe des Geldes der Steuerzahler sein verschuldetes Gut zu hohem Preise loskaufen kann. — Ein anderer Gegenstand besteht in der ländlichen Arbeiterfrage. Die Konservativen wollen sich durch die „innere Kolonisation“ einen Stamm sephalter und gefügiger Arbeiter sichern, denen sie natürlich auch das Koalitionsrecht vorenthalten, während von anderer Seite die Gewährung des freien Koalitionsrechts als erste Voraussetzung für die Lösung der Landarbeiterfrage hingestellt wird. Ob durch die innere Kolonisation bessere Wohnungsverhältnisse auf dem Lande geschaffen werden, wie einige Redner prophezeien, das bleibt noch abzuwarten. Allzu große Hoffnungen darf man jedenfalls auf die Konferenz nicht setzen.

Die Debatte über den Antrag soll am Donnerstag zu Ende geführt werden. Inzwischen wird das Haus in einer Abendstunde die Interpellation über die Wasserkatastrophe besprechen.

### Der Prozeß Berger.

In der Presse ist in den letzten Tagen in breiter Ausführlichkeit ein Prozeß verhandelt worden, der von der Marinebehörde gegen den Kapitän a. D. Berger angestrengt worden war wegen einer Reihe von Anklagen, die in der Wochenschrift „Das Blaue Buch“ gegen die Vorgesetzten Vergers und besonders auch gegen das System der geheimen Führungslisten und der militärischen Ehrengerichte veröffentlicht worden waren. Wir haben von den Verhandlungen keine Notiz genommen, weil sie irgend etwas Neues und Gravierendes gegen das belämpfte System nicht enthielten und immer deutlicher verrieten, daß gerade in dem Falle Berger besonders grobe Mißstände des Systems nicht hervorgetreten waren. Vielmehr zeigte sich, daß Berger zwar ein dienstfertiger, ehrgeiziger Offizier war, daß er sich aber gerade durch diese Eigenschaften dazu verleiten ließ, die Disziplin an Bord für Mannschaften wie Offiziere derart straff anzuziehen (unter anderem durch Duldung der Verprügelung von Matrosen durch die Mannschaft, das sogenannte „Binden des Jungfernkranzes“), daß sich unter seinem Kommando bedenkliche Zustände herausbildeten. Nachdem Berger schließlich seine persönlichen Beschwerden gegen seine Vorgesetzten in aller Form zurückgezogen, blieb nichts übrig, worüber eingehend zu berichten gewesen wäre.

Berger wurde schließlich zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt, der Redakteur des „Blauen Buchs“, Dr. Jegenstein, zu 6 Monaten Gefängnis. Unverständlich ist, wie Jegenstein, der den Darstellungen Vergers Vertrauen geschenkt, schwerer bestraft werden konnte, wie der intellektuelle Urheber der angeblichen Straftat! Bedauerlich ist freilich, daß sich Dr. Jegenstein, offenbar eingeschüchert durch den allerdings ungeheuerlichen Strafantrag des Staatsanwalts auf 15 Monate Gefängnis, sich der Strafe einstweilen durch Flucht entzogen hat. Jegenstein wird zwar als Kenntnisreicher geschätzt, doch hätte er so viel Courage aufbringen sollen, der Verurteilung mit der einem oppositionellen Journalisten geziemenden Kaltblütigkeit entgegenzutreten.

Bemerkenswert wäre an dem Prozeß noch, daß nach dem Bericht der Vorsitzende des Gerichtshofes den beiden Angeklagten beim Eintritt in die Verhandlungen eröffnete, daß sie, falls sie es auf den Versuch eines Wahrheitsbeweises ankommen ließen, auf mildernde Umstände laum noch zu rechnen hätten! Das ist ein ganz eigentümlicher Standpunkt! Dem Angeklagten muß in jedem Falle, ohne deshalb eine Verschleierung seiner Position beschränken zu müssen, die Möglichkeit des Wahrheitsbeweises gegeben sein. Denn wenn dieser Wahrheitsbeweis möglich ist, so kommt das moralisch doch nur den Klägern oder Nebenklägern zugute, die nur im Falle unangenehmer Enthüllungen den Wahrheitsbeweis zu scheuen haben. Durch die den Beurteilten zur Last gelegten Kosten des Verfahrens erfolgt ja ohnehin eine ausreichend schwere Bestrafung der Angeklagten!

### Ersatz für das Branntweinmonopol.

Das Branntweinhandelsmonopol, das den wasserländischen Spiritusbrennern so schöne Profite für ihre aufreibende Tätigkeit im Dienste der Alkoholisierung des deutschen Volksgenüßs in Aussicht stellte, ist zum Schmerz der Agrarkonservativen in der Steuerkommission gefallen. Doch mit der ihnen eigenen geschäftlichen Findigkeit haben die Edlen bereits ein schönes neues Branntweinkontingentierungs-Projekt ausgestellt, das ihnen nicht minder gute Vorteile verspricht. Das „Verl. Tageblatt“ weiß darüber zu berichten:

„Wesentlich beruht die famose Branntweinliebesgabe auf den Doppelsätzen der Verbrauchsabgabe einer bestimmten Spiritusmenge. Dieses Kontingent ist statt mit 70 nur mit 50 M. pro Hektoliter zu versteuern. Da bei der Preisbildung des gesamten Trinkbranntweins die 70 M. zur Berechnung kommen, so steht der Brenner für die ganze Höhe seines Kontingents die Differenz zwischen 70 und 50 M., also 20 M. pro Hektoliter in seine Tasche. Diese Liebesgabe erklären unsere agrarischen Branntweinsteuerreformer sich bereit, auf die Hälfte zu ermäßigen, wenn — neben der halbierten alten Liebesgabe eine zweite Liebesgabe geschaffen wird, die im Gesamtwert höher sein würde als die halbe bisherige Liebesgabe. Die bisherige Liebesgabe fällt sich auf die Verbrauchsabgabe. Die neue soll sich auf die Brennsteuer stützen, die zu diesem Zwecke ebenfalls reformiert wird. Neben dem Kontingent für Trinkbranntwein soll ein zweites Kontingent geschaffen werden, das die durchschnittliche Gesamtproduktion der einzelnen Brenner umfaßt. Was dann jenseits dieses Kontingents an Spiritus hergestellt wird, verfällt einer Brenn-

steuer, die um acht bis zehn Mark pro Hektoliter höher gedacht ist als der höchste Satz der gestaffelten Brennsteuer innerhalb des Produktionskontingents. Es liegt auf der Hand, daß dieser für die Uebersteigerung des Kontingents in Aussicht genommene Brennsteuerersatz bei der gesamten Preisbildung für Spiritus ebenso entscheidend sein wird wie der Siebzig-Marksatz der Verbrauchsabgabe bei der Preisbildung für den Trinkbranntwein. Man würde auf diese Weise zwei Kontingente schaffen, von denen das kleine in dem größeren so geschickt angebracht ist, wie in gewissen chinesischen Eisenfingerringen eine kleine freilaufende in einer größeren.

Das Zentrum soll für die Idee bereits gewonnen sein. Auf die wohlwollende Neutralität des Reichshausamtes glaubt man ebenfalls rechnen zu dürfen. Der Plan ist in allen Einzelheiten formuliert. Man hofft ihn schon in der nächsten Sitzung der Subkommission von Stapel lassen zu können.

Das Projekt erscheint in Anbetracht der heutigen Reichsfinanzlage als verträglich; doch unter dem Regime des vierten Kanzlers ist das Verrückteste fast das Wahrscheinlichste.

### Feindliche Wlodsbrüder.

Daß die Konservativen sich im Interaktionsfluß der Steuerkommission mit dem Zentrum auf ein Kompromiß eingelassen und den Strategen des Zentrums die Führung eingeräumt haben, hat, wie wir an dem Beispiel eines Leitartikels der „Köln. Ztg.“ nachgewiesen haben, die Nationalliberalen zu wider Willen aufgehetzelt. Ein nationalliberales Blatt nach dem anderen wendet sich mit scharfen Angriffen gegen die konservativ-kerikalische Lechtelmschicht und, wie immer, wenn zwei Anrühige sich streiten, fallen dabei allerlei niedliche Anschuldigungen und Wohlstellungen ab. So schreiben z. B. die „Verl. Neuest. Nachr.“ unter dem Titel „Nichts gelernt und nichts vergessen?“:

„Geht aber die konservativ Partei gegenwärtig nicht wieder denselben gefährlichen Weg wie vor 1806 und 1848?“

„Rings um und her hat sich das politische Bild verschoben; Millionen sind mit neuen Forderungen und bedeutsamen Interessen in den Kreis des Lebens eingetreten, die früher nicht da waren oder kein Organ hatten, ihren Willen zu bekunden. Sie pochen an den Pforten der alten Feste; da aber wähnt man sich geborgen genau so wie vor 1806 und vor 1848. Hier hat das veränderte Zeitalter mit seiner tiefgehenden Bewegung, der so vieles zum Opfer gefallen ist, was nie wieder kommt, auf Denken, Sinnen und Empfinden bis heute entscheidend nicht zu wirken vermocht.“

Wer ein Gegner der konservativen Partei ist, kann sich dieser Abgesessenheit und dieses Verlangens nur freuen; denn es wird nicht lange währen und die Zeit wird mit einem Sturm diesen herblichen Blätterichmud hinwegfegen. Wer aber, wie Scharfher dieser Zeilen, ein Freund der Aristokratie, jeder Aristokratie ist, ohne die wir verstanden, den betrifft und beunruhigt es, daß eine Partei, die höhere Pflichten zu erfüllen hat, so die gesunde Wurzel ihrer Kraft verlernen kann, daß der Weg nach Aulstrin wieder offen wird. Sieht man wirklich nicht, daß bald ganz andere Preise bezahlt werden müssen, als sie jetzt gefordert werden? Ist das bisherige Wahlrecht für das Abgeordnetenhause ohne die Nachsteuer zu behaupten? Oder steht an dieser Stelle nicht mehr auf dem Spiele als der schwebende Rammon? Nach alter germanischer Auffassung ist jede Autorität eine schwebende Macht, oder sie besteht zu Unrecht. Eine Aristokratie des Wlods depossediert sich, die sich hier ihrer Pflicht für das gesamte Leben der Nation nicht bewußt wird, wie der Geldsak sein Recht vertritt, wenn er nur Druck und Vernichtung bringt, und wie die Bildung seines Pfifferling mehr wert ist, wenn sie nur Ansprüche und Dunkel lemt, und die Bureaucratie zu einer Festschneid, wenn sie vorzugsweise auf ihr eigenes Bestehen bedacht ist...

Die Sünden aber der Väter werden an den Kindern heimgekehrt nach dem ewigen Gesetz des Lebens, denn nichts geht von unseren Taten verloren, weder Gutes noch Böses.

### Schiffahrtsabgaben.

Daß der Geheintwurf über Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Wasserstraßen dem Bundesrat zugegangen ist, haben wir bereits mitgeteilt. Einem Mitarbeiter des „Verl. Tageblatt“ hat nun der preussische Ministerialdirektor Peters, der Schöpfer des Entwurfs, über den Inhalt das folgende mitgeteilt:

„Die Vorlage will zunächst in juristischer Hinsicht die in dem von den Schiffahrtsabgaben handelnden Artikel 54 der Reichsverfassung enthaltenen Begriffe definieren. Sie gibt kurze Definitionen für das, was man dort unter „Anstalten“, „Besondere Anstalten“, „Benutzung“, „Unterhaltungs- und Herstellungskosten“ zu verstehen hat.“

Dann aber sieht der Entwurf auch ein vollkommenes Novum für die zukünftige Regelung der Schiffahrtsabgaben vor: Vollkommene Tarifgleichheit auf allen Strecken eines Stromgebietes. Also Verhinderung des bisherigen, häufig recht häßlichen gegenseitigen Abjagens des Verkehrs, kurz der Konkurrenz, die entstünde, wenn jeder verkehrsbedeutende Staat für sich die Abgaben erheben und verwenden würde. Und ferner: Abführung der vereinbarten Schiffahrtsabgaben an eine Zentralkasse, deren Vorstand aus den Delegierten der an dem betreffenden Strom verkehrsbeteiligten Staaten bestehen soll. Endlich: Verwendung der Gelder unter allen Umständen nur zur Vertiefung, Verlängerung der schiffbaren Strecke, zur Regulierung, kurz, zur Verbesserung des betreffenden Stromes, und zwar da, wo solche am nötigsten ist. Im Zweifel, wenn überhaupt Streit entstehen sollte, entscheidet der Bundesrat, sonst die Stimmenmehrheit der Vertreter der beteiligten Staaten. ... In Zukunft würde — die Annahme des Gesetzes vorausgesetzt — die erforderliche Verbesserung des Verkehrsweges auch ohne den betreffenden Staat herbeigeführt werden, und bezahlt werden würde die Sache aus der gemeinsamen „Pinte“, in die allein ja die Schiffahrtsabgaben fließen sollten. ... Die Schiffahrtsabgaben sollen nur als Gegenleistungen für die Benutzung von wirtschaftlich förderlichen Schiffahrtsanstalten gefordert werden. Sie stehen also im Gegensatz zu sonstigen, der Schiffahrt in manchen Ländern auferlegten Abgaben mit Steuercharakter.“

Der Ministerialdirektor suchte sodann in ausführlichen Erörterungen zu beweisen, daß die Schiffahrtsabgaben von außerordentlich hohem wirtschaftlichen „Vorteil“ seien und er schloß:

„Nach alledem bin ich überzeugt, daß auch der geschworenste Gegner alles dessen, was an Gesetzesvorschlägen von der Regierung ausgeht, das schöne Entzeln dieses Entwurfs billigen wird und gleichzeitig dessen verkehrspolitischen Zweck: die künftige Ausschaltung des Verkehrsegoismus und der Verkehrsseifersüchtigkeit der Einzelstaaten.“

Dem Herrn Ministerialdirektor steht die edle Wärme, mit der er sein Opus eintritt, wohl an. Der Öffentlichkeit wird es nicht minder gut anstehen, zu dem Entwurf, sobald er dem Schoße des Bundesrats entzogen sein wird, ihre Meinung zu sagen.

### Die Satten und die Hungernden.

Der Magistrat von Nürnberg besaßte sich am Dienstag mit dem ablehnenden Beschluß des Gemeindefolkkollegiums, die vom Magistrat geforderten 150 000 M. zur Unterstützung Arbeitsloser zu bewilligen. Der Magistrat hätte auf seinen Beschluß bestehen können, und es hätte dann eine



gemeinsame Sitzung beider städtischer Kollegien noch einmal über die Frage entscheiden müssen.

Da die Ablehnung im Gemeindefakultät nur mit einer Stimme Mehrheit zustande gekommen ist, wäre eine solche gemeinsame Sitzung gar nicht aussichtslos gewesen. Der sozialdemokratische Magistratsrat Merkel stellte dem auch den Antrag, eine solche Sitzung abzuhalten. Er wurde aber mit 5 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Wegen der Arbeitslosen läßt es der Magistrat auf einen Konflikt mit der Ordnungsmehrheit des Gemeindefakultäts nicht ankommen!

Etwas mehr soziales Verständnis brachte am Dienstag die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. auf. Sie bewilligte auf Antrag der Demokraten 20000 M. zur Unterstützung der ausgebezahlten Gewerkschaftler und der Arbeitslosen. Die Sozialdemokraten hatten 30000 M. beantragt. Die 20000 M. werden dem „Sozialen Museum“ überwiesen, einer Frankfurter Organisation, die eine Hilfeleistung für Arbeitslose einleitet hat.

Bemerkenswert ist, daß sowohl die Freisinnigen als auch die Rationalliberalen gegen diesen Antrag gestimmt haben. Der Führer der Jungnationalen meinte sogar, es müsse ihm erst bewiesen werden, daß ein Rotstand bestehe.

Genosse Dittmann wies demgegenüber darauf hin, daß die Gewerkschaften im vergangenen Jahre allein 148013 M. an Unterstützungen für Arbeitslose ausbezahlt haben; das „Soziale Museum“ hat bisher für den gleichen Zweck 35000 M. aufgewendet.

Die Bremer Bürgerschaft lehnte am Dienstag folgenden Antrag der Sozialdemokraten ab:

In der Erkenntnis, daß Staat und Kommune die Pflicht der Fürsorge für die Arbeitslosen haben, beschließt die Bürgerschaft die Niederlegung einer Deputation mit dem Auftrage, darüber zu beraten und zu berichten, ob es sich empfiehlt, nach dem Vorbilde zahlreicher Gemeinden einen staatlichen Fonds zu errichten, aus dem eine Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung erfolgt.

Die Ablehnung erfolgte mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Sozialdemokraten. Den Herren Bürgern war die Erörterung der Sache offenbar sehr fatal. Keiner von ihnen nahm sich die Mühe, auf die eingehende Begründung des Genossen Tiedemann sachlich zu antworten, dagegen kompelte ein bürgerlicher Vertreter namens Schulte den sozialdemokratischen Redner in einer Geschäftsordnungrede an.

Die Rede sei vorgelesen worden — was natürlich nicht der Fall war — und deshalb auch unerträglich lang ausgefallen, weshalb eine Beschränkung der Redezeit notwendig sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Herrn gebührend gedient.

### Heber das Viehseuchengesetz

Wird die Nachricht verbreitet, daß mit einem Scheitern der Vorlage zu rechnen sei, und zwar deshalb, weil die Regierung der Einführung einer Patenkommission nicht zustimmen könne.

Wenn das Gesetz scheitert, so hat die Arbeiterschaft keine Veranlassung, das zu bedauern. In Wirklichkeit soll das Gesetz nämlich nicht so sehr der Bekämpfung der Viehseuchen dienen, sondern es möglich machen, daß alle vom Zolltarif nicht erfaßten landwirtschaftlichen Produkte nur auf andere Weise von der Einfuhr nach Deutschland ausgeschlossen werden. Es handelt sich dabei wesentlich um Milch, Butter, Eier und ähnliche Produkte.

Auf Grund seiner Bestimmungen könnten Versammlungen verboten werden, nämlich dann, wenn anzunehmen ist, daß im Stall des Anwesens, in dessen Saal die Versammlung stattfindet, Vieh steht, das der Behörde seuchenverdächtig oder seuchenempfindlich (1) erscheint. Diese Eventualität haben die Regierungsbekanntmachungen in der Kommission ausdrücklich zugegeben. Das Gesetz hat aber auch noch eine zweite arbeitserfindliche Seite.

### Zentrum und Tabaksteuer.

Man schreibt uns:

Allen Anschein nach sind im Zentrum Personen am Werke, die für eine Schwächung der Fraktion in der Tabaksteuerfrage Propaganda machen. In diesem Verdacht wurden wir noch dadurch bestärkt, als wir in der „Kölnischen Volkszeitung“ Nr. 119 einen Artikel lasen, nach welchem in der Sozialdemokratie ein Umschlag zugunsten der Sondersteuer bevorzugen solle. Daß der Verfasser dieses Artikels gerade bei der Sozialdemokratie, über deren Stellungnahme zur Tabaksteuer von Anfang an kein Zweifel war, eine solche Wandlung annehmen konnte, scheint uns gänzlich ausgeschlossen. „Was geht vor?“ Diese Frage, die die „Kölnische Volkszeitung“ in den letzten Wochen mehrfach in bezug auf die Finanzreform gestellt hat, stellen auch wir und zwar bezüglich der Zentrumspartei. „Weshalb dieser jeder Begründung entbehrende Angriff auf die Sozialdemokratie? Aus der Tatsache, daß wir, nachdem von den Rationalliberalen, vom Freisinn und auch vom Zentrum bestimmt erklärt worden war, die Sondersteuer ist für uns unannehmbar, dagegen eine Reihe Abgeordneter aus diesen Parteien sich positiv für einen Ausbau des jetzigen Steuersystems erklärten, nunmehr die schreiende Ungerechtigkeit einer Zollerhöhung für die unbemittelten Schichten der Bevölkerung nachweisen, zog der Verfasser des Artikels in Nr. 119 der „Kölnischen Volkszeitung“ den merkwürdigen Schluß, daß sich bei uns die Wandlung zugunsten der Sondersteuer vollzogen habe. Von Seiten der christlichen Tabakarbeiter wurde darauf in Nr. 136 der „Kölnischen Volkszeitung“ in sehr zutreffender Weise erwidert, daß unsere „Frontveränderung“ durch die ganze Situation, in erster Linie aber durch die unsichere Haltung der großen Fraktionen des Reichstages, geboten gewesen sei und daß, wenn wir uns einer „Stärkung der Gründe für Annahme der Regierungsvorlage“ schuldig gemacht hätten, der gleiche Vorwurf auch gegen den Verband der christlichen Tabakarbeiter erhoben werden könne.

Trotz der eingehenden Widerlegung seiner Ansichten aus den Reihen der christlichen Tabakarbeiter versucht in Nr. 149 der „Kölnischen Volkszeitung“ der Verfasser nochmals, uns einer derleihen Taktik in der Bekämpfung der Tabaksteuer zu bezichtigen.

Warum diese Hartnäckigkeit in der Aufrechterhaltung einer völlig unmotivierten Anklage gegenüber uns, wo wir doch wahrlich in der Zusammenstellung von einwandfreiem Material gegen die Sondersteuer das denkbar Möglichste getan haben? Unser Kritiker beliebt völlig zu ignorieren, daß die Gründe, die wir gegen eine Zollerhöhung ins Feld führten, genau dieselben sind, die 1905/06 die Abgeordneten Frey, Gröber und Speck dagegen vorbrachten. Am Dienstag, 9. Januar 1906, erklärte namens der Zentrumsfraction der Abg. Speck gegenüber der damaligen Regierungsvorlage auf Zollerhöhung: „Solange es technisch nicht möglich ist — und ich glaube, es wird auch in Zukunft nicht möglich sein — eine Unterscheidung zu treffen zwischen den höher- und minderwertigen Tabaken, solange, glaube ich, ist für den Reichstag eine Annahme der Vorlage nicht leicht möglich.“

Warum? fragen wir. Wenn die Zentrumsfraction die Sondersteuer für unannehmbar erklärt, wenn die Zentrumsfraction eine Zollerhöhung, wie 1906, so auch heute für ganz unmöglich hält,

so mag sie doch endlich einmal klipp und klar dies vor aller Welt erklären; wir geben der Zentrumsfraction die Versicherung, eine solche unzweideutige Erklärung würde auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Tabakarbeiter mit großer Freude aufgenommen werden, und versäumen würden von dem Moment an alle Klagen bezüglich der schwankenden Haltung der Zentrumsfraction in der Tabaksteuerfrage.

Aber — da liegt der Hase im Pfeffer! Die Zentrumsfraction möchte gern mit den Konservativen zusammen die Reichsfinanzreform machen und da scheint, genau so wie bei den Wladypartien, auch im Zentrum Stimmung dafür zu sein, Zehntausende von Tabakarbeiterexistenzen auf dem „Altar des Vaterlandes“ zum Opfer zu bringen. Und im Zentrum scheint uns deshalb die „Wandlung zugunsten der Sondersteuer“, die man uns andächtig beibringt, vorbereitet werden zu sollen, weil eben die Konservativen Anhänger der Sondersteuer sind und bei dem sich jetzt augenscheinlich vollziehenden Kompromiß zwischen den Konservativen und dem Zentrum in Sachen der Finanzreform mutmaßlich als Bedingung die Zustimmung des Zentrums zur Sondersteuer gestellt haben.

### Wurden Lebende eingemauert?

Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in Münster wurde der Redakteur der „Vergarbeiterzeitung“, Genosse Polorny, am Sonnabend polizeilich in Bochum um die Zeugen befragt, die nach der „Vergarbeiterzeitung“ gehört haben, daß am Tage der Katastrophe auf der Zeche Rabod bei Abbruch der Haltungsarbeiten der Direktor Andre darauf aufmerksam gemacht wurde, daß noch Lebende in der Grube seien. Polorny hat erklärt, daß er nach Erscheinen des Protokolls über die Verhandlungen des Vergarbeiterkongresses dem Untersuchungsrichter die gewünschten Angaben machen werde.

### Eine abgedroschene Wahlflüge.

Die zum eisernen Bestande der Ordnungsparteien gehört, wird von der „Täglichen Rundschau“, der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen Organen wieder einmal aufgewärmt. Diese Blätter verbreiten die Schaurmär, die Sozialdemokratie habe aus Bremen in den benachbarten Reichstagswahlkreis Verden-Hoya, in dem eine Erziehungshausbauarbeiten hat, 1600 sozialdemokratische Arbeiter abgeschoben, die sich dort in die Wählerlisten eintragen ließen und so „das Wahlergebnis fälschen“ sollen. Die vereinigten Organe benutzen die Gelegenheit, um für eine Verstimmlung des Reichstagswahlrechts durch die Bedingung einer halbjährlichen oder längeren Karezzeit Stimmung zu machen.

Die Meldung ist natürlich glatt aus den Fingern gezogen, gerade so wie alle ähnlichen Inhabits, die bei früheren Wahlen von streupelosen Gegnern der Sozialdemokratie erfunden worden sind.

### Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardebrigade hatte sich gestern der Oberleutnant W. vom 1. Eisenbahnpolizeiregiment wegen des Verbrechens der Notzucht zu verantworten. Der Angeklagte sollte das ihm zur Last gelegte Verbrechen an einem Fräulein W., einer Schreibmaschinistin, in einem Bureauzimmer begangen haben. In der gestrigen Verhandlung waren neben einer größeren Anzahl von Zeugen auch zwei medizinische Sachverständige geladen und zwar ein Arzt und eine Hebamme. Seitens der Verteidigung wurde vor Eintritt in die Verhandlungen ein Antrag auf Ablehnung des Arztes gestellt unter der Motivierung, daß dessen bereits abgegebenes Gutachten über den vorliegenden Fall einseitig sei. In dem Bericht dieses Sachverständigen werde von einer brutalen Behandlung des Fel. W. durch den Angeklagten gesprochen. Das Gericht gab auch dem Antrage statt. Auf den Antrag des Vertreters der Anklage beschloß das Gericht, wegen Gefährdung der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Auch die Anklage wurde in nichtöffentlicher Sitzung verlesen. Nach längerer Verhandlung kam der Gerichtshof zu einem Freispruch. Die Verhandlung der Urteilsbegründung fand gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

### Der „Schutz“ der Untergebenen.

Im Juli vorigen Jahres waren Mannschaften des Telegraphenbataillons Nr. 3 in Koblenz auf der Karthause beim Schießen. Der Bizefeldwebel, der die Aufsicht führte, schickte die Leute, die ungenügend schossen, zum Sergeanten H., und dieser ließ sie durch den Unteroffizier W. derartig „nachüben“, daß einer der Soldaten ohnmächtig zur Kaserne getragen werden mußte. Die Leute wurden hin und her gehetzt, die Wälle auf und ab gejagt und dann wieder zum Schießstand geschickt, um zu schießen. Die Richter des Oberkriegsgerichts wiesen auf die Unmöglichkeit hin, daß dergleichen abgehete Menschen noch schießen könnten. Der Bizefeldwebel wurde von der schuldhaften Vernachlässigung der Aufsicht freigesprochen, der Sergeant erhielt 3 Tage Mittelarrest, der Unteroffizier wurde ebenfalls freigesprochen.

Vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Kiel hatte sich am Dienstag der Bootsmannsmat vom Linienschiff „Jährling“ wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Bootsmannsmat hatte bei einer Feldübungsübung einen Matrosen, der ihm nicht schnell genug lief, mit dem gezogenen Seitengewehr einen Schlag über den Oberarmel versetzt und ihn dann mit der Spitze des Seitengewehrs in das Kniegelenk gestochen, so daß eine tiefe Wunde entstand. — Dafür erhielt der Vorgesetzte 45 Tage Gefängnis!

Der Unteroffizier Dieb des 9. Infanterie-Regiments in Würzburg hatte eine besondere Abneigung gegen den jüdischen Soldaten Nathan Blättner. Einmal ließ er ihn mit zwei Kameraden nach dem Exerzieren so lange Kniebeuge und Gewehrstrecken machen, bis Blättner weinend zusammenbrach, so daß ein zusehender Befreier den Unteroffizier aufforderte, die Mißhandlungen einzustellen. Ferner hat der Unteroffizier Blättner, den er oft auch einen „stinkigen Juden“ nannte, am Obse gezerrt, am Halse gewürgt usw. Das Kriegsgericht der 4. Division verurteilte Dieb wegen Verleumdung und Mißhandlung eines Untergebenen zu 35 Tagen Mittelarrest!

### Typhuskrankungen in der Kaserne.

Unter den Mannschaften des 21. Infanterieregiments in Pärth ist der Typhus ausgebrochen. Es sind über 40 Mann erkrankt, bei einer Kompanie allein 20 Mann, die im Lazarett liegen. Die Schuld an den Erkrankungen soll am Leberstübchen liegen, die am Sonntag verabreicht wurden. Am Montag sind wieder erkrankte Soldaten ins Lazarett geschafft worden. —

### Die Balkankrise.

#### Die Interventionsfrage.

Paris, 24. Februar. Die meisten Morgenblätter sprechen sich mit großem Nachdruck für ein energisches Einschreiten der Mächte in Belgrad aus. So schreibt „Radical“: Man muß die Serben wissen lassen, daß Europa ihretwegen keinen Krieg sich entfesseln lassen wird. Man muß in Belgrad zu verstehen geben, daß die Serben auf keinerlei Hilfe zu rechnen haben.

„Eclair“ sagt: Oesterreich hat zu viel Bürgschaften für seine friedlichen Absichten gegeben, als daß die Gefahr, es könnte die Regelung der Frage selbst in die Hand nehmen, sehr groß wäre. Nichtsdestoweniger ist die Lage gespannt genug, daß Europa endlich in Serbien die Stimme der Vernunft hören lassen sollte.

„Republique Française“ schreibt: Ruh man deswegen, weil wahrnehmbare panserbische Präntionen vorhanden sind, in ganz

Europa einen Kriegsbrand entfachen? Das ist unmöglich. Wenn es noch ein Europa gibt, so muß es alle zur Verfügung stehenden Zwangsmittel gebrauchen, um die Laubbüchigen von Belgrad und Serbien zu bändigen. Gewisse Balkanvölker mißbrauchen die Geduld Europas schon allzulange. Dieser größte, gefährliche Widerwärt muß ein Ende nehmen. Die Behauptung, daß Freiherr v. Aehrenthal Serbien und Montenegro aushungern will, ist eine alberne Lüge. —

### Die Kompensationsfrage.

Budapest, 24. Februar. Bezüglich der Aufforderung auswärtiger Mächte, Oesterreich möge wirtschaftliche Kompensationen für Serbien beantragen, wird im „Budapesti Hirlap“ der Standpunkt des Ministeriums des Auswärtigen dahin gekennzeichnet, daß von solchen Kompensationen nur die Rede sein könne, wenn Serbien auf territoriale Ansprüche verzichte. Wirtschaftliche Kompensationen würden derzeit keinen Eindruck machen und die Lage absolut nicht verbessern.

### Das serbische Regierungsprogramm.

Belgrad, 23. Februar. Gutem Vernehmen nach wird das neue Kabinett morgen in der Stupschina eine Erklärung abgeben, in der hervorgehoben wird, daß in der neuen Regierung alle Parteien vertreten seien, da der Ernst der Lage es fordere, die Einmütigkeit des serbischen Volkes und der serbischen nationalen Stupschina auch nach außen hin zu dokumentieren. Das Hauptprogramm der neuen Regierung werde die Wahrung und die Verteidigung der serbischen Interessen nach außen hin sein. Zu diesem Zwecke werde die Regierung den Großmächten binnen kurzem die von der Stupschina aufgestellten Forderungen überreichen. Die Regierung, welche den Willen der gesamten Stupschina darstelle, genieße auch das unbegrenzte Vertrauen der Krone. —

### Erregung in Montenegro.

Konstantinopel, 24. Februar. Nach diplomatischen Depeschen aus Cetinje ist die Stimmung in Montenegro äußerst erregt. Fürst Nikolaus hat die Hauptstadt verlassen und ist nach Refa abgereist, wo er für die wenigsten zu sprechen ist. Man befürchtet einen Zwischenfall wegen der Ankunft eines Dampfers mit Kriegsmaterial in Antivari, wo Oesterreich die Hafenpolizei ausübt.

### Ein englischer Vermittlungsvorschlag.

Konstantinopel, 24. Februar. Wie die „Jeni Gazetta“ erzählt, hat Staatssekretär Grey bezüglich der bulgarischen Entschädigung der Pforte einen Robus vorgeschlagen, der den Vorschlag Rußlands und den Gegenvorschlag der Türkei mit einander in Einklang bringen soll. Es sollen die 74 Annuitäten der türkischen Kriegsentchädigung kapitalisiert, die bulgarische Entschädigung im Betrage von 125 000 000 Frank in Abzug gebracht und der Rest an Rußland ausgefolgt werden. Der Zinsfuß soll mit 5 Proz. festgesetzt werden. Die Kapitalisierung würde 6 200 000 Pfund ergeben. Rußland hätte 700 000 Pfund zu erhalten. Der Minister des Aeußern Rifaat Pascha soll sich nach Petersburg begeben, um mit Iswolaki hierüber zu konferieren. „Jeni Gazetta“ hofft, daß die freundschaftliche Vermittlung Englands die Lösung der Frage der bulgarischen Entschädigung herbeiführen werde und glaubt, daß die Pforte diesen Vorschlag freundschaftlich aufnehmen werde.

### Oesterreich.

#### Einberufung des Reichsrats.

Wien, 23. Februar. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, hat sich der Ministerpräsident bereits für die Einberufung des Reichsrats für den 16. März entschieden. Die Einberufung des Reichsrats soll noch Ende dieser Woche bekanntgegeben werden. Der Ministerpräsident wird den Versuch machen, das Rekrutenkontingent in normalem Wege im Abgeordnetenhaus durchzubringen. Sollte dieser Versuch misslingen, so wird das Abgeordnetenhaus sofort wieder verlagert werden.

### Belgien.

#### Eine Ehrenerklärung für die russischen Studenten.

Brüssel, 24. Februar. Der Kabinettsrat beschäftigte sich heute mit der Frage, welche Maßregeln gegen gewisse russische Studenten getroffen werden sollen im Zusammenhang mit der Bombenaffäre Seitigers. Der Kabinettsrat beschloß, angelehnt an die sehr günstigen Berichte, welche von den verschiedenen Rektoren der belgischen Universitäten eingehend sind und worin die russischen Studenten sowohl wegen ihres Fleißes als auch wegen ihrer moralischen Führung gelobt werden, keine Repressivmaßregeln gegen die Studenten zu ergreifen.

### England.

#### Eine Nachwahl.

Taunton, 23. Februar. Bei der Erwahl zum Unterhause an Stelle von Sir Edward Boyle wurde Peel (Unionist) mit 1976 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Smith (Arbeiterpartei) erhielt 1085 Stimmen. Eine Verschiebung in den Parteiverhältnissen tritt nicht ein.

Auch diese Wahl zeigt das nun schon gewohnte Bild einer Stimmenzunahme der Konservativen, die bei den letzten Hauptwahlen nur 1842 Stimmen erhielten. Der liberale Gegenkandidat bekam damals noch 1503 Stimmen. —

### Die indischen Reformen.

London, 23. Februar. Oberhaus, Staatssekretär für Indien Viscount Morley beantragte die zweite Lesung der Gesetzesvorlage zur Einführung von Reformen in Indien, wie er sie am 17. Dezember v. J. im Oberhause dargelegt habe. Die Lage sei dort jetzt weniger ernst und trübe als damals, wo er die Erklärungen über die in Aussicht genommenen Reformen in der Verwaltung abgab. Die öffentliche Meinung in Indien habe sich über seine und des Bizekönigs Erwartung hinaus beruhigt.

### Rußland.

#### Die Mörder des Zaren.

Warschan, 24. Februar. Das Kriegsgericht hat elf Personen wegen Zugehörigkeit zur Radomer revolutionären Kampfsorganisation zum Tode verurteilt.

### Persien.

#### Die russisch-englische Intervention.

London, 23. Februar. In der schriftlichen Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die britische Antwort auf das russische Memorandum über Persien sagt Staatssekretär Grey: Die britische Regierung hat die russische davon verständigt, daß sie zu der Ansicht neige, daß das beste Verfahren, das England und Rußland einschlagen könnten, darin läge, sich von den inneren Angelegenheiten Persiens gänzlich fernzuhalten. In der Erkenntnis jedoch, daß es für Rußland schwebend sein dürfte, diese Haltung einzunehmen, weil es an den unruhigsten Teil Persiens angrenzt, ist die britische Regierung bereit, in gewisser Richtung mit der russischen zusammenzuarbeiten. Die britische Regierung stimmt der Ansicht zu, daß, solange nicht



eine repräsentative Verfassung eingeführt ist, die Lage des Landes sich wahrscheinlich nicht bessern werde, und sie würde daher dem Schah den Rat erteilen, seinen aus fähigen, energischen Männern bestehenden Staatsrat aufzufordern, ihm in der Ausarbeitung eines Entwurfes einer repräsentativen Verfassung zur Seite zu stehen. Die britische Regierung hat Russland vorgeschlagen, daß dem Schah eine Andeutung gegeben werde, daß er, sofern er nicht eine konstitutionelle Regierungsform gewähre, seitens der englischen und russischen Regierung keine Unterstützung erhalten werde, die vielmehr Maßregeln zu ergreifen haben würden, um ihre Interessen zu schützen. Die britische Regierung hat die russische auch davon in Kenntnis gesetzt, daß sie keiner Anleihe zustimmen würde, welche nicht von einer gewählten Versammlung genehmigt würde. Gresh fügt noch hinzu, daß im Prinzip zwischen der englischen und der russischen Regierung keine Meinungsverschiedenheit herrsche. —

### Amerika.

#### Der Prozeß gegen den Petroleumtrust.

Chicago, 23. Februar. Heute hat hier die nochmalige gerichtliche Untersuchung in Sachen der Standard Oil Company begonnen. Da die ihr von dem früheren Gerichtshof auferlegte Geldstrafe von 20 Millionen Dollars von der höheren Instanz mit der Entscheidung als ungerecht erklärt worden war, daß höchstens auf eine Geldstrafe von 750 000 Dollars erkannt werden dürfe, wenn die Gesellschaft in der neuen Untersuchung für schuldig erachtet würde.

## Abgeordnetenhaus.

Abend Sitzung, Mittwoch, 24. Februar 1909.

Am Ministertisch: v. Rolffe, v. Arnim-Criewen, v. Breitenbach. Auf der Tagesordnung steht eine Zentrumsinterpellation und ein nationalliberaler Antrag, die beide staatliche Maßnahmen gegen die neuesten Hochwasserkatastrophen fordern.

Nach der Begründung durch die Abg. Tournau (3.) und Meine (natl.) gab Minister des Innern v. Rolffe eine Uebersicht über die durch die Hochwasser angerichteten Schäden. Er dankte unter lebhaftem Beifall den Soldaten und Feuerwehren für ihre aufopferndes Rettungswerk. Auf den nationalliberalen Antrag erwiderte der Minister, daß es nicht darauf ankommen könne, alle Verluste versicherungsgemäß zu decken. Eine Unterstützung könne nur gewährt werden, wenn die Beschädigten nicht in der Lage seien, das Unglück zu ertragen. Das müsse gesagt werden, um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Zur Befestigung der ersten Not, vor allem in der Altmark, habe der Staat telegraphisch sofort die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Auch für die Zukunft könne das Haus versichert sein, daß die Regierung überall schnell eingreifen werde. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim schilderte seine persönlichen Eindrücke im Ueberschwemmungsgebiet der Altmark, wo die Eisbrecher leider nur sehr langsam vorwärts kämen.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach lobte vor allem die Tätigkeit der Pioniere, die Tag und Nacht gearbeitet hätten (Hauts Bravo!) und teilte mit, daß die Eisenbahn alle Waren frachtfrei in das Ueberschwemmungsgebiet befördere. (Beifall.) In der Besprechung hat

Abg. Wetthe (l.) als Vertreter von Osterburg um schnelle Hilfe für die Wische.

Abg. v. d. Anefeld (fl.) forderte eine Vermehrung der Eisbrecher auf der Elbe.

Abg. Gahenitz (3.) verlangte schnelle Hilfe für die Laus. Abg. Dr. Seydewitz (natl.) besprach die Verheerungen im Unterlahnkreis.

Abg. Bunt (fr. Sp.): Die private Wohltätigkeit hat ja bereits eingeseht. Aber es bleibt für den Staat noch viel zu tun übrig. Bei der Verteilung der Unterstützungen sollte nicht allzu bürokratisch vorgegangen werden.

Abg. Borgmann (Soz.): Namens meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir aufrichtige Teilnahme empfinden mit den durch das Hochwasser Geschädigten. Wir sind auch gern bereit, für die Hilfeleistungen die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Ich möchte jedoch den Wunsch aussprechen, daß die Regierung nicht erst lange auf die private Wohltätigkeit warten möge, sondern daß sie rasch eingreift. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Ferner hoffe ich, daß die Hilfe gegeben werden möchte ohne Ansehen der Person. (Gesächter rechts.) Ihr Votum ist sehr depliziert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß möchte ich all denjenigen, die unter Hintansetzung ihres Lebens rettend eingegriffen haben, auch namens meiner politischen Freunde Dank und Anerkennung aussprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nachdem noch mehrere Abgeordnete aller Parteien als Vertreter der von der Ueberschwemmung heimgesuchten Kreise gesprochen hatten, wurde der Antrag der Nationalliberalen der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Etat der Domänenverwaltung). Schluß 11 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

### Die Hege gegen das Hamburger Gewerkschaftshaus.

Von den „Hamburger Nachrichten“ ausgehend, ist eine richtige Hege gegen die Verwaltung des Gewerkschaftshauses in Hamburg eingeleitet worden. Die maßgebenden Instanzen der Partei und Gewerkschaften in Hamburg haben eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist in Form einer preßgeschlichen Berichtigung dem Hamburger Scharfmacherblatt übermitteln worden. Wir lassen nachstehend die Berichtigung folgen, weil sie einen klaren Uebersicht über die erhobenen Vorwürfe und den tatsächlichen Sachverhalt bietet.

1. Es ist nicht wahr, daß das weibliche Personal des Gewerkschaftshauses eine Beschwerde bei der Verwaltung eingereicht hat, mit dem Erfolg, daß bereits mit der Entlassung der Beschwerdeführer der Anfang gemacht worden ist. Wahr ist, daß allerdings einige Beschwerden bei der Verwaltung eingegangen sind, die geprüft und für ungerechtfertigt erkannt sind. Wegen der Beschwerde ist kein Beschwerdeführer entlassen, sondern die Entlassung ist erfolgt, weil nach Verhandlung der Beschwerden einige der Beschwerdeführer beharrlich die Anordnungen des Herbergsökonomen ignoriert haben. Diese Gründe sind ihnen bei der Entlassung angegeben.

2. Es ist nicht wahr, daß Angestellte, die eine Eingabe an die Verwaltung gerichtet haben, in der um Wiedereinstellung eines entlassenen Mädchens gebeten wurde, keine Antwort bekommen haben. Wahr ist, daß dem unter Berufung auf diese Petition bei der Verwaltung vorstellig gewordenen Mädchen wiederholt gesagt ist, daß es nicht wieder eingestellt werden könnte, und diese Antwort ist dem Personal übermittelt.

3. Es ist nicht wahr, daß Beschwerden über angebliche Verwertung von nicht einwandfreiem Fleisch und sonstigen Waren durch den Ökonomen mit Entlassung der Beschwerdeführer beantwortet sind. Wahr ist, daß diese Beschwerden in drei mehrstündigen Sitzungen geprüft und ebenfalls für ungerechtfertigt erkannt sind.

4. Es ist nicht wahr, daß der Verwaltung in einer Beschwerde mitgeteilt ist, daß Fleisch aus einer Abfalltonne herausgeholt und wieder gefischt ist. Wahr ist, daß niemals Fleisch aus einer Abfalltonne herausgeholt und benutzt ist.

5. Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Herberge dreierlei Küche geführt wird. Wahr ist, daß der Herbergsökonome, der neben seinem Bargehalt für sich und seine Familie volle Verpflegung er-

hält, sich besseres Essen bereiten lassen durfte, was sein vertragliches Recht ist. Wahr ist weiter, daß die Kost für Köchinnen und das übrige Personal, wenn auch nicht gleichartig, so doch stets gleichwertig gewesen ist.

6. Es ist nicht wahr, daß in der Herberge des Gewerkschaftshauses eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden herrscht. Wahr ist, daß die Arbeitszeit aller Personen inklusive Pausen in keinem Falle mehr als 11 Stunden beträgt.

7. Es ist nicht wahr, daß für das Personal der Herberge des Gewerkschaftshauses Logiszwang eingeführt ist. Wahr ist, daß unter den über 20 Angestellten der Herberge nur drei gezwungen sind, während der Nacht im Gewerkschaftshaus zu logieren, um bei der starken Frequenz von nahezu 150 Logisgästen täglich bei eintretenden besonderen Ereignissen stets sofort zur Hand zu sein.

8. Es ist nicht wahr, daß der Expedient 1½ Jahre auf Kosten des Gewerkschaftshauses verpflegt worden ist. Wahr ist, daß der Expedient stets sein Mittagessen im eigenen Hause genossen hat, daß er sich allerdings aber, wie sein dazu berechtigter Vorgänger, Frühstück und Abendbrot am Büfett auf Kosten des Gewerkschaftshauses hat geben lassen, wofür er dann auf Extrabehaltung außerordentlicher Arbeiten verzichtet hat.

9. Es ist nicht wahr, daß den Hausdienern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten ein Raum zur Verfügung steht, der gleichzeitig Desinfektionsraum ist und den Abort enthält. Wahr ist, daß der helle und genügend große Raum, der den Hausdienern zur Einnahme ihrer Mahlzeiten zugewiesen ist, sich innerhalb der gesamten großen Vorderumkleidekabine befindet, die allerdings auch den absolut geruchlosen Heißwasserdampfessel für Desinfektion und ein Wasserlosetz enthält.

10. Es ist nicht wahr, daß die Scheuerfrauen gezwungen sind, auf dem Korridor in der Nähe eines Klosetts ihr Frühstück einzunehmen. Wahr ist, daß sie der Bequemlichkeit halber sich diesen Platz gewählt haben, obwohl ihnen ein Zimmer mit Tisch und Stühlen dazu zur Verfügung steht.

11. Es ist nicht wahr, daß ein Spielhändchen der Ökonomin auf Kosten des Gewerkschaftshauses üppig verpflegt wird. Wahr ist, daß unter Zustimmung der Verwaltung ein zumeist an der Kette liegender großer Hofhund gehalten und besorgt wird.

12. Es ist nicht wahr, daß sich Unstimmigkeiten im Küchenbuch befinden. Wahr ist, daß bei den Eintragungen in das Küchenbuch bezüglich Küchenkräutern und dergleichen kleineren Erwerbungen bisweilen summarisch verfahren ist, die Anschaffung und der Verbrauch der Gegenstände aber völlig berechtigt war.

13. Es ist nicht wahr, daß unorganisierte Angestellte in der Herberge beschäftigt sind. Wahr ist, daß aus der Fremdenstube mehrfach Leute zu Hausdienern gewählt wurden, jedoch ist in jedem einzelnen Falle darauf gesehen, daß es sich um einen Mann handelte, der einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte. Es ist nie ein Unorganisierter in der Herberge beschäftigt worden.

### Berlin und Umgegend.

Mit den Verhältnissen in den händischen Gaswerk-Magazinen (Zentralmagazin und dem in der Brenzlauer Allee gelegenen), in denen Gasleitungsartikel (Gasmesser usw.) repariert, beziehungsweise hergestellt werden, beschäftigte sich eine von 200 dortselbst angestellten Personen (Handwerker, Platz- und Magazinarbeiter) besuchte Versammlung.

Vor allem handelte es sich auf die durch den Arbeiterausfluß gestellten Anträge und die durch die Direktion erfolgte Antwort. Die Anträge bezogen sich um folgende Punkte:

1. Anbringung einer Normaluhr beim Portier.
2. Anbringung von Ventilatoren in der Schmiede.
3. a) Die Verlegung der Wabegleit in die Arbeitszeit. b) Einrichtung von Waschgelegenheiten in einem hierzu hergestellten Verschlag im Eßraum der Hofarbeiter.
- c) Lieferung von warmem Wasser für die Platzarbeiter in der Brenzlauer Allee.

### 4. Geregelt Festsitzung der Bestrafungen.

Die Direktion erwiderte darauf in einem Schreiben:

1. Die am Förtmerhaufe angebrachte Uhr des Arbeiterkontrollapparates wird in Uebereinstimmung mit der Hauptuhr des Schlesienschen Bahnhofes gehalten werden.
2. An den Fenstern in der Schmiede sollen die gewünschten Ventilatoren angebracht werden.
- 3a. Das Baden während der Arbeitszeit oder während der Mittags- und Vesperpause kann nicht gestattet werden.
- 3b. Der Antrag auf Anbringung von Waschbeden im Arbeiterunterkammeraum muß abgelehnt werden, da die vorhandenen Waschgelegenheiten mehr als ausreichend sind.
- 3c. Für die Arbeiter des Gashofmagazins in der Brenzlauer Allee soll ein Zylinderförmiger Heißwasserapparat beschafft werden.
4. Die Festsitzung der Strafen auf Grund der Arbeitsordnungen wegen Zuspätkommens zur Arbeit wird für alle Dienststellen generell geregelt werden.

Der Referent Dusalet unterzog nun diesen Bescheid einer eingehenden Kritik. Die Normaluhr wurde von den Kollegen verlangt, damit jeder Arbeiter sich bestimmt darauf verlassen könne, da die jetzige Uhr nie die richtige Zeit anzeigte. Nun werde gesagt, die am Kontrollapparat angebrachte Uhr sollte mit der Hauptuhr am Schlesienschen Bahnhof verbunden werden. Dies ist gegeben und man habe doch keine Gewähr für richtige Zeit, da auch diese Uhr oft um einige Minuten differiere. Daß sie nicht tadellos funktioniere, beweisen die häufigen Reparaturen, der sie unterzogen werde. Deshalb sei der Wunsch nach einer Normaluhr berechtigt. Ebenso die Verlegung des Badens in die Arbeitszeit, was ja auch schon in den Berliner händischen Gas- und Wasserwerken und in den Charlottenburger sämtlichen Betrieben zurzeit schon eingeführt ist.

Bezüglich der Einrichtung von Waschvorrichtungen im Eßraum der Hofarbeiter habe ja niemand behauptet, daß die jetzigen nicht ausreichen. Die Arbeiter stellen diesen Wunsch, weil sie zurzeit mit entblößtem Oberkörper erst einen zugigen Torweg passieren müssen. Weist ist der Körper in geschwimmtem Zustande und muß sich bei der heutigen Einrichtung dann stets der kalten Zugluft und damit in hohem Maße der Gefahr einer schweren Erkältung aussetzen. Gerade aus die Erfüllung dieser Forderung legen die Arbeiter besonders Wert, zumal ja Platz für einen Waschraum genügend vorhanden ist. Der jetzige Waschraum entspreche durchaus nicht den Anforderungen, die man an einen solchen Raum stellen könne. Unter anderem fehlt jegliche Vorrichtung zum Aufhängen von Kleidungsstücken. Er, Redner, schlage vor, die abgelehnten Anträge einer Deputation zu übergeben, um einen anderen Entschluß herbeizuführen.

Die Regelung der Strafen für Zuspätkommen seien allerdings, wenn auch nicht „generell“, wie er noch behaupten werde, geregelt worden. Es werden jetzt beim ersten Male 25 Pf., beim zweiten Male 50 Pf., beim dritten Male 1 M. angedroht, dann folgt Entlassung. Wenn solche Bestimmungen getroffen werden, müsse es den Arbeitern doch wenigstens mitgeteilt werden, was nicht geschehen sei. Die Strafen seien auch viel zu hart. Früher wurden 10 Minuten nicht angedroht und beim ersten Male gab's einen Verweis und dann erst Geldstrafe. Allerdings sei es auch Pflicht der Arbeiter, auf Pünktlichkeit zu halten. Jetzt kosten drei Minuten schon 25 und 50 Pf. und das schlimmste sei, daß bei den Strafen auch jetzt noch willkürlich verfahren werde.

Für die Hofarbeiter müßten auch für ihre schwere Arbeit, bei der die Hände sehr mitgenommen werden, lebene Handschuhe geliefert werden, zumal solche im Magazin vorhanden seien. Zuschläger würden heute eingeführt, die gelehrte Schmiede sein müssen, aber nicht den üblichen Schmiedelohn erhalten.

Die Einführung von Wochenlöhnen wurde abgelehnt, es bleibt somit beim Stundenlohn. Den gelehrten Arbeitern wurde eine Er-

höhung zugesprochen, für die Ungelehrten aber abgelehnt. Aufher diesen beiden Kategorien lenkte die Direktion nur noch „bessere“ Arbeiter. Die neuwürdige Arbeitszeit ist schon seit November beschlossen, bis heute aber noch nicht eingeführt. Auf ein Schreiben der Organisation erwiderte der Magistrat (unterzeichnet Reich), daß er nur mit Arbeiterausflüssen verhandle.

In der Diskussion gab der Vertreter des Schmiedeverbandes Schillerzki einige Ergänzungen. Ein Redner teilte mit, daß die Ventilatoren bereits angebracht sind, aber einen solchen Värm machten, daß es kaum auszuhalten sei. Auch liehen sich die Türen schwer öffnen und die Zugluft in den Räumen mache sich äußerst unangenehm bemerkbar. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

In den Arbeiterausfluß wurden folgende Personen gewählt: Hartmann, Reumann, Vattner, Drychzy und Kahl.

**Achtung, Glaschleifer!** Bei der Firma Hammer Schlag u. Mühleb. Berg, Kunigladener, Androsstr. 32, sind sämtliche Kollegen entlassen worden, weil dieselben ihren vollen Lohn verlangten und nicht mit einer Teilzahlung zufrieden waren. Bei dieser Firma ist es nämlich Mode, den Arbeitern nur immer einen Teil des Lohnes zu geben. Unter solchen Umständen ist die Werkstelle als gesperrt zu betrachten. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Schuhmacher!** Schon vor mehreren Wochen müßten wie die Kollegen warnen, bei der Firma Reih und P. Edel in Brigg Arbeit anzunehmen. Dieser Firma, kaum ein halbes Jahr bestehend, sind die Lohnverhältnisse in Berlin zu hoch und sucht sie deshalb von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen. Um mit diesen Arbeitern noch Gütlichen verfahren zu können, wird auch dann noch anmoniert, wenn sämtliche Stellen besetzt sind. Willkürliche Entlassungen der kaum engagierten Arbeitskräfte sind häufig, doch sichert sich der Fabrikant vorher Ersatz. So ist es vorgekommen, daß Arbeiter noch Montags früh wohlgenut zur Arbeit gingen, dann aber ihre Papiere erhielten, weil über Sonntag Ersatzkräfte herangeschafft wurden. Viele Arbeiter verließen diese unangenehme Stätte nach kurzer Zeit freiwillig. Oft wurde das Verlangen gestellt, einen festen Lohnsatz aufzustellen, doch nie wurde diesem Wunsch stattgegeben. Der Arbeiterausfluß, der die Wünsche der Arbeiter vortragen wollte, wurde abgelehnt, worauf die Arbeitsniederlegung erfolgte. Alle Verhandlungen sind bis jetzt erfolglos gewesen, da die Firma hofft, ihren Arbeiterstamm von auswärts ersetzen zu können. Zentralverband der Schuhmacher.

### Deutsches Reich.

#### Tarifabschluss im Steinschergewerbe der Oberlausitz.

Einen für die Arbeiterschaft, Steinscher und Kammer, sehr günstigen Verlauf hat die Lohnbewegung derselben in der Oberlausitz genommen. Es ist zum erstenmal ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der das nachstehend angeführte große Gebiet umfaßt: die Kreise Görlitz (Stadt und Land), Sagan, Rothenburg, Hoyerswerda, Hirschberg, Landesluth, Lauban, Löwenberg, Bautzen und Löbau. Durch den Tarif wird die Arbeitszeit allgemein von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt; die Stundenlöhne erfahren für 1909 eine Erhöhung, die für Steinscher 9 Pfennig beträgt (von 50 auf 59 Pfennig), für Kammer 6 Pfennig (32 auf 38 Pfennig); am 1. April 1910 tritt eine weitere Erhöhung für beide Kategorien um 3 bezw. 2 Pf. ein. Für die Kreise Löwenberg und Lauban, wo der Stundenlohn bisher 10 Pf. niedriger war als in den anderen Orten, bleibt derselbe Unterschied vorläufig bestehen, proportional ist dadurch die Erhöhung hier noch beträchtlicher. Auch die Uebersunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist zufriedenstellend geregelt, desgleichen die Ueberlandarbeit. Akkordarbeit ist ausgeschlossen. Der Arbeitgeberverband erkennt die Organisation der Arbeiter und die von dieser eingeführten Arbeitsberechtigungskarte an. Der Arbeitgeberverband, der erst kürzlich errichtet wurde, hat anerkennendwertes Entgegenkommen gezeigt.

#### Der Streik der Culenberger Weber.

der zur Abwehr einer Lohnreduzierung bis zu 30 Proz. geführt wird, hat noch zu seiner Einigung geführt. Die befreitste Firma, die Schleifische Kuntweberei vormals C. Reugebauer Söhne und Karl Postpischil hat deshalb jetzt 417 Arbeitern gekündigt, die in Nebenbetrieben beschäftigt sind, weil für sie für die Dauer des Streiks keine Arbeit vorhanden ist.

#### Achtung, Metallarbeiter!

In der Kugellagerfabrik in Leipzig-Plagwitz streiken die Arbeiter, weil 30 Mann entlassen worden sind, die sich geweigert haben, Ueberstunden zu machen, bei denen ihnen der Lohnzuschlag verweigert wird.

Zur Beilegung der Streitigkeiten bei der Militärreifeftenfabrik Weill u. Co. in München ist vor dem dortigen Einigungsamt des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Bremer nach längerem, oftmals ziemlich erregten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien eine Einigung auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Firma verpflichtet sich, die am 1. Januar 1909 bezahlten Löhne allen Arbeiterinnen auch weiterhin unverkürzt zu zahlen, den Vertrauensmann Steinohl wieder einzustellen, ebenso alle im Streik stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen mit Ausnahme des Vertrauensmannes Koch, am 1. März d. J. wieder einzustellen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichten sich, soweit sie nicht anderweit Beschäftigung gefunden haben, am 1. März die Arbeit wieder aufzunehmen. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks dürfen nicht stattfinden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Loospiel Azew vor der Duma.

Petersburg, 24. Februar. (B. L. W.) Die heutige Sitzung der Duma wurde 8 Uhr 30 Minuten abends eröffnet. Das Haus war stark besetzt. Alle Logen waren überfüllt, in der Ministerloge waren sämtliche Minister anwesend. Der Referent in der Interpellation über die Azew-Affäre Graf Bobrinski (gem. Rechte) führte in kurzer Rede aus, die Kommission schlage vor, die Interpellation der Redaktionspartei anzunehmen, diejenige der Sozialdemokraten dagegen abzulehnen. Es haben sich vierundfünfzig Redner zum Wort gemeldet.

Als erster Redner sprach Pokrowsky (Soz.) die in der Presse bereits veröffentlichten Einzelheiten über Azew's Tätigkeit und folgerie zum Schluß, der Regierungszug Azew habe mit Wissen der Regierung eine Provokation in ausgedehntem Maßstab geübt und an einer ganzen Reihe terroristischer Morde und Ausschreitungen mitgewirkt. Pokrowsky nannte darauf mehrere Folgegegnern, von denen er zu wissen glaubte, daß sie ebenfalls zu Provokationen terroristischer Art verwendet worden seien, und schloß, ein derartiges Material sei genügend Beweis dafür, daß die ganze Regierungspolitik auf dem Provokationssystem basiere.

### Eisenbahnkatastrophe.

Guahaguai, 24. Februar. (B. L. W.) Ein Personenzug stürzte bei Rio Damba infolge eines Schienenbeseits einen hundert Fuß hohen Abhang herunter. Fünfundzwanzig Personen wurden getötet, vierzig verletzt.

### Aus Wassernot gerettet.

Stendal, 24. Februar. (B. L. W.) Pioniere retteten heute früh aus einem Gebüsch eines überfluteten Gehäuses eine aus drei Personen bestehende Familie, die 5 Tage ohne Nahrung daselbst zugebracht hatte. Man hofft alle drei am Leben zu erhalten.



Reichstag.

211. Sitzung vom Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Zweite, Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für den Rechnungshof des Deutschen Reiches.

Die Budgetkommission beantragt eine Resolution, welche den Reichsanwalt um Maßregeln ersucht, durch welche eine Vereinfachung der gesamten Rechnungslegung herbeigeführt wird.

Der Referent Abg. Naden (Z.) bemerkt, daß in der Kommission bei allen Mitgliedern der Wunsch hervorgetreten ist, es möge ein von der preussischen Oberrechnungskammer unabhängiger besonderer Rechnungshof für das Reich geschaffen werden.

Abg. Erzberger (Z.) bittet, zum Rechnungshof nur erstklassige Beamte zu delegieren, die nach mehrjähriger Tätigkeit wieder in die besonderen Verwaltungen zurückkehren möchten.

Abg. Dr. Wagner (L.) schließt sich der Anregung des Abg. Erzberger an.

Damit schließt die Diskussion; der Etat wird bewilligt, die Resolution wird angenommen.

In dritter Beratung wird das Gesetz zur Ergänzung der Befehle betreffend Postdampfschiffahrtsverbindungen mit überseeischen Ländern (Erhöhung der Subvention für den Norddeutschen Lloyd von 200 000 auf 500 000 M.) debattelos angenommen.

Ebenso wird der Gesetzentwurf, betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte (Vereinfachung des Verlustes öffentlicher Rechte durch den Bezug an Armenunterstützungen und Unterstützungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage) in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für das Rechnungsjahr 1908.

Der Referent Abg. v. Volls (L.) beantragt namens der Rechnungs-Kommission, die Uebersicht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Abg. Erzberger (Z.) beantragt, von der Uebersicht nur Kenntnis zu nehmen vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnung sich etwa ergebenden Erinnerungen.

Abg. Dr. Görde (natl.): Die vom Abg. Erzberger bei einzelnen Positionen der Uebersicht vorgebrachten Monita erscheinen mir nicht begründet.

Ein Vertreter des Reichsmarineamts erklärt eine vom Abg. Erzberger gerügte Mehrausgabe von 181 830,00 M. durch die erhöhten Kosten der Mietung des Transportdampfers zur Beförderung der Ablösung für die Besatzung von Kiautschou.

Abg. Erzberger (Z.) wiederholt seine Bitte nach schriftlichen Berichten der Rechnungs-Kommission: wenn diese nur von wenigen Kollegen gelesen werden, so werden die mündlichen Berichte meist von noch weniger Kollegen gehört. (Heiterkeit.) Der Regierungsvertreter hat im Grunde nur gesagt, der Verwaltung würde es am liebsten sein, wenn wir keinen Etat aufstellen, sondern ihr ein Pauschquantum bewilligen. Das begreife ich, aber wir wollen eben einen spezialisierten Etat haben. (Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Erzberger wird fast einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für 1898/97 sowie der afrikanischen und australischen Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1899.

Die Rechnungs-Kommission beantragt, hinsichtlich beider Rechnungen dem Reichsanwalt Entlastung zu erteilen.

Abg. Erzberger (Z.): Naturgemäß ist die Nachprüfung von Einnahmen und Ausgaben, die um 13 Jahre zurückliegen, eine schwierige Aufgabe, ja, im einzelnen direkt unmöglich. (Sehr richtig!) Bestimmen müssen wir uns aber über diese verpatete Rechnungslage. In einem geregelten Kaufmannsbetrieb wäre so etwas unmöglich. (Sehr wahr!) Der Rechnungshof hat uns in dankenswerter Weise Einsicht in schwere Mängel tun lassen. Dies ist in geradezu unverantwortlicher Weise mit den Reichsgeldern gehandelt worden. (Hört! hört!) Der Rechnungshof erklärt u. a.: Verschiedene Kolonialbeamte scheinen überhaupt keine Ahnung vom Rechnungswesen zu haben. (Hört! hört!) im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Dabei geht der Rechnungshof keineswegs bürokratisch-keimlich-formalistisch vor, sondern stellt an das koloniale Rechnungswesen von vornherein weit höhere Anforderungen als an das heimische. (Hört! hört!) Wir können doch nicht jahraus, jahrein Hunderttausende z. B. für Bauten in den Kolonien ausgeben und nachher uns zufrieden geben, wenn weder die Bauten noch das Geld da sind. (Hört! hört! hört!) So ist z. B.

ein Posten von 55 000 Mark für nicht angeführte Bauten spurlos verschwunden.

(Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Höchst auffällig ist — auch dem Rechnungshof ist es aufgefallen —, daß diese sonderbaren Unstimmigkeiten sich immer gerade in Ostafrika ereignet haben. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Momentlich war das zur Zeit der sogenannten „Kommunen“ der Fall, die sich gemeinsam aus je einem Amtshauptmann, einem Gemeinde- und einem Amtssekretär zusammensetzten. (Heiterkeit.) Vielleicht erfahren wir über diese Dinge etwas Näheres beim Etat für Ostafrika. Die Monierungen des Rechnungshofes haben übrigens schon auf die Etatsaufstellungen von 1908 und 1909 einen heilsamen Einfluß ausgeübt. Die Kolonialverwaltung sollte die Gouverneure anweisen, sich an die gefundenen Grundzüge für die Rechnungslegung zu halten, die der Rechnungshof aufgestellt hat. Auch möge die Kolonialverwaltung für baldige Vorlegung der kolonialen Rechnungen für 1901—1904 sorgen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Direktor im Reichskolonialamt Conze sucht die vorgekommenen Unstimmigkeiten mit den Schwierigkeiten des kolonialen Rechnungswesens zu entschuldigen.

Abg. Röske (Soz.):

Herr Direktor Conze meinte, die gerügten Mängel lägen ja schon 13 Jahre zurück. Das ist wohl richtig, aber das zeigt nur immer wieder von neuem, wie außerordentlich mangelhaft bisher das Rechnungswesen in den Kolonien gehandhabt ist. Die Nachprüfung im einzelnen ist, wie der Abg. Erzberger mit Recht hervorgehoben hat, dem Reichstage nach so langer Zeit fast unmöglich. Solche Dinge aber, wie der Rechnungshof sie mitgeteilt hat, hier zu besprechen, ist um so notwendiger, wenn man daran denkt, wie jeder heruntergerissen wurde, der an der Kolonialpolitik auch nur irgendwie Kritik geübt hat. Aber das denkbar schärfste Maß von Kritik, die hier je geübt worden ist, wird durch die Ausführungen des Rechnungshofes übertroffen. Die Feststellungen des Rechnungshofes sind die glänzendste Rechtfertigung für unsere Kritik und unsere Stellungnahme zur Kolonialpolitik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Gesetz vom 13. März 1899 sollen die Rechnungen baldmöglichst, spätestens in dem zweiten auf das Etatsjahr folgenden Jahre hier vorgelegt werden. Trotzdem ist die Rechnung für 1898/97 erst am 30. Mai 1899 abgeschlossen worden, also erst im dritten Jahre. Am interessantesten ist in den Feststellungen des Rechnungshofes, daß das Rechnungswesen in Ostafrika besonders rückständig geblieben ist.

Selbst die einfachste Kontrolle ist dort, wie der Rechnungshof hervorhebt, nicht durchgeführt worden.

Der Rechnungshof macht aber nicht nur den Verwaltungsbeamten in Ostafrika schwere Vorwürfe, sondern indirekt auch der damaligen Zentralverwaltung. Er sagt, es seien Leute ohne genügende Vorbildung hinausgeschickt worden, ich weiß nicht, ob sich das nur auf die niederen Beamten bezieht, oder bis zu welchen Epochen das hinaufgeht. Weiter sagt der Rechnungshof, daß diese Beamten ohne Anleitung und teilweise ohne entsprechende Aufsicht geblieben seien. Ferner rügt er, daß er Aufklärung in Rechnungssachen nur mit großer Mühe und großem Zeitaufwand, teilweise sogar gar nicht erlangen konnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist er nicht etwa kleinlich vorgegangen, sondern er hat an die Rechnungssachen in den Kolonien schon geringere Anforderungen gestellt als bei den heimischen Rechnungssachen. Aber selbst mit diesem Maß von Rücksicht ist er nicht ausgekommen, sondern er hat darauf hinwirken müssen, daß wenigstens jenes Maß von Ordnung eingehalten werde, ohne das ein Rechnungswesen überhaupt nicht möglich ist. (Hört! hört!) Der Rechnungshof ist also der Ueberzeugung, daß es sogar an dem erforderlichen Mindestmaß von Ordnung gefehlt hat. Mit diesem Mindestmaß von Ordnung hängt es wohl auch zusammen, daß Erinnerungen des Rechnungshofes erst nach Jahren und dann ungenügend, zuweilen auch gar nicht beantwortet wurden. Die Herren, die sich so ungeniert über Erinnerungen des Rechnungshofes wegsetzen, scheinen von dem Gedanken ausgegangen sein, daß sie tun und lassen können was sie wollen.

Auf alle Einzelheiten kann ich heute natürlich nicht mehr eingehen, wie aber darauf losgeworfen ist, sei mir, erbelt unter andern aus der Tatsache, daß z. B. in einem Schutzgebiete die Ausgabe für Streichhölzer um mehr als 1000 Mark überstiegen ist. (Hört! hört!) An einer anderen Stelle erwähnt der Rechnungshof, daß eine ordnungsmäßige Prüfung der Baumaterialien sich als undurchführbar erwies. Alles das zeigt, wie unhaltbar die Zustände in den Kolonien waren und wie geboten die allerhöchste Kritik, die wir üben, war. Herr Erzberger meinte, die Nachprüfung sei nach 13 Jahren unmöglich, weil manche Beamte schon tot seien. Ich kann mir aber nicht denken, daß der Tod unter all den braven Afrikanern so furchtbar aufgeräumt hat, daß es nicht denkbar wäre, daß einige der Beamten, die haßbar sind, jetzt noch

halten. Jetzt gibt uns jedoch Meher den vollen Beweis, daß schon Ende des Jahres 1880 zwischen Meuter und Groth ein ehrenvolles Verhältnis hergestellt worden ist. Der Vermittler dabei ist Eduard Hobein gewesen. Auf einem darauf hinzielenden Brief Hobeins antwortet Meuter in einem längeren Schreiben zu Anfang November 1880: „Mit wirklichem Vergnügen vernehme ich durch Ihre Güte, daß Groth an eine Auslösung denkt; wer mich irgendwie genauer kennt, der weiß, daß ich gern mit aller Welt in Frieden lebe und keinem Groll nachtrage. Hat Groth mich einmal, wie ich gesehen muß, nach meiner auch noch bestehenden Ansicht, ungerechter Weise tief verletzt, so hat er später sich in so freundlicher Weise gezeigt, daß ich vollständig ausgesöhnt bin. Nur eine Bitte habe ich: bei einem etwa mit der Zeit eintretenden Verkehr: auf den Grund des Zerwürfnisses darf nicht zurückgegangen werden, es sei nicht allein vergeben, sondern auch vergessen.“

Produktive Arbeit in der Schule. Ueber Schülerverbände in Frankreich berichten die „Documents des Progrès“ (Verlag Georg Reimer, Berlin): Das vielseitige Bestreben im französischen Volke nach Organisierung genossenschaftlicher Verbände für gemeinnützige Zwecke hat in den Volksschulen zur Gründung von Schülervereinen geführt, die die Förderung des Gemeinwohlens durch Wiederpflanzung von Bäumen auf verweirtem Terrain zum Ziele haben. Das Jura-Departement zählt 64 solcher Schülerverbände, die im Jahre 1907 229 515 Baumsetzlinge in die Erde pflanzten auf einer Gesamtfläche von über 57 Hektar. Ferner führten sie Bewässerungs- und andere Anlagen zur Verbesserung der Wiesen auf einer Fläche von 20 Hektar durch und legten Baumkulturen auf 4 Hektar an. Im benachbarten Doubs-Departement gibt es 39 Verbände, die im Herbst 1907 110 800 Bäume auf einer Fläche von 20 Hektar gepflanzt haben; ferner machten sie Verriegelungsanlagen auf einer Fläche von 4 Hektar. Das ganze Werk hat nicht nur für die Landwirte, deren Klima unter der Entwaldung litt, bedeutsame ökonomische Vorteile, sondern es weckt auch in den Schülern den Geist der Initiative, der Solidarität und der Hingabe für allgemeine Zwecke und legt sich somit überaus wirksam in den Erziehungsplan der Schule ein.

Die Geheimnisse der Pariser Clique. Aus Paris wird geschrieben: Von Zeit zu Zeit versichern die Pariser Theaterfachmänner, daß die berühmte Pariser Clique der Vergangenheit angehört und längst aufgehört habe zu existieren. Die erst mit dieser Behauptung zu nehmen hat, zeigt ein interessanter Prozeß, der jetzt die Pariser Gerichte beschäftigt. Mme. Mamone, von Beruf „Clique-Unternehmerin“, klagt gegen die bekannten Brüder Jzola, die einzigen Theaterdirektoren, wegen Vertragsbruchs. Im Jahre 1901 schloß sie mit den Direktoren einen Vertrag, der erst 1908 ablaufen sollte und auf Grund dessen sie für eine Summe von insgesamt 10 800

berangezogen und regreßpflichtig gemacht werden können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Görde (natl.) gibt zu, daß sehr bedenkliche Unstimmigkeiten vorliegen, wünscht gleichfalls schnellere Rechnungslegung, wirft aber dem Abg. Erzberger Uebertreibungen vor.

Abg. Schwanke (natl.) (schwer verständlich) scheint sich den Ausführungen des Abg. Erzberger anzuschließen.

Nach einer unverständlich bleibenden Bemerkung des Abg. Dr. Nagan (fr. Sp.) schließt die Diskussion.

Die Kommissionsanträge werden angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Initiativantrag der Polen über Freiheit des Grunderwerbes, Petitionen usw.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung Mittwoch, den 24. Februar 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Landwirtschaftsminister v. Arnim-Gröben. Die zweite Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung wird beim Extraordinarium fortgesetzt.

Abg. Graf v. d. Groeben (L.) begründet einen Antrag, wonach die Regierung ersucht werden soll, sobald wie möglich unter Hinzuziehung von Interessenten und Sachverständigen eine Konferenz zu berufen, welche in eine Prüfung einzutreten hat, wie in den einzelnen Provinzen des preussischen Staates die Organisation des An siedelungswesens zu gestalten und wie insbesondere, unbeschadet der Verschiedenheit in den einzelnen Provinzen, eine Zusammenfassung der ganzen Arbeit in einer Zentralstelle zu ermöglichen ist. — Die Befriedelung der preussischen Moore mit in wesentlich beschleunigtem Tempo vor sich gehen. Andere Staaten wie Mecklenburg, haben auf dem Gebiete des An siedelungswesens erheblich mehr geleistet als Preußen. Bei der hohen Bedeutung der inneren Kolonisation muß die finanzielle Beteiligung des Staates eine größere werden. Unser Antrag bezweckt nicht etwa eine Verschleppung der jetzt in Dispute beschränkten Regelung der Sache. Eine Verbesserung der dort vorhandenen Gegenstände muß zu erreichen sein. (Sehr richtig!) Die gewünschte Zentralstelle denken wir uns im Landwirtschaftsministerium. Es handelt sich bei dem An siedelungswesen um ein Kulturwerk ersten Ranges, daher bitte ich Sie, unsern Antrag zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Stiel (natl.) geht eingehend auf die Differenzen in Dispute ein. Die ostpreussische Landschaft ist durchaus geeignet, die Befriedelung zu betreiben, besser als die Landgesellschaft m. B. H., die den „laufmännischen Geist“ vor allem betont, der wohl bei dem Verlaufe, aber weniger bei der Befriedelung von Land von Wichtigkeit ist. Unsere Sozialpolitik muß auch auf die ländlichen Verhältnisse zugeschnitten werden und darauf ausgehen, vor allem die Arbeiter leistung zu machen. Dann wird auch die Landflucht aufhören. Wir werden dem Antrag Groeben zustimmen und hoffen, daß diese großartige Frage auch eine großartige Lösung finden wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graw (Z.) erklärt, daß seine Freunde für die Einberufung einer Konferenz zur Besprechung der Befriedelungsfrage stimmen würden.

Abg. Kewoldt (R.) hofft, daß die ostpreussische Landschaft sich nicht aus formalen Gründen von dem An siedelungswesen fernhalten wird. Die An siedelung von Arbeiterstellen wird sich nicht aus dem Boden stampfen lassen, sie werden nur einzufügen sein in bestehende oder neu zu gründende Gemeinden. Die Aufgabe der Konferenz, für die wir auch stimmen werden, wird eine schwierige sein. Es sind keine Augenblickserfolge zu erzielen, die Wirkungen einer solchen Kolonisation können sich erst allmählich zeigen. In der Regierung muß das Bewußtsein wachsen, daß wir es hier mit einer Frage zu tun haben, die weit hinauswächst über das Ressort des Landwirtschaftsministeriums.

Abg. Dr. Krüger-Hagen (fr. Sp.): Die innere Kolonisation ist in der Tat ein außerordentlich weitwichtiges Gebiet. Ihr Ausgangspunkt ist die ländliche Arbeiterfrage, die im Osten besonders schwierig ist. In der Kommission ist anerkannt, daß im Osten der Großgrundbesitz zu sehr vorherrscht. Sehr wünschenswert wäre es, wenn wir authentisches Material über die Besitzveränderungen im Osten erhielten. Es würde sich dann zeigen, ob die Behauptung von dem Bauernlegen nur leeres Gerede ist. Wenn man planmäßig mit der Kolonisation vorgehen will, muß man die wirtschaftliche Struktur der Provinzen genau kennen. Die Kolonisation darf keinen Neben Zweck haben, insbesondere nicht den, unhaltbare Güter zu zerstören. Der Finanzminister v. Mißel hat das 1901 als den Zweck eines ähnlichen Antrages v. Vockelberg bezeichnet, und Herr v. Vockelberg ist ihm damals nicht entgegengetreten. Es fragt sich, ob der Staat als solcher geeignet ist, die schwierigen Fragen auf diesem Gebiete zu lösen. Ich möchte dringend

Mark das Claque-monopol in dem Theater der Brüder Jzola pachtete. Sie erhielt dafür täglich 30 Freibillets, die sie billig weiterverkauft an Theaterfreunde, die von ihr genau instruiert wurden, bei welchem Künstler und bei welcher Arie sie zu sitzen hatten. Die Wahl der Künstler und auch die Wärme des Beifalls richtete sich genau nach der von den einzelnen Darstellern gezahlten Entschädigungen. So geht aus den Büchern der Mme. Mamone hervor, daß z. B. Uiso de Merode 100 M. für eine freundliche Begrüßung an die Dirigent der Claque gezahlt hat. Da die Brüder Jzola ihr Theater 1907 aufgaben, verlangt Mme. Mamone einen entsprechenden Teil ihrer im voraus für die Nacht bis inklusive 1908 bezahlten Summe zurück sowie den Ersatz ihres Schadens. In der Verhandlung entrollte sich ein anschauliches Bild von der Bedeutung, die das Claquewesen nach wie vor im Pariser Theaterleben hat, und man konnte die Erklärung dafür finden, weshalb manche mittelmäßige Künstler bei ihren Auftritten bisweilen so „enthusiastisch“ begrüßt wurden. Der Prozeß wurde vertagt und wird wohl noch weitere interessante Entschuldigungen bringen.

Notizen.

— Unfallverhütungsvorschriften für Kapellmeister und Musiker werden die Fortschritte der modernen Opernkomposition bald erforderlich machen. Wie dem Berliner Tagebl. aus Dresden berichtet wird, wurde Generalmusikdirektor Schuch, unter dessen Leitung Richard Straußens „Elektra“ auf der Dresdener Hofbühne die Feuertaufe erhielt, von einem Unfall betroffen. Als die dritte Wiederholung der „Elektra“ stattfand, erlitt der Dirigent infolge der Ueberanstrengung eine Muskelerkrankung im rechten Arme. Trotz des Schmerzes wich er nicht von seinem Dirigentenplatz. Das begeisterte Publikum hatte keine Ahnung von dem Unfall. Aber am anderen Tage mußte Schuch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

— Farmans Flugmaschine in Wien. In allen europäischen Hauptstädten wird es jetzt Mode, mit Flugmaschinen zu manövrieren. Wright kommt nach Berlin und Rom, Farmans Drachensieger wird im März in Wien unter Führung eines seiner Schüler Versuche anstellen.

— Wirtschaftskrisis und Zunahme des Wahnsinns. Ein Bericht der Kommission für das Freiwesen im Staate New York, der soeben veröffentlicht wurde, läßt eine beunruhigende Zunahme der Fälle von Wahnsinn in der letzten Zeit erkennen. Das vergangene Jahr brachte ein Mehr von 1663 Fällen gegenüber der Gesamtzahl von 1907, und im ganzen sind gegenwärtig in diesem Staate 21 529 Fälle in Behandlung. Die Kerze sehen den weitestläufigsten Grund für diese besorgniserregende Zunahme in der wirtschaftlichen Depression der letzten achtzehn Monate.

Kleines feuilleton.

Freih Meuter und Klaus Groth. Im Winter 1883 hatte Meuter seinen ersten Band „Läuschen im Himmel“, dessen Widmung er schon zum vorigen Weihnachtsfest seinem Freunde Freih Peiers auf den Gabentisch gelegt hatte, in die Welt hinausgeschickt. Sie sollten, wie er in der Vorrede sagt, „eine Kongregation kleiner Ströhenjungen sein, die in „toher Gesundheit“ lustig übereinander purzeln, unbelümmert um ästhetische Situationen, die frühlichen Angesichts unter Klackhaaren hervorlachen und sich zuweilen mit der Torheit der Welt einen Scherz erlauben.“ Aber, so heißt es an einer späteren Stelle, „was ihr in aller Unschuld und Natürlichkeit für Scherz hielten, wird man auch als Grobheit und Noheit in Anrechnung bringen.“ In dem Meuterbürger Lande leute des Dichters hatten ihre helle Freude an dem Büchlein, und die 1200 Exemplare der ersten Auflage waren in sechs Wochen vergriffen. Den Rat zur Veröffentlichung hatte Meuter vor allem der rasche Erfolg des „Quidbooms“ von Klaus Groth gegeben, und nun trat gerade Klaus Groth als strenger Tadler der „Läuschen“ und des folgenden Werkes Meuters, der „Reis“ nach Velligen“ auf. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, seine plattdeutsche Muttersprache auch zu einem Organe für ernste und empfindsame Stoffe zu machen, und hielt, wie Professor Wilhelm Meher in Göttingen in der Veröffentlichung von Briefen Meuters, Groths und Brindmanns an seinen Schwiegervater, den Schweriner Advokaten und plattdeutschen Dichter Eduard Hobein (Berlin, Weidmann) bemerkt, durch Meuters derblomische, zum Teil burleske Stoffe „die heilige Sache in Gefahr“. Und so nannte er in seinen im Mai 1883 erschienenen „Briefen über Hochdeutsch und Plattdeutsch“ die „Läuschen“ durch und durch gemein, und wir finden ihn da in der Reihe der von Meuter in der Vorrede karikierten „Höhendunst, Blaudunst und Trübdunst“. Er wirft Meuter Noheit vor, die für einen Volksschriftsteller Sünde sei. Meuter antwortete mit einer Abweisung der ungeduldeten Angriffe; er „wehrt sich“, wie Wilbrandt schreibt, „mit der Energie eines Menschen, der für sein literarisches Dasein kämpft.“ So war dieses erste Zusammentreffen der beiden bedeutendsten plattdeutschen Dichter sicher höchst unfruchtbar. Schon im nächsten Jahre freilich hatte Groth die Franzosenid, dann Hannes Rüte und die Stromtid, in der Meuter weit höher liehende Arbeiten als die ersten derblomischen aneddotischen geliefert hatte, sehr günstig beurteilt, und er hat auch nach Meuters Tode einen sehr warmen Nachruf veröffentlicht. Ueber Meuters Stellung zu Groth oder hatten wir bisher keine Auskunft; nun hat Goebert 1890 behauptet, Meuter habe sich gegen jede Annäherung absehnend ver-



davor warnen, hier alle Hoffnung auf den Staat zu setzen. (Sehr richtig! bei den Reichstagen.) Dazu ist schon kein Beamtenapparat nicht geeignet, ganz abgesehen von der Größe der Kosten. Herr v. Miquel sprach von hundert von Millionen. Innere Kolonisation ist vielmehr Aufgabe der Selbstverwaltung. Um schuldige Landgemeinden zu schaffen, ist eine Revision der Landgemeindeordnung notwendig. Vor allem spricht man von der An siedelung von Arbeitern. Dabei muß die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Arbeiter sichergestellt werden. In den Kreisen der ländlichen Arbeiter besteht heute ein starkes Misstrauen gegenüber all diesen An siedelungsbestrebungen. Angesichts der Notden in Reichstagen über die Kooperationsfreiheit der ländlichen Arbeiter ist dieses Misstrauen wohl berechtigt. Es ist tatsächlich ein Ausnahmestück gegenüber den ländlichen Arbeitern, daß sie nicht wie die übrigen Arbeiter das Kooperationsrecht be sitzen. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere auch an die Verhandlungen hier über die Beschränkung der Freizügigkeit, an den Widerstand der Arbeiter gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter. Eine innere Kolonisation ohne großzügige Sozialpolitik ist undenkbar. Daß noch arge Zustände in Bezug auf die ländlichen Arbeiterwohnungen, vor allem in Ostpreußen herrschen, gibt selbst eine Denkschrift des Reichsministeriums zu. Den Besitzern in Ostpreußen fehlt leider häufig das Verständnis für die wahren Aufgaben der inneren Kolonisation. (Sehr richtig! links.) Redner wendet sich des weiteren gegen die ostpreussische Landgesellschaft. Diese Gesellschaft ist vom Staate abhängig. Einer weiter bei dieser Gesellschaft beteiligten Genossenschaft soll der Staat 150 000 M. zu Sanierungs zwecken zur Verfügung gestellt haben. Es fragt sich, aus welchem Fonds diese Summe genommen ist. Mit der Auslösung der Land bank aus dieser Gesellschaft hat man so ziemlich den einzigen sach verständigen Kolonisationsrat aus ihr befreit. Dabei ist der Landbank nicht nachzuweisen, daß sie schlecht kolonisiert hat. Dem Antrag v. d. Gräben stimmen wir grundsätzlich zu. (Bravo! links.)

Abg. v. Bockelberg (l.): Herr Dr. Erliger hat von den länd lichen Wohnungen gesprochen, aber die häßlichen Wohnungs verhältnisse sind viel schlimmer. (Sehr richtig! rechts.) Für das Kooperationsrecht auf dem Lande sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Wer darüber so leicht hingehet, bei dem muß ich doch mangelhaftes Verständnis für die Sache voraussetzen. (Sehr richtig! rechts; lachen links.) Wenn Herr v. Miquel seinerzeit die Millionen nicht geben wollte für die Kolonisation, so tat er das nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil er eben die Millionen nicht mis sen wollte, und da waren ihm die Gründe immer billig wie Brombeeren. (Gelächter.)

Landwirtschaftsminister v. Kruse: Erwiesene: Der Schwerpunkt der Kolonisation liegt nicht in der Form, sondern in den Personen, die zu dem Zwecke zusammenwirken. Die Hauptfrage ist die Ver möglichkeit der Organisation und die Möglichkeit, alle Kräfte, die sich für die Sache interessieren, dabei zu vereinen. Wir kolonisieren vor allem dort, wo nicht die richtige Mischung von großem und kleinem Grundbesitz vorhanden ist. Die gewünschte Konferenz zusammenzubringen, bin ich gern bereit; viel wird sie nicht er zeichen, denn die in der Praxis Stehenden sind sich über die Sache klar. Vor allem brauchen wir zur Förderung der inneren Koloni sation die Unterstützung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ich richte an die Landwirtschaft den dringenden Appell, sich an dieser Kleinarbeit zu beteiligen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Pashide (fr. B.): Wenn der Rechten an der Ver besserung der Wohnungsverhältnisse etwas liegt, so hätte sie auf die Durchberatung des Wohnungsgesetzes dringen müssen. (Sehr richtig! links.) Begrüßt habe ich die Erklärung des Herrn v. Bockelberg, daß er kein Abhängigkeitsverhältnis für die ländlichen Arbeiter, die an geschiedet werden sollen, wünscht. Ich hoffe, seine Freunde sind der selben Meinung.

Hierauf wird die Beratung vertagt.  
Es wird beschloffen, um 7 1/2 Uhr eine Abendigung abzu halten mit der Tagesordnung: Interpellation über die Hoch wasserbeschädigungen.  
Schluß 4 Uhr.

## Die Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine.

### Erster Wahlkreis.

In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des 1. Wahlkreises erstattete der Vorsitzende Wolderoth den Geschäfts bericht für das verlossene halbe Jahr. Er betonte eingangs seiner Ausführungen, daß das Jahr 1908 ein Jahr der Intensivität und ausserordentlichen Tätigkeit gewesen ist und man beim Rückblick das ganze Jahr würdigen muß. Besonders die Landtagswahl hat hohe Anforderungen an die tätigen Mitglieder gestellt. Zwei große Ver sammlungen fanden in Dräsel's Festsaal und im Zeppelinhallen statt, die beide überfüllt waren. Daran schloß sich am 12. Januar die gewaltige Streikdemonstration, wie sie Berlin und Deutschland überhaupt seit Jahrzehnten nicht gesehen hat und deren nachhaltige Wirkung heute noch tief in die bürgerlichen Kreise nachzittert. Dann folgten die imposanten Versammlungen am 18. März, weiter Protest ver sammlungen gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz, und die Arbeitstoleranzversammlungen. Die Flugblattverteilung zu ver schiedenen Zeitpunkten wurde außerordentlich intensiv und planmäßig vorgenommen. Eine rege Tätigkeit brachte die Wahlmännerausstellung mit sich, sowie das Ausschicken der einzelnen Wähler. Am 17. Juli fand die große Protestversammlung gegen die Kriegsbudgete statt, am 18. August die Kreisgeneralversammlung, die sich mit den Partei tagsangelegenheiten beschäftigte. Ferner sind noch zu erwähnen die Ver bands-Generalsammlungen, wo unter anderem der Frauen beitrug mit 219 gegen 278 Stimmen auf 10 Pf. pro Monat festge setzt wurde. Am 20. September wurde in der „Neuen Welt“ die Engländer-Deputation gütlich empfangen. Am 20. September nahm die Kreisgeneralversammlung den Bericht vom Parteitag von den Delegierten entgegen. Bei der Eröffnung des preussischen Landtags am 20. Oktober gab die Berliner Arbeiterschaft in sechs großen Volksversammlungen ihre Willensäußerung ab. „Abso lutismus und Finanznot“ behandelte Genosse Grünwald am 10. November. Vier Sonntagsversammlungen mit anschließendem Vergnügen wurden veranstaltet. Dupont, Dr. Cohn, Schäpe und Klotz hielten Vorträge. Zur Gewerbegerichtsreform am 22. No vember wurden 10 000 Flugblätter verteilt und am 13. Dezember 14 500 gegen „Das persönliche Regiment“. Ferner ein „Vorwärts“-Flugblatt zur Gewinnung von Abonnenten und ein Aufruf zur Landtagsfraktion. Delegierte wurden entsandt; nach Nürnberg 2, zur Brandenburger Konferenz 3 und zur Verbands-Generalsammlungsversammlung 10. Die Kaiserin bei Hoppoldt, die zu allgemeiner Zufriedenheit verlief, schloß mit 17,50 M. Defizit ab. Sitzungen fanden statt: Aktionsausschuß 20, Zentralratstag 18, jährliche Sitzungen 17, Kreiskonferenz 4, Vorstandssitzungen 18. Hinzu kommen noch verschiedene andere Zusammenkünfte. 12 ordent liche Jahlabende und ein außerordentlicher wurden abgehalten, ferner die Extra-Abende für die Frauen an jedem dritten Freitag im Monat. Redner gibt dann einen Ueberblick von dem Stande der einzelnen Abteilungen und stellt in seinem weiteren Bericht den Abfall an Parteiliteratur. Gratis verabsolgt wurde den Bezirksleitern Bötzg. Heines Vereinsgesetz vom 19. April 1908, ferner wird den Funktionären die „Neue Zeit“ wöchentlich unentgeltlich geliefert. Ebenso zwecks Vertiefung und Erweiterung des Wissens wird jedem eintretenden Mitgliede die Dreifache „Grundzüge und Forderungen“ von Schönland und Kautsky gratis ausgehändigt. Zu Dr. Conrad's Vortragszyklus wurden 34 Karten abgelegt, Kaiserzeit-Beiträge 1900 Stück, 250 Parteitag protokolle und 100 Stück der Dreifache. Die historischen Leistungen von Karl Marx, ferner 200 Dreifache: „Gegen das persönliche Regiment“. Der Mitgliederbestand zeigt folgendes Bild: Neuaufnahmen 108 — 50 weibliche seit dem August-Jahlabend.  
Am 1. Juli 1908 betrug die Zahl 581, 1. Juli 1907 652, 1. Juli 1906 728 und am 31. Dezember 1908 711 Mitglieder. Von diesen sind 284 ausgetreten. Die Situation ist besonders hier eine

große. Ausfluchtanträge infolge Nichtwählens bei der Landtags wahl wurden gegen mehrere Mitglieder gestellt. Bei den meisten habe man aber von Ausflucht abgesehen, mit Rücksicht auf deren wirtschaftlichen Verhältnisse. Weitere Ausfluchtanträge liegen noch gegen 3 Mitglieder vor, deren Ausflucht der Vorstand der Ver sammlung empfiehlt. Es sind dies der Schankwirt R. Wurgard, Klopffodder 48, der Zeitungspediteur Karl Specht, Hensburger Straße 10 und der Bauanführer Venada, Schorfsteingasse 5.  
Auf die Kassenverhältnisse übergehend gibt Wolderoth einen Ueberblick von den Finanzen des Kreises, wobei hervorzuheben ist, daß die Ausgaben an den Parteivorstand immer aufwärts ge gangen sind. 1905 wurde abgegeben an den Parteivorstand: nichts, 1906 400 M., 1907 2000 M., 1908 3500 M. Den Austritt aus der Landesliste haben 24 Genossen vollzogen.

Der Kassenbericht liegt gedruckt vor. Einnahmen sind 9040,93 M. und Ausgaben 7017,68 M. zu verzeichnen, von den Einnahmen sind noch 639,85 M. für Landtagsabläufe an den Verband Groß-Berlin abzurechnen, so daß der Bestand 1394,40 M. beträgt.

Den Bericht folgte eine sehr lebhaft diskutierte, an der sich die Genossen Publig, Gutmann, Simon, Lätzerow und Dr. Cohn beteiligten. Es wurde zum Teil bemängelt, daß in Bildungsangelegenheiten von seiten des Vorstandes nicht genügend und nicht das Nützlichste getan werde. Die Sonntagsversammlungen könne man nicht als Bildungsveranstaltungen betrachten. Auch die Jahlabende ständen nicht auf der Höhe, sie seien uninteressant und zuviel mit Geschäftlichem besetzt, das belebende Element fehle. Die Lokale entsprächen auch nicht den Anforderungen vieler Genossen. Man müßte dort mehr wirtschaftliche und programmatische Fragen erörtern. Wenn der Vorstand auf den „Vorwärts“ und das „Mit teilungsblatt“ als Quellen der wissenschaftlichen und bildenden Ver tiefung verwiesen habe, so könne man darüber anders denken. Die Zeitungsartikel des „Mitteilungsblattes“ seien nicht das, als was man sie bezeichne.

In seinem Schlußwort geht Wolderoth auf die Debatte ein. Der Wahlverein sei kein Kunstverein, sondern in erster Linie doch ein politischer Kampfbund. Die Arbeit habe sich gegen frühere Zeiten doch gewaltig vermehrt. Die Sonntagsversammlungen seien ihm sympathisch, sie wären geeignet, auch die jungen Leute, die den ersten Lebensfragen noch fremd gegenüberstehen, anzuziehen. Da durch hörten sie wenigstens mal einen belehrenden und auf klärenden Vortrag. Dem Antrag Gutmann, der besagt, daß vom Vorstand Abende eingerichtet werden sollen, an denen die Ge nossen des 1. Kreises unter geeigneter Leitung systematisch politische Schulung im Sinne des Sozialismus erhalten, wird von der Ver sammlung zugestimmt. Dem Ausfluchtantrag gegen die oben ge nannten drei Mitglieder stimmt die Versammlung zu. In den sechs Stadteilen sollen sechs Abteilungsleiterinnen gewählt werden. Die Geschäftsordnung der Kreisversammlung wird angenommen. Der An trag, nach dem die Beitragszahlung der Frauen auf 20 Pf. erhöht und auf der Verbandsgeneralversammlung vertreten werden soll, wird angenommen. Als 1. Vorsitzender wurde Wolderoth, als 2. Petermann, als 1. Kassierer Wättner, als 2. Simme, als 1. Schriftführer Publig, als 2. Genossin Gutmann ge wählt. Ferner als Redatoren: Lätzerow, Streblow und Simon. Entsprechend dem Beschlusse des Vorstandes be schloß der erste Kreis, die Petition der Tabakarbeiter zu unterstützen.

### Zweiter Wahlkreis.

Die nach dem „Hofjäger-Palast“ einberufene Generalversammlung für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis ehrte, bevor sie in die Erledigung ihrer Geschäfte eintrat, zunächst in der üblichen Weise das Andenken der im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder.

Auf den gedruckt vorliegenden Bericht des Vorstandes verteilend befaßte sich der Vorsitzende Genosse Schwemke darauf, einige ergänzende Ausführungen allgemeiner Natur zu machen. Das Jahr 1908 sei eines der schlechtesten für die Arbeiter ge wesen. Trotzdem ist auch während des Krisenjahres eine Ver mehrung des Mitgliederstandes um circa 600 eingetreten. Redner läßt die wichtigsten Ereignisse des Vorjahres Revue passieren. Heute wagen es die Junker noch, wie sich man wieder in ihrer Ver sammlung im Jirtus Busch zeigte, die Sozialdemokratie zu beschimpfen und zu verleumben, jedoch die Zeit dürste nicht mehr allzufern sein, wo man sich wohl hüten wird, der größten politischen Partei Deutschlands mit derartigen Provokationen entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Den gedruckt vorliegenden Bericht ergänzt Schmidt durch eine Ueberblick über die finanziellen Ergebnisse der Ostermatinee, der Mai feier und des Sommervolksfestes, welche drei Veranstaltungen 902,30 M. Ueberfluß ergaben.

Meyer erstattet Bericht über die Tätigkeit der Preklo mission. Von der Regel, „Vorwärts“-Redaktionen keine Mandate zu den gelesenen Körperschaften zu übertragen, habe man im Falle Siebel Abstand genommen; die Tätigkeit unserer Genossen im preussischen Landtage habe diese Ausnahme wohl längst gerech tigt. Daß infolge der unglücklichen Wirtschaftskrisen die Presse in ihrer Ausbreitung verhindert wurde, ist selbstverständlich, doch werde auch diese Schwarte baldigt wieder ausgeglichen sein.

Längere Ausführungen macht Zinke als Mitglied der Agitations- und Organisationskommission, indem er die Schwierigkeiten und den Umfang auf diesem Gebiete der Partei tätigkeit hervorhebt.

Schröder berichtet von der Lokalkommission. Hervorzuheben ist hier, daß der Wirt Schönberg in Falkenhagen-Seefeld entgegen seinem Versprechen sein Lokal nicht zur Verfügung stellt, ebenso sei das Lokal zum „Alten Kämmerer“ in dem dem 2. Kreise benachbarten Mariendorf gesperrt. Ein Antrag des Genossen Wurm, die „Philharmonie“ dem persönlichen Verkehr bei künst lichen Veranstaltungen freizugeben, konnte geschäftsordnungsge mäß nicht erledigt werden. Dies dürfte später erfolgen und sehe die Lokalkommission diesem Antrage nicht unsympathisch gegenüber. Werner regte in der Diskussion an, statistisch festzustellen, in welchem Umfange Wahlvereinsbeiträge infolge Erlass bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder durch Stundung im Jahre 1908 ausgefallen sind. Nach einer vom Redner aufgestellten Verrechnung wurden zum Beispiel im Jahre 1908 bei geringerer Mitgliederzahl mehr Beitrags marken umgelegt, als dies 1903 trotz der Mitgliedersteigerung der Fall sei. Werner verbat sich seine Darlegungen zu einem Antrage, der später durch Abstimmung dem Vorstande überwiesen wurde.

Reimann spricht den Wunsch aus, sich eines Referats des Genossen Adolf Hoffmann zu sichern. Das Verhalten des preussischen Landtages gegenüber unseren Vertretern beim Forcer besetzungsgezet sollte man mit Waffenaustritt aus der Landesliste beantworten.  
Damit ist die Diskussion erschöpft und erhält nunmehr das bereits auf der letzten Verbandsgeneralversammlung für Groß-Berlin beschlossene Statut die formelle Zustimmung durch die Ver sammlung.

Zur Änderung des Organisationsplanes für den 2. Wahlkreis werden alle Anträge die daraus hinauslaufen, den Genossen den Recht der Teilnahme an der Leitung und Vertretung des Wahl vereins zuzuschreiben, einstimmig angenommen.

Stummel beantragt außerdem in § 1 die Einfügung eines Bildungsausschusses und begründet dies in längeren Darlegungen. Diese Körperschaft soll kein Vergnügungskomitee sein, sondern Bildung, Aufklärung und Einführung in den Sozialismus zum Zweck haben.

Schröder und Fechner wenden sich dagegen; was der Antrag wolle, erlaube bereits die freie Volksbühne und Arbeiter bildungsschule.

Grünwald meint, der Antrag werde in seiner Tendenz verkannt. Man solle diesen nicht ablehnen, sondern dem Vorstand über weisen. Vielleicht ließe sich in Gemeinschaft mit anderen Wahl vereinen ähnliches schaffen, jedenfalls aber stehe fest, daß unsere allgemeinen Volksaufstellungen auf ein höheres Niveau gebracht werden müssen, damit sie bildend und erzieherisch wirken. Diesen Ausführungen schließt sich auch Schröder an, doch wird der An trag Stummel abgelehnt.

Die Wahl des Vorstandes und der Kommissionen erledigt sich ziemlich glatt. Gewählt wurden zu Vorsitzenden Schwemke und Kötter; Kassierer G. Schmidt und Lohse; Schriftführer Kantmann und Kauendorf. Beisitzer: Werner und Genossin Vaader. Zu Revisoren wurden gewählt: Hennig, Simon und Wälgler. Delegiert werden in die Preklo mission: Weberus, Schneider, Gändrich; in die Lokalkommission: Schröder und Zangermann; Agitationskommission: Zinke; Revisionskommission für Groß-Berlin: G. Schmidt und in den Aktionsausschuß Hr. Schwemke. Die Zusammensetzung des Vergnügungsausschusses ist: Genossin Wurm, Peine, Leu, Schapflinger, Holz und Käufer.

Zur Generalversammlung des zweiten Kreises wird ein Antrag des 143. und 145. Bezirks auf 50 Pf. monatliche Entschädigung an die Bezirksleiter nach sehr umfangreicher Debatte abgelehnt. Vom 281. Bezirk wird der Ausschluß des Gastwirtes Henckes beantragt, da dieser bei der letzten Landtagswahl seiner Wahlpflicht nicht nachkam. Seitens des Vorstandes wird der Ausschluß gegen die Genossin Piek wegen ehrenrührigen Verhaltens beantragt. Die Versammlung stimmt beiden Ausfluchtanträgen zu und setzt die Genossen E. Schmidt, Schwahn und Jakobson zu Schlichterern ein.

Der Generalversammlung von Groß-Berlin einen Antrag auf Erhöhung des Beitrages für weibliche Mitglieder von 10 auf 20 Pf. zu unterbreiten, wird mit 114 gegen 106 Stimmen abgelehnt. An genommen wird ein Antrag auf Abschaffung der Parzellens, und ferner soll gegen Zahlung des Bringerlohnes solchen Genossen der „Vorwärts“ in die Schenkung geliefert werden, die wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit das Zentralorgan gratis beziehen.

Gegen 1/2 Uhr erst erfolgte die Delegiertenwahl zur Verbands generalversammlung und dann Schluß der Versammlung.

### Dritter Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Wahl kreis tagte im Gewerkschaftshause. Genosse Wohl als Vor sitzender erstattete den Geschäftsbericht für die Zeit seit August 1908. Wenn auch nach den Landtagswahlen mehr Ruhe eintrat, so war doch mancherlei aus den bekanntesten Anlässen zu tun. Durch die Gewerbegerichts wahlen wurden, soweit es sich um die Ar beitgeber wahlen handelte, die politische Organisation in Anspruch genommen. Während man mit dem Ausgang der Arbeitnehmers wahlen zufrieden sein konnte, so hätten doch die Arbeitgebers wahlen etwas besser ausfallen können, wenn die kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden sich mehr darum bemüht hätten, in die Wählerliste aufgenommen zu werden. — Verschiedenen Wünschen der Frauen in bezug auf Förderung der Frauenagitation wurde stattgegeben. Redner spricht den Wunsch aus, daß aus den 128 weiblichen Mitgliedern, die der Wahlverein Anfangs des Jahres hatte, bis zum Jahresabschluss 1280 werden möchten.

Der Kassierer Genosse Harndt erstattete zunächst den Kassenbericht für das halbjahr vom 1. Juli bis zum 31. De zember 1908. Am 1. Juli war ein Bestand von 2623,10 M. vor handen. Einschließlich desselben betrug die Gesamteinnahme 9489,15 M. Nach Verrechnung der Gesamtausgabe von 7128,20 M. blieb am 1. Januar in Händen des ersten Kassierers ein Bestand von 2340,95 M. — Der Jahresbericht, den Genosse Harndt ferner erstattete, stellt sich so: Der Bestand bei beide n Kassierern am 1. Januar 1908 umfaßte 3787,68 M. Die gesamte Jahreserinnahme betrug 18 043,82 M., die Ausgabe 15 487,66 M. — Die Versammlung sprach die Entlastung aus.

Ueber die Tätigkeit der Preklo mission berichtete Ge nosse Krämer, indem er die wichtigsten Beschlüsse der Kommission vortrug und einige Zahlen aus dem Budget des „Vorwärts“ mit teilte. Die Gesamteinnahme betrug rund 1 638 000 M., die Ge samtausgabe 1 605 311 M. Der Jahresgewinn war 130 788 M. Er ist um 30 884 M. geringer als im Vorjahr. Eine Einwirkung der Krise ist anzunehmen. Jedoch erklärt sich der kleinere Gewinn wohl mehr daraus, daß der Inhalt des Blattes vermehrt und die Bogenzahl eine größere wurde, so daß die Herstellungskosten stiegen.

Genosse Gehrman als Mitglied der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg berichtete unter anderem: Auch in der Provinz sei der Kampf ums Wahlrecht mit aller Kraft geführt worden. Am 12. Januar hatten 124 Versammlungen stattge funden, die durchweg über die gehegten Erwartungen hinaus, gut besucht gewesen seien. Auch in der Landarbeiterschaft habe sich ein großes Interesse gezeigt. In einzelnen Orten sei die Polizei, um Demonstrationen zu verhindern, sehr rigoros vorgegangen. In Wittenberg in der Prignitz habe die Polizei das Kunststück fertig bekommen, einfach nach den alten Mitgliederlisten der Organi sationen Strafmandate zu erteilen, wobei sie denn längst Ver zogene und Verstorbene mit getroffen habe. Bei den Landtags wahlen, wo Gewerkschaften und Partei gemeinsam vorgingen, seien vielfach, selbst in den zurückgebliebensten Winkeln gute Er folge erzielt worden. Die Gegner hätten es an Terrorismus nicht fehlen lassen. Sie hätten gar kein Recht, den Sozialdemokraten Terrorismus vorzuwerfen. — Die Kommunalwahlen gewannen ebenfalls immer mehr Interesse. In einem Ort sei sogar von den Genossen in der Gemeindevertretung die Mehrheit errungen worden. In 13 Städten hätten wir 56 Stadtverordnete und in 64 Land gemeinden 100 Gemeindevertreter. Schwer sei immer noch der Kampf um die Lokale, Traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse würden oft festgesetzt. Zum Beispiel liegen die Arbeitsbedingungen der Forstarbeiter in den königlichen Forsten am Werbellinsee sehr viel zu wünschen übrig. Eines recht regen Zuspruchs erfreuten sich die in der Provinz geschaffenen Ausfluchtstellen. Die Leute vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die sich besonders die Provinz Brandenburg zur Tätigkeit auszeichnen hätten, seien in ihren Mitteln etwas weniger brutal geworden, nachdem ihnen unentgeltlich die nötigen Dämpfer ausgehört worden seien. Wesentlich werde für die Zukunft die Organisierung der Land arbeiter sein, die jetzt in die Wege geleitet werde.

Genosse König berichtete für die Lokalkommission. Er verteidigte auf die nie verkümmerten Klagen der Genossen aus den Vororten, daß ihnen die Berliner Arbeiter den Kampf um die Lokale erschweren. Es möge jeder dazu beitragen, daß diesen Klagen abgeholfen werde. Es müsse immer mehr die Erkenntnis verbreitet werden, daß Volkstrotz gleichbedeutend sei mit Streikbruch. — Zu dem Bericht wurden aus der Versammlung einige Wünsche auf Ausgestaltung der Lokale laut.

Es folgten die Neuwahlen. In den Vorstadt gewählt wurden als erster Vorsitzender Pahl, als zweiter Vorsitzender Warten berg, als erster Kassierer Albert Harndt, als zweiter Kassierer Fritz Schmidt, als erster Schriftführer Asche, als zweiter Schriftführer Jonas. Beisitzer im Vorstand, die zugleich Abteilungsleiter sind, wurden die Genossen P. Jakob, Ridenroth, Gustav Müller, St. Frih, Hubde, Richard Rawier, F. Pahn und Genossin Steinlopp. Zu Revisoren gewählt wurden die Genossen A. Fröhlich, Karl Hf und D. Grimm. — Dann wurden gewählt: in den Aktions ausschuß Genosse Wohl, in die Preklo mission Genosse Robert Hinke, in die Lokalkommission Genosse Karl König, in die Agitationskommission Genosse Gehrman. — In die Schieds kommission gewählt wurden die Genossen Robert Hinke, R. Hf, Franz Köppen, Gehrman und W. Dirschfeld, als Vertreter Frih Schmidt.

Die Vorschläge zur Statutenänderung, die die Verbandsgeneral versammlung am 28. März beschließen werden und die Pahl vor trug, fanden keinen Widerspruch. Darauf wählte man 19 Dele gierte zur Verbandsgeneralversammlung. Die Tagesordnung war damit erschöpft.

### Vierter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis, die sehr stark besucht war, fand in Fehers Festsaal statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken von 123 Mitglie dern, die der



Wahlverein durch den Tod verloren hat, in der üblichen Weise. Der Vorsitzende Hoffmann nahm dann das Wort zum Vorstandsbericht. Er schilderte die Tätigkeit des Wahlvereins im verflochtenen Jahre als eine tüchtige und lebhaft; wenn auch nicht zu verkennen sei, daß durch die furchtbare wirtschaftliche Krise das Parteileben etwas gedrückt wurde. Aber mit Stolz könne gerade deswegen jeder Parteigenosse auf die Organisation blicken, die trotz der niederdrückenden Wirkung der Krise auf die Arbeiterwelt sich auf ihrer Höhe zu halten wußte und große Kämpfe im politischen Leben, wie bei der Landtagswahl, erfolgreich zu führen verstand.

Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1908 lag den Mitgliedern gedruckt vor. In erster Linie wird der Agitation zur Landtagswahl Erwähnung getan. Am 9. Januar fanden für den vierten Kreis 6 Versammlungen statt, in denen das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag gefordert wurde. Am 10. Januar, bei der Eröffnung des Landtags, hörten die Arbeiter Wilhelms Amtort auf ihre Forderung und am 12. Januar zogen die Arbeiter zu großen Demonstrationen aus. Der vierte Kreis hatte eine Vollversammlung nach Prepers Festfällen einberufen, wo Genosse Horgmann sprach. Der Andrang der Arbeitermassen war außerordentlich stark. Tausende warteten auf der Straße und nach Schluß der Versammlung zogen noch an 40 000 Personen in geschlossenen Reihen nach der inneren Stadt, wobei sie auf den Widerstand der Polizei stießen; ein Teil der Demonstranten wurde niedergeschlagen und den Niedergeschlagenen machte man später noch den Prozeß. Unter den Verurteilten befanden sich auch mehrere aus dem vierten Kreise. Drei der 12 Landtagswahlkreise Berlins gehörten mit zum vierten Reichstagswahlkreis und zwar der fünfte, sechste und siebente. Da gab es für die Genossen im Wahlverein des vierten Kreises viel zu tun und groß war der Jubel, als diese drei Kreise erobert wurden; die Genossen Horgmann, Heumann und Hirsch zogen in den Landtag ein. — Nach der Landtagswahl war es die Gewerbegerichtswahl, für die auch im vierten Kreise viel agitiert werden mußte, denn von den 48 Wahlstellen des Gewerbegerichtsbezirks Berlin liegen 13 im vierten Kreise. Erfolgreich war das Resultat der Wahl: Von den 70 Arbeitnehmersitzern wurden 64 gewonnen und von den 70 Arbeitgeberbesitzern wurden 18 gewonnen. Die Agitation für die ersten leiteten die Gewerkschaften, die Agitation für die letzteren die Partei. — Der Mitgliederbestand ist von 19217 im Jahre 1907 auf 20 967 im Jahre 1908 gestiegen, einschließlich 1712 weibliche Mitglieder. Von einem Gewinn ist da allerdings kaum zu reden. Das Jahr 1907 zeigte im Vergleich zu 1906 einen Gewinn von 6000 Mitgliedern. Der Abonnentenstand des „Vorwärts“ ist um etwa 3000 im vierten Kreise zurückgegangen, die aber ein wirtschaftlicher Aufschwung sicherlich wiederbringen wird und vielleicht noch mit erheblichem Gewinn. Im Jahre 1907 hatten wir im vierten Kreise 26 718 und im Jahre 1908 nur 24 101 „Vorwärts“-Abonnenten. Die Agitation wurde lebhaft betrieben, es haben aber nur 40 große Versammlungen stattgefunden, während 57 Versammlungen im Jahre 1907 veranstaltet wurden. 17 Versammlungen beschäftigten sich mit der Landtagswahl. 41 Vorstandssitzungen und 11 Kreisconferenzen, einschließlich der Sitzungen mit den Abteilungsleitern, fanden statt. Zur Landtagswahl wurden insgesamt 945 000 Flugblätter verbreitet. Im Juli gelangten 53 000 Flugblätter an die roten Landtagswähler zur Ausgabe, um sie als Parteimitglieder und „Vorwärts“-Leser zu gewinnen. Mit der gleichen Absicht wurden im Oktober 231 000 Flugblätter unter den Arbeitern verbreitet. Zur Gewerbegerichtswahl und „Gegen das persönliche Regiment“ wurden ebenfalls viele Flugblätter verteilt. Die Agitation brachte Anlagen gegen 29 unserer Mitglieder, zum größten Teil von der Landtagswahlbewegung her. „Grober Unfug“, so hieß es meistens. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, 4 zu 6½ Monaten Gefängnis und die übrigen zu 320 M. Geldstrafen verurteilt. Die weiblichen Mitglieder im vierten Kreis hielten in 40 Lokalen Zusammenkünfte ab, in denen meistens das Parteiprogramm erläutert wurde. — Eine Reihe von Festlichkeiten veranstaltete der Verein, zu denen insgesamt 36 796 Billets umgesetzt wurden. Die Beschwerdekommission hatte sich mit 164 Beschwerden bezug. Ausschlußanträgen zu beschäftigen, die 14 Sitzungen erforderlich machten. 121 Fälle bezogen sich allein auf die Landtagswahl, indem der Wotwurf erhoben wurde, daß die Betreffenden ihrer Wahlpflicht nicht genügt hätten. In 88 Fällen hielt die Kommission den Ausschluß aus der Partei für notwendig, in 18 Fällen wurden Rügen erteilt und 67 Fälle abgewiesen. Von 33 Beschwerden in anderen Angelegenheiten wurden vier dahin erledigt, daß die Kommission sich für den Ausschluß entschied, während 6 Rügen erteilt wurden; einige Mitglieder erklärten ihren Austritt und der Rest von Beschwerden und Anträgen wurde zurückgewiesen.

Genosse Warentzin erstattete den Kassendbericht. Die Einnahmen des Jahres 1908 beliefen sich auf 104 744,57 M. (einschließlich des Kassendbestandes von 1209,03 M. am 31. Dezember 1907); die Ausgaben betrugen 103 628,04 M. Somit bleibt ein Bestand von 1116,53 M. Die Einnahmen aus Baus und aus Vergütungen sind gegen das Vorjahr stark zurückgegangen.

In der Diskussion über die Berichte trat ein Redner für eine lebhaftere Agitation unter den Polen ein. Ein anderer wünschte eine genauere Feststellung über die Zahl der weiblichen Mitglieder; er verlangte, die Genossen sollten auf ihre Frauen in unserem Sinne wirken. Genosse Heumann brachte die Freilieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Mitglieder zur Sprache; er beantragte die jegliche Handhabung des Beschlusses über die Freilieferung. Genosse Lids wünschte, daß bei Festen und Vergnügungen des Wahlvereins manches besser eingerichtet würde, damit besonders Familienvätern die Beteiligung nicht zu teuer komme. Ein Genosse hält es für vorteilhaft, wenn bei Verteilung von Flugblättern zur Gewinnung von „Vorwärts“-Abonnenten reichliche Exemplare des „Vorwärts“ zur Verteilung bereit gehalten werden.

Genosse Wüchner erstattete dann den Bericht von der Proskommission in einem längeren Vortrage über die hauptsächlichsten Angelegenheiten, mit welchen sich die Proskommission zu beschäftigen hatte. Dabei kam er auch auf den Prozeß des Genossen Fischer gegen die „Post“ zu sprechen und er tadelt das Verhalten von Angestellten im „Vorwärts“, die in diesem Prozeß eine Rolle spielten. Zum Schluß seines Berichtes besprach er in ausführlicher Weise die Angelegenheit Ernst-Frechthaler, mit der die Proskommission in der letzten Zeit zu tun hatte.

Genosse Kott erstattete den Bericht von der Lokalkommission und erörterte besonders die Schwierigkeiten außerhalb Berlins. Es sei Sache der Berliner, so betonte er, hier helfend einzugreifen und jetzt zum Frühjahr bei allen Ausflügen auf die Lokalliste zu achten. In den großen Kreisen Nieder-Barnim und Teltow-Beetzow treibe die Lokalliste deutlich hervor. Vereine müßten es sich zur strengsten Pflicht machen, die Lokalliste genau zu beachten. Alle Anfragen sollten direkt an die Lokalkommission gerichtet werden und nicht an den „Vorwärts“, wie es häufig geschieht.

Den Bericht der Agitationskommission gab Genosse Hadelbusch. Er wies auf die Versammlungen und Demonstrationen für das freie Wahlrecht hin, die in der Provinz veranstaltet worden sind als Früchte einer sehr eifrigen Agitation. Die Erwartungen bei der Landtagswahl sind durch die erzielten Resultate weit übertraffen worden. Natürlich muß die Provinz auf Berlins Hilfe rechnen, wenn die Agitation in fruchtbringender Weise entfaltet werden soll. Sehr gut bewährten sich die Ausflugsfahrten, von denen schon 14 erklärt worden sind.

Nach der Entgegennahme dieser Berichte schritt die Versammlung zunächst zur Wahl des Vorstandes.

Der Vorsitzende Hoffmann gab bekannt, daß als Vierteljährlicher die folgenden Genossen vorgeschlagen worden sind: Für das Landberger Viertel Genosse Kupper; für das Frankfurter Viertel Genosse Wader; für das Stralauer Viertel Genosse Gries; für das Adenicker Viertel Genosse Gorka; für das Grlitzer Viertel Genosse Klam. Die vorgeschlagenen Genossen wurden von der Generalversammlung bestätigt.

Bei der Eröffnung der allgemeinen Diskussion nahm als erster Redner Genosse Russial das Wort. Er fühlte sich durch den Bericht des Genossen Wüchner von der Proskommission geirritiert. Die Erwähnung seines Namens in dem Fischer'schen „Post“-Prozeß könne er in der Weise, wie Wüchner es getan habe, nicht dulden. Ihm sei überhaupt bitteres Unrecht geschehen. Der „Vorwärts“ habe ihn gehetzt, verfolgt und so schwer beleidigt, daß er vor Aufregung krank geworden sei. Seine Aussage in dem Prozeß, die dahin gelaute habe, daß er den Genossen Fischer nicht für jäsig halte, Schmiergelder zu nehmen, habe der „Vorwärts“ nicht gebracht; sein Artikel, in dem er sich rechtfertigen wollte, sei ebenfalls nicht erschienen. Er protestiere gegen ein solches Verfahren; er fühle sich unschuldig. Beim Wahlverein habe er beantragt, daß das Ausschlußverfahren gegen ihn eröffnet werde, aber man habe ihn abgewiesen. Bei der Proskommission hätte er sein Recht auch nicht suchen können, denn diese sei ein unverantwortlicher Weise mit ihm umgegangen worden und er appelliere an das objektive Urteil der Genossen.

Genosse Langhammer als nächster Redner antwortete auf Russial's Klagen gegen den „Vorwärts“, daß Russial wahrlich keinen Grund habe, sich als gekränkt und schwer beleidigt den Genossen hinzustellen. Man habe sein Verhalten am „Vorwärts“ lange genug und ruhig geduldet, trotzdem es schädlich für den „Vorwärts“ wirkte. Als er aber einen groben Vertrauensbruch beging, als er sogar dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in die Hände arbeitete, da habe man ihn entlassen. Er habe geglaubt, in seiner Stellung eine Rolle nach eigenem Belieben spielen zu können, zum Schaden der Zeitung, die ihn angestellt habe; das konnte aber auf die Dauer nicht geduldet werden.

In der Versammlung machte sich eine wachsende Unruhe bemerkbar und da die Zeit schon sehr vorgerückt war, wurde die Vertagung beschlossen. Die Diskussion, zu der sich noch 10 Redner gemeldet hatten, soll dann fortgesetzt werden.

Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzende Paul Hoffmann, Wilh. Mann, Kassierer Fern. Warentzin, Wilh. Jöschel, Schriftführer Max Rengel, Wilh. Schenk, Beisitzer Frau Bengels; als Redatoren sind gewählt: Genossen Dietrich, Kupferschmidt, Burghardt, Hoesland, Feuner, Schneider. Mitglied der Proskommission Otto Wüchner, der Lokalkommission Karl Kott, der Agitationskommission Rich. Hadelbusch, des Aktionsausschusses Paul Hoffmann. Revisor für Groß-Berlin Otto Klam. Aspiranten die Genossen Warentzin, Mann, Veitge.

### Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis füllte den großen Saal des „Alten Schützenhauses“ bis auf den letzten Platz. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung des Andenken des kürzlich verstorbenen Genossen Ferdinand Fischer.

Im Vorstandsbericht machte der Vorsitzende, Genosse Friedländer, zunächst einige Mitteilungen über den Mitgliederbestand. Infolge der eigentümlichen Lage des fünften Wahlkreises, die viele Umzüge nach anderen Wahlkreisen mit sich bringt, ist die Fluktuation in diesem Wahlkreise stärker als in anderen. Der Kassierer sah sich im verflochtenen Jahre als genötigt, eine große Anzahl Mitglieder zu freizeichnen, womit jedoch keineswegs ein Rückgang der durchschnittlichen Mitgliederzahl eingetreten ist, sondern vielmehr eine Konsolidierung der Mitgliedschaft. Der Verein zählt jetzt 1850 männliche und 177 weibliche, zusammen 2027 Mitglieder. Daß die Organisation Fortschritte gemacht hat, zeigt sich auch darin, daß im verflochtenen Jahre 16 092 Beitragsmarken gegenüber 18 647 im vorhergegangenen abgerechnet werden konnten, und daß der Verein diesmal drei Delegierte mehr zur Generalversammlung von Groß-Berlin entsenden kann. Bei den Ausschlußanträgen, die wegen Verläufe gegen Parteigrundsätze gestellt werden mußten, ist der Vorstand so rücksichtslos wie möglich vorgegangen und hat die betreffenden Mitglieder, wenn nötig, wiederholt geladen. Der Redner teilte hierzu noch mit, daß die Adresse des wegen Streifenrechtes ausgeschlossenen G. Elkmann im „Mittelungsblatt“ infolge eines Irrtums falsch angegeben war; er wohnt Christburger Straße 24. Die Verwaltungsdarbeiten hat der Vorstand wie bisher in seinen monatlichen engeren Sitzungen und erweiterten Vorstandssitzungen mit den Bezirksleitern erledigt. Generalversammlungen fanden drei statt. In Mitgliederversammlungen, wo allgemeine politische Fragen behandelt wurden, referierten die Genossen Robert Samidi, Stücken, Eichhorn und Ströbel. Dazu kamen zwei Sonntagversammlungen sowie die großen öffentlichen politischen Versammlungen. Der „Vorwärts“ ist, soweit der fünfte Wahlkreis in Frage kommt, bei den beiden Parteispedituren Zucht und Janisch in 2418 Exemplaren abonniert, was bei den über 15 000 sozialdemokratischen Wählern eine noch recht geringe Abonnementzahl ist und eine Mahnung an die Parteigenossen, in ihrer Arbeit für die Ausbreitung unseres Organs nicht zu erlahmen. Die „Gleichheit“ wird innerhalb des Kreises in 80 Exemplaren gelesen, so daß also auch hier noch, namentlich für unsere Genossinnen, viel zu tun übrig bleibt. Der „Wahre Kath“ zählt im fünften Kreise 375 Abonnenten. Außerdem muß für die „Arbeiterjugend“ eine lebhaft propagandistische Arbeit werden. Die wichtigste politische Tätigkeit im verflochtenen Jahre brachte die Landtagswahlbewegung mit sich und die Wahlrechtsbewegung, womit sie eingeleitet wurde. Wir können sagen, daß von den Genossen, die am 12. Januar 1908 unsere Wahlrechtsversammlung in den „Sophienhöfen“ besuchten, keiner bei den Demonstrationen auf der Straße fehlte. Von mehreren Genossen ist dann der Wunsch geäußert, wir sollten mit den Demonstrationen nicht aufhören und keine Ruhepausen eintreten lassen. Diese Genossen übersahen aber wohl, daß Wahlrechtsdemonstrationen nicht gemacht werden können, sondern spontan aus dem Drange von unten hervorwachsen müssen. Die herrschenden Klassen müssen eben damit rechnen, daß Demonstrationen nicht immer stattfinden, wohl aber dann, wenn es notwendig erscheint und die Umstände es gebieten. Bei der Landtagswahl ist der fünfte Reichstagswahlkreis infolge der schäuen Wahlkreisgeometrie besonders schlecht gestellt, weil er teils zum 7., 8. und 10. Landtagswahlbezirk gehört. Innerhalb des fünften Reichstagswahlkreises wurden bei der letzten Landtagswahl 1273 sozialdemokratische und 6805 freisinnige Stimmen abgegeben. Gegenüber der Wahl von 1903 wuchs unsere Stimmenzahl in der dritten Wahlerklasse von 6998 auf 6998, in der zweiten von 72 auf 331 und in der ersten von 1 auf 6; die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner stieg in der dritten Klasse von 120 auf 188, in der zweiten von 2 auf 20 und in der ersten von 0 auf 1. Der Redner gibt sodann eine Uebersicht über die Wahlerfolge nach den verschiedenen Abteilungen des Wahlvereins, um zu zeigen, wo die Agitation am meisten notwendig ist, und spricht schließlich die Erwartung aus, daß die Genossen und Genossinnen im laufenden Jahre mit ebensolchem oder noch größerem Eifer für die Organisation und ihre Ziele wirken und streben werden wie im verflochtenen.

Darauf verlas der Kassierer Kirke die Abrechnung vom letzten Halbjahr. Die Einnahmen betragen, samt dem alten Bestand von 1248,45 M., 6743,75 M., die Ausgaben 6284,15 M., so daß ein Bestand von 469,60 M. übrig blieb. In das Verbandsbureau wurden monatlich regelmäßig 200 M., zusammen also 1200 M. abgeliefert. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge.

Sodann gab Genosse Weis den Bericht von der Proskommission. Er wies darauf hin, daß die Genossen ja schon von den Bezirksleitern über das wichtigste aufgeklärt worden sind, und gab dann zunächst eine Uebersicht über die verschiedenen Anlagen, Beurteilungen und Bestrafungen, die die Genossen Wermuth, Hans Weber und David John trafen. Die Auflage des „Vorwärts“ hatte nach dem beispiellosen Aufschwung von 1907 im verflochtenen Jahre natürlich unter der Krise zu leiden.

Sie beträgt jetzt rund 130 000. Sobald der wirtschaftliche Druck nachläßt, wird jedenfalls wieder eine Steigerung eintreten. Ein großer Teil der Tätigkeit der Proskommission bezog sich auf die gewerkschaftlichen Streitigkeiten. Das immer stärkere Hinüberneigen der noch vorhandenen Lokalorganisationen zur sozialistischen Richtung veranlaßte die Proskommission zu erdauern, ob es nicht fruchtbarer wäre, diesen Beschäftigten der Gewerkschaftsbewegung den „Vorwärts“ weiter zur Verfügung zu stellen. Demgemäß wurde die „Vorwärts“-Sperte beschlossen über die Vereinigung der Pflanzler, die der Zimmerer und die lokale Gruppe der Barbiers und Friseur. Ferner berichtete der Redner darüber, daß der „Vorwärts“ für den für Selbstabholer bestehenden Abonnementpreis von 80 Pf. nur noch dann abgegeben wird, wenn der Abholer höchstens drei Exemplare verlangt. Dieser Beschluß ist notwendig geworden, weil, wenn das Blatt in größeren Mengen von einzelnen abgeholt wird, jede Kontrolle darüber fehlt, ob sich nicht in irgendeiner Form Privatexpeditionen zum Schaden der betreffenden Parteispedituren daraus entwickeln. Die unentgeltliche Abgabe des „Vorwärts“ an die organisierten Genossen und Abonnenten nach zweimonatiger Arbeitslosigkeit hat eine ziemlich hohe Belastung mit sich gebracht; gleichwohl ist dies kein Grund, in der Zeit der Krise diese Einrichtung fallen zu lassen. Der Generalversammlung von Groß-Berlin schlugen wir deshalb vor, das Interregnum noch ein Halbjahr weiter bestehen zu lassen. Hinsichtlich der inneren Ausgestaltung des „Vorwärts“ erwähnte der Redner die Einführung der besonderen Berichterstattung vom Gewerbegericht und vom Innungschiedsgericht, und führte zum Schluß aus, daß, wenn auch einzelne Differenzen mit der Redaktion vorlägen, doch prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht entstanden sind, und daß das Blatt so redigiert wird, wie es sein muß und soll.

In seinem Bericht von der Agitationskommission gedachte Genosse Zucht zunächst der Provinzialkonferenz am 30. August sowie des Umstandes, daß dort zwar jene besonnenen „nüchternen Elemente“ an die Luft gesetzt werden mußten. Die Agitation für die Landtagswahlen wurde mit großem Eifer betrieben. In einer großen Anzahl kleiner Orte haben sich, trotz aller terroristischen Treibereien der Gegner, Genossen gefunden, die den Mut hatten, sich als Wahlmänner aufstellen zu lassen. Die Gewerkschaften wie auch der Arbeiterradfahrerbund leisteten bei der Wahlbewegung wertvolle Dienste. Auskunftsstellen für Landarbeiter wurden an 20 Orten errichtet; jetzt sind es schon mehr. Sie wurden von 90 Personen in Anspruch genommen. Daß der Reichslägerverband und die ganze bürgerliche Presse die Landarbeiter unausgeseht vor den „roten Arbeiterfreizeiten“ warnt, ist schon Beweis genug dafür, daß unsere Auskunftsstellen, ihrem Zweck entsprechend, eine nützliche Tätigkeit entfalten. Der „Rückische Landbote“ ist in 320 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Lokaltreiberei wird in dem Maße gehandhabt, daß und in ganzen Wahlkreisen nur ein oder zwei Lokale zur Verfügung stehen. Durch die Kommunalwahlen ist die Zahl unserer Gemeindevorsteher in der Provinz von 115 auf 190 erhöht worden. Gegen die Flugblattverbreitungen suchten die Behörden mit den Bestimmungen über die Heiligung des Sonntags vorzugehen. Obwohl das Oberverwaltungsgericht inzwischen entschieden hat, daß, wenn durch die Flugblattverbreitung keine Belästigung anderer eintritt, keine Verletzung jener Bestimmung vorliegt, waren in den anderen Fällen Geldstrafen zu zahlen, die zusammen 3141 M. ausmachten. Unsere beiden Provinzzeitungen haben gute Fortschritte gemacht und jetzt je eine Auflage von über 12 000 Exemplaren. In den kleineren Orten und auf den Dörfern üben die Gegner einen schändlichen Terrorismus gegen uns aus; oft geschieht es, daß, wenn wir glauben, Genossen gefunden zu haben, die für die Partei tätig sind, sie von den Gegnern brotlos gemacht werden und aus dem Ort auswandern müssen. Die Organisation hat gleichwohl gute Fortschritte gemacht. Der Beitrag von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder ist in der Provinz allgemein durchgeführt. Der Redner bittet die Versammlung dringend, schon im Interesse der Provinzorganisation, dem Antrage der Genossinnen, auch in Berlin ihren Beitrag auf 20 Pf. festzusetzen, zuzustimmen.

Den Bericht von der Lokalkommission gibt Genosse Hanisch. Im fünften Berliner Wahlkreise stehen und jetzt 26 Säle zur Verfügung. Hinsichtlich des vom Lehrerverein erbauten großen Saales am Alexanderplatz hat die Lokalkommission auf ihre Anfrage die Antwort vom Dekanaten erhalten, daß sein Kontrakt ihm nicht gestatte, den Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. Das Lokal gilt also als gesperrt.

Zur Diskussion über die Berichte wurde das Wort nicht verlangt. Zur Vorstandswahl schlugen die Bezirksleiter vor, den alten Vorstand wiedergewählen mit Ausnahme des Genossen Weis, der auf die Wiederwahl verzichtete. An seiner Stelle wurde als Schriftführer der Genosse Puschke vorgeschlagen. Die Vorstandswahlen hatten dementsprechend folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Friedländer, 2. Vorsitzender Fröbel, 1. Kassierer Kirke, 2. Kassierer Liepmann, 1. Schriftführer Gunschede, 2. Schriftführer Kott, Beisitzer Frh. Völkner, Albrecht und Frau Holzappel. Als Revisoren wurden Robert Fischer, Schrage, und Rieger gewählt. In die Kommissionen wurden folgende Genossen wiedergewählt: Proskommission Weis, Agitationskommission Zucht, Lokalkommission Hanisch; in den Aktionsausschluß Friedländer. Als Vertreterin der Genossinnen im Vorstand wurde Frau Nürnberg einstimmig vorgeschlagen.

Die Wahlen der Abteilungsleiter wurden von der Versammlung bestätigt, und zwar für die 1. Abteilung Genosse Wasser, 2. Abteilung Wehle, 3. Abteilung Wolf, 4. Abteilung Holzappel, 5. Abteilung Münzer, 6. Abteilung Stobbe, 7. Abteilung Pasche.

Darauf wurde der Antrag der Genossinnen, die Generalversammlung von Groß-Berlin möge den Beitrag der weiblichen Mitglieder auf 20 Pf. festsetzen, zur Verhandlung gestellt und nach kurzer Begründung durch die Genossinnen Nürnberg fast einstimmig angenommen. Weitere Anträge zur Verbandsgeneralversammlung lagen nicht vor. Die 14 Delegierten des Kreises zur Verbandsgeneralversammlung wurden den Vorschlägen der Abteilungen entsprechend von der Versammlung gewählt.

### Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung wurde im „Pradsaal Nordost“ in der Bieleffstraße abgehalten. Sie war außerordentlich stark besucht. Nach Eröffnung der Versammlung erbatte der Vorsitzende Freenthaler den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kommissionen. Er gedachte der bemerkenswertesten politischen Ereignisse des vorigen Jahres und der Parteitätigkeit, welche aus Anlaß dieser Ereignisse entfaltet wurde. Ueber die Parteiarbeiten im Kreise sagte der Redner unter anderem: Dem Wahlrechtskampf in Preußen dienten 20 Versammlungen, am 1. Mai fanden 11 Versammlungen statt, die auch auf die Wahlrechtsbewegung Bezug hatten. — Das Resultat der Erhebung über die Jugendschicht der Mitglieder zur Kirche konnte noch nicht festgestellt werden. — Ein Antrag, den Funktionären für die vom Vorstande einberufenen Sitzungen eine kleine Entschädigung zu gewähren, ist in den Abteilungen beraten worden und liegt der Generalversammlung zur Entscheidung vor. — Der Verein gewährte 50 Mitgliedern Beihilfe. Dafür wurden 1654 M. ausgegeben. Bei den Flugblattverbreitungen wurden im Laufe des Jahres 2½ Millionen Flugblätter im Kreise verteilt, außerdem 300 000 Exemplare einer Broschüre über die Kaiserinriedenrede in Reichstage. — Abgehalten wurden 57 Versammlungen, 15 Kreisconferenzen, 18 Vorstandssitzungen, 22 Abteilungsversammlungen und 21 Sonntagabendversammlungen. Durchschnittlich waren im Kreise 408 Funktionäre tätig. Die Kreisconferenzen waren durchschnittlich von 80 Proz. der Funktionäre besucht. Ein Wechsel der Funktionäre fand in 389 Bezirken statt. In 189 Bezirken blieben die Funktionäre während des ganzen Jahres die gleichen. Der Kreis ist jetzt nicht mehr in 11, sondern in 13 Abteilungen gegliedert. Die Schiedskommission hielt 10 Sitzungen ab und erledigte 80 Anträge, davon waren 62 Ausschlußanträge. Die Kommission







Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins Nieder-Barnim

findet am Sonntag, den 28. Februar, vormittags 12 Uhr, in Lichtenberg, Lokal von Gürsch, Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 128, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Statutenberatung.
4. Antrag Dramenburg betr. Anstellung eines besoldeten Beamten.
5. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: B. Dentzer.

Friedrichshagen. Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, findet bei Wwe. Lerche, Friedrichstr. 112, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: „Die Lebensmittelversorgung und die wirtschaftliche Organisation der Konsumenten“.

Hersfelde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 27. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokal von Hermann Henze statt.

Pankow. Nach Auflösung des Pankower Wahlvereins durch den Kreisvorstand haben sich am Montag eine Reihe Genossen zusammengefunden, um die notwendigen Vorarbeiten zur Neugründung eines Vereins zu beraten.

Berliner Nachrichten.

Hausbesitzer und Mieterstreitigkeiten.

Unsere Haus- und Grundbesitzer können sich viel erlauben und sie machen auch von dieser Freiheit den unumschränktesten Gebrauch. Etwas Besonderes haben sie los in der Kennzeichnung ihrer Mieter. Zu diesem Zweck gibt der Bund der Berliner Grundbesitzervereine eine schwarze Liste oder wie der offizielle Ausdruck lautet, eine Schuldliste nicht empfehlenswerter Mieter heraus.

Unwillkürlich wird sich jeder fragen: Wer kommt denn eigentlich in die Liste hinein? Die Antwort gibt das Verzeichnis selbst. Vor uns liegen zwei solcher Nachträge, und daraus ersehen wir, daß zahlreiche Personen, die vermutlich nicht in der Lage waren, ihre Miete zahlen zu können, in die Liste aufgenommen sind.

Aus dem Berliner Polizeilumpf.

Die Brandstifter vom vorigen Jahre und die Messerstecher in diesem Jahre können von unserer genialen Berliner Polizei nicht gefast werden. Dafür arbeitet sie aber mit dem nur ihr beschiedenen Geschick krampfhaft daran, die Geheimnisse der Berliner Parteilgenossenschaft zu ergründen.

Während diese Ehrenmänner früher nach der alten Vorschrift in den revolutionärsten Tönen über die Unfähigkeit der Polizei und der Regierung schimpften — mochten mancher durch seine Sachkenntnis vielleicht auch ehrlich überzeugen —, scheint das Reglement für die politischen Beamten jetzt geändert zu sein.

Aber was sonst auch der ärgste Verleumder der preussischen Polizei nicht nachsagen konnte, jetzt scheint es, als folge man dort dem Juge der Zeit. Und zwar insofern, als man die Sympathien des deutschen Volkes für das englische auserkennt. Unsere „Genossen“ vom Alexanderplatz sind daher jetzt englandbegeistert, und nicht mit Unrecht spricht die alldeutsche Presse von einer „Engländerseuche“, deren man sich schämen müsse.

Aber wie sie sich auch bei ihrer „Parteitätigkeit“ auspuhen, immer wieder kommen unsere Parteigenossen dahinter und erkennen die Nichtigkeit des alten spanischen Sprichwortes: „Dieselben Dünne, nur mit anderen Halsbändern.“

in dem er am 23. Februar 1908 in der Wohnung des Bezirksführers Sch. Kottbusser Straße, sich als Mitglied aufnehmen ließ. Mit diesem Akte der Heimlichkeitsliebe vollzog er zugleich seine Kottkaufe und gab zu der damals noch notwendigen amtlichen Meldung als Signalement an:

John Friend, geb. 2. November 1861 zu Derby bei London (England). In Erkenntnis seiner Fähigkeiten bemerkte er, sein Vater sei ein nach England ausgewandertes pommerisches „Schafschäfer“.

burtstag und -Ort, nach Beruf oder Stand und in ihrer früheren Wohnung aufgeführt. Ihr Schulkonto wird durch besondere Zeichen bezeichnet, wofür der Hausbesitzer auf Grund einer ihm besonders übermittelten Zeichenerklärung den Schlüssel hat.

Blättern wir das Verzeichnis durch, so fällt auf, daß hinter zahlreichen Personen die Zeichen a, b, c, oder a, b, d stehen. Daraus erhellt, daß es sich in den meisten Fällen um ärmere Leute handelt, die heillos sind und entweder wegen rückständiger Miete ermittelt wurden oder aber diese Ermittlung gar nicht erst abwarteten und lieber freiwillig auszogen.

Wie man sieht, erzählt die Liste der nicht empfehlenswerten Mieter so manches, wovon der in derselben Verzeichnete keine Ahnung hat und was sich vielleicht sogar bei gewissenhafter Nachprüfung nicht einmal aufrecht erhalten läßt.

Das Mißtrauen gegen die Unfallstationen, das in Berlin besteht, wird auch erwähnt in der Vorlage des Magistrats über die Neugestaltung des Rettungswesens, zu der die Stadtvorordnetenversammlung am heutigen Donnerstag Stellung nehmen soll.

Starker gezogen. Auch habe er die Absicht, im vierten Kreise (Südost) zu bleiben und für die Partei mitzuarbeiten. Sobald sich eine geeignete Wohnung bietet, ziehe er wieder nach dem Südoften zurück.

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

Kriminalbeamte Erich Scheunemann, Mariendorfer Str. 10 (alias John Friend aus Derby bei London), Mitglied des Wahlvereins im vierten Kreis Südost. Mit einer kleinen Variante galt als sein Spruch wohl das Wort seines „Landsmannes“, des englischen Dichters Milton: „Auch hofft ich nicht Verminderung des Elends von meinem Plan, nur andere mit gleich zu machen, wenn möglich mache ich sie noch schlimmer.“

wollen, wieweit dies wirklich begründet ist, scheint uns doch die Tatsache selbst, sowie der weitere Umstand, daß etwas von dieser Stimmung auch in Kreise der Bürgerchaft eingedrungen ist, der Beachtung wert und erfordert jedenfalls eine Prüfung, ob jene Anstände nicht beseitigt werden könnten.

Allerdings ist das Kuratorium wohl so sehr von der „Vor-trefflichkeit“ der Unfallstationen überzeugt, daß es durch keinerlei Bemängelung — sie komme, von wo sie wolle — sich imponieren lassen wird. Uns fällt gerade jetzt der Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Unfallstationen für die Jahre 1906 und 1907 in die Hände; ein neuerer liegt nicht vor und ist wohl auch noch nicht erschienen.

Der helfende Schutzmantel ist es, der seiner Instruktion folgend, zuerst an die Unfallstation denkt und dann manchmal sogar einen schwerer Verletzten zunächst nach einer Unfallstation und nicht sofort nach einem nahen Krankenhaus bringt.

In demselben Geschäftsbericht liest man übrigens, die Verbindung der Unfallstationen mit den Vereinen vom Roten Kreuz sei auch im Berichtsjahre aufrechterhalten worden und habe für beide Teile zu erfreulichen Resultaten geführt.

Im übrigen aber ließ man ihn ungeschoren. Und wir sind mit dem Erfolg zufrieden. „Genosse“ Friend hat uns — allerdings wider Willen — manchen Fingerzeig gegeben.

Am 20. November 1908 wurde in einer Versammlung der Jugendlichen sein „Landsmann“ William Springer alias Wilhelm Schlaf als Polizeispiegel angezapelt. War es nun Scham oder Furcht, daß sich sein Ritzgefäß mit diesem gar zu lebhaft entwideln würde, kurz, unser aller ehrlicher „Engländer“ John Friend gab seine Parteitätigkeit auf.

„Ich wollte Dir noch vor meiner Abreise Lebewohl sagen, leider habe ich Dich nicht zu Hause getroffen. Deine Bücher werde ich drüben bei Ende abgeben. Besten Dank fürs Leihen. Ein Buch gehört Sprengel. Ob ich in diesem Jahre noch zurückkomme, ist unbestimmt, vielleicht bleibe ich ganz dort. Besten Gruß an Deine Familie und Dich von John Friend.“

Am 8. Dezember trug „Genosse“ John Friend Schnurbart und Platte, jetzt ließ er sich die Platte abrastieren und sein Schnurbart wurde plötzlich schwarz. Unmögliche Vorsicht!

Um unseren Genossen ein Vergnügen zu bereiten und ihnen Gelegenheit zu geben, diesen Ehrenmann kennen zu lernen, stellen wir ein Bild in unserer Expedition, Lindenstraße 69, und in den Parteipublikationen aus.



Wo aber bleibt der dritte Teil, nämlich die Bevölkerung, die hier doch wohl die Hauptsache ist? Das Uebermaß von — sagen wir — Selbstbewußtsein, mit dem in den Unfallstationen manche Verletzte berunglückten Arbeitern oder ihren Begleitern entgegengetreten sind, gehört in dasselbe Kapitel, wie die stramme „Disziplin“, die gelegentlich in einer Heilstätte des Roten Kreuzes gegen einen sich über Mängel der Heilstätte beschwerenden Arbeiter ausgeübt worden ist.

**Zur Neugestaltung des Rettungswesens.** In unseren Betrachtungen über das Gesundheitswesen in der Stadt hat sich (Nr. 46 vom 2. Februar) in dem letzten Satz der „Druckfehlerzeitschrift“ — wohl in Wimmerlaune zugunsten der Unfallstationen — die Privatnützlichkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens als eine leistungsfähige hingestellt, während wir sie als eine leistungsunfähige zu kennzeichnen wünschten.

**Ein Reichspostverwand aus dem Jahre 1885.** Das Reichspostmuseum hat eine ganz ungewöhnlich wertvolle Vereinerung erfahren — eine große Anzahl verlustloser Briefe aus dem Jahre 1885. Im Jahre 1880 wurden beim Umzuge des Amtsgerichts II in Frankfurt am Main in das neue Gerichtsgebäude 175 verlustlos erhaltene Briefe an Adressaten in Köln, Aachen, Lüttich, Antwerpen usw. aufgefunden, die sämtlich aus dem Jahre 1885 herrührten und mit wenigen Ausnahmen aus Italien stammten. Außerdem lag den Briefen ein Paket lausamischer Rechnungsausgänge in italienischer Sprache aus den Jahren 1882, 1883 und 1884 bei. Der Fund wurde den Staatsarchiven übergeben, von Kaiser aber später dem Reichspostmuseum überwiesen. Da oft viele Briefe, bis zu 11, ein einem Umschlag enthalten sind, handelt es sich um nicht weniger als 273 Briefsendungen. Von diesen sind 237 aus italienischen Orten, 72 aus Rom, 57 aus Mailand, 82 aus Venedig, 18 aus Genua, 10 aus Biacenza, ferner aus Bologna, Chiavasso, Como, Cremona, Ferrara, Florenz, Foggino, Lodi, Mantua, Neapel, Novara, Pavia, Prato, Ravenna, Vercelli und Verona usw. Von den 273 Briefen waren gerichtet nach Köln 84, Antwerpen 53, Lüttich 40. Sonst kommen noch viele Orte in den Niederlanden vor. Der Ober- und Gehelme Postrat a. D. Sautter in Charlottenburg hat den wertvollen Fund einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Nach diesen handelt es sich um eine vollständige Postsendung, die wohl von Kriegsfliegern geroubt worden ist und dann verpackt wurde, bis man sie vergaß. Es handelt sich offenbar um einen Verwandten der damaligen kaiserlichen Reichspost unter der Familie Tagis oder Tassis, wie sie sich damals nannte. Dies beweist u. a. auch ein beigefügtes Postavis vom 16. Mai 1885 von Mailand nach Köln. Dieser bildet namentlich die älteste derartige Urkunde, die wir besitzen, da es bisher nur eine solche vom Jahre 1888 gab. Der ganze Fund bietet ein lebhaftes Bild des damaligen Handels und der Entwicklung der Post. Es ist anzunehmen, daß die jetzt wieder aufgefundenen Post auf der uralten Poststraße Mantua—Trient—Vogel—Drenner—Innsbruck—Ferpach—Neutte—Füssen—Augsburg und dann über das heutige Würtemberg nach dem Rhein ging. Die Post von Mailand nach Köln beanspruchte damals zehn Tage. Mehrere Briefe liegen auch Wechsel bei. Sie bestanden aus einem schmalen, etwa sechs Zentimeter breiten, unbedruckten, eng beschriebenen Papierstreifen von ungefähr 20 bis 22 Zentimeter Länge. Der Wortlaut war annähernd derselbe wie heutzutage; die einzelnen Worte sind meist stark abgekürzt. In der Uebersetzung lautet z. B. einer der Wechsel: „Jesus. Am 28. Mai 1885 in Mailand L. 12. 10. zu 107/4 Groschen den Taler. Nach Brauch zahlen Sie gegen diesen Primawechsel an die hochehrenwerten Hieronymo Cassina u. Comp. 201 Taler 12 Groschen 10 Fennige zu 107/4 Groschen den Taler gerechnet, Wert hier erhalten von dem hochehrenwerten Giovanni Battista Balzone, und stellen sich die Summe in Forderung. Mit Gott. Filippo Morejuno e fratelli.“ Auf der Rückseite steht: „An den hochehrenwerten Gio. Francesco Capello in Genua. Primawechsel.“

Mit den 2000 Mark, die der König von England anfänglich seines Besuches gestiftet hat, weis man im Rathause nicht recht anzufangen. An die Armen können die Gelder nicht verteilt werden, da die 2000 Mark für die Wohltätigkeitsanstalten Berlins bestimmt sind. Wir haben nun in Berlin eine ganze Reihe Wohltätigkeitsanstalten. Jeder dieser Anstalten etwas zuzuwenden, würde zur Folge haben, daß der auf eine Anstalt entfallende Betrag denn doch zu wenig wäre und so hat der Magistrat den Geldbetrag nicht zur Verteilung bringen können, wie dies bei einer Zuwendung „für die Armen Berlins“ hätte geschehen müssen, sondern er hat beschloffen, die Zweitausendmark-Spende der Kaiserin Wilhelmina und Augustastiftung“ übereisen zu lassen, welche bekanntlich hiesigen würdigen und hilfsbedürftigen Einwohnern beiderlei Geschlechts, ohne Unterschied des Standes und Glaubens, Wohnung und Verpflegung gewährt und gegenwärtig für diesen Zweck jährlich circa 80 000 Mark aufwendet. Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordnetenversammlung, jenem Antrage zuzustimmen.

**Heber die Erhebung von Baupolizeigebühren** ließ sich das Oberverwaltungsgericht so aus: Wenn § 8 des preussischen Kommunalabgabengesetzes den Gemeinden das Recht zugesiehe, für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten, Umbauten und andere bauliche Veränderungen eine Gebühr zu erheben, so wäre dafür bestimmend, daß die der Genehmigung vorausgehende Prüfung und Beaufsichtigung wesentlich auch im Interesse der Bauenden erfolge, indem sie einen Schutz gegen technische Fehler biete. Die Befugnis zur Gebührenerhebung dürfe daher nicht auf diejenigen Fälle einer baupolizeilichen Tätigkeit ausgebreitet werden, in denen weder eine Prüfung der gedachten Art, noch eine Genehmigung und Beaufsichtigung stattfindet. In Bezug auf solche Fälle sei die Erhebung einer Baupolizeigebühr ausgeschlossen. Das Oberverwaltungsgericht billigte die erstinstanzliche Festsetzung des Zehnten von der Baupolizeigebühr, zu der er wegen des Neubaus des Regierungsgebäudes in Düsseldorf herangezogen worden war, indem es berücksichtigt, daß nach der Düsseldorf Baupolizeiverordnung deren Bestimmungen über die Bauerlaubnis, sowie über Prüfung und Abnahme der Bauten auf von Staatsbehörden auszuführende Bauten nicht anzuwenden sind.

Auf ein Verbrechen läßt ein Zeichenfund schließen, der gestern nachmittag in dem Hause Invalidenstraße 1a gemacht wurde. Es handelt sich um einen Knaben, der angelockt war, also bald nach der Geburt in einen Ofen oder in eine Kochmaschine gesteckt sein dürfte. Dann wurde die Leiche in rostfarbenen Zinblech gewickelt und endlich in ein Exemplar der „Morgenpost“ gehüllt. Die behördlichen Nachforschungen nach der Mutter sind im Gange.

Aus dem Zuchthause in der Lehrtor Straße ist gestern ein Gefangener entkommen. Obwohl Beamte sofort die ganze Umgegend absuchten, fanden sie von dem Verbrecher keine Spur.

**Geistliche Intoleranz.** Die Beerdigung der unglücklichen Familie Wüthel in Johannisthal fand auf dem Friedhofe in Rudow unter auffallend großer Beteiligung der Einwohner Johannisthal und Umgebung statt. Der Kleinrentmeister Wüthel hatte bekanntlich unter dem Einfluß sozialer Verhältnisse und zudem schwerer Erkrankung seine gesamte Familie und sich selbst getötet. Die lebhafteste Teilnahme war von Witleid diktiert, aber auch eine Demonstration gegen die Kirche. Der zuständige Ortsgeistliche hatte seine Mitwirkung an der Beerdigungsfeier von einem ärztlichen Attest abhängig gemacht, daß Wüthel bei Begehung der Tat geistesunmüchtig gewesen sei. Das konnte natürlich der behandelnde Arzt nicht bezeugen, obwohl es mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist. Der Geistliche blieb daher in edler christlicher Nächstenliebe, die alles verzeihlich findet, dem Kirchhof fern. Lokalrat dachte die Behörde, welche durch den Gemeindevorsteher persönlich vertreten war. Die freiwillige Feuerwehrgesellschaft war lediglich aus Mangel an Rasenbestand nicht, wie es sonst üblich ist, die Wäfler stellen, gab aber trotzdem vollständig und in pietätvoller Form dem verstorbenen Kollegen die letzte Ehre. Also alles, was ein Herz und Verständnis für unglückliche Verhältnisse hat, war da.

Nur die Kirche mit ihrem rücksichtigen Denkvermögen hielt sich zurück. Die Verstorbenen werden sich deshalb nicht im Grabe umdrehen.

Zwei gemeindefähliche Geisteskrante sind gestern aus der Irrenanstalt Daldorf entwichen.

**Not und Arbeitslosigkeit** haben den 45 Jahre alten Arbeiter Heinrich Jacob aus der Egelstr. 10 in den Tod getrieben. J. war seit mehreren Wochen beschäftigungslos und schließlich wurde die Notlage bei ihm so groß, daß er in der Verzweiflung Selbstmord verübte. Gestern nachmittag vergiftete sich der Lebensmüde mit Phosphor. Auf dem Transport nach dem städtischen Krankenhause erlag er den Wirkungen des Giftes.

**Kopfkäufe sind ein Uebel**, das unter Kindern weiter verbreitet ist, als mancher annimmt. In Gemeindefchulen Berlins ist vor einigen Jahren von Schullehrern festgestellt worden, daß in einzelnen der untersten Klassen über die Hälfte der sechsjährigen Schulkinder mit Kopfkäufen behaftet waren. Bekannt ist, daß auch in Erziehungsanstalten ein ständiger Kampf gegen dieses Ungeziefer geführt werden muß, um einer Uebertragung auf andere Kinder vorzubeugen. Aus der „Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt“, die sich im Hause Am Urban 10 und 11 befindet, hat kürzlich ein Vater sein dort untergebrachtes Kind herangeholt, weil es ihm zu sehr „verkauft“ schien. Es handelt sich um das Kind eines Schneiders G., eines Knaben im zweiten Lebensjahre, der seit Anfang November 1908 in der Anstalt verpflegt wurde. Als der Vater auf dem Kopfe seines Kindes das Gewimmel entdeckte und sofort Alarm schlug, wurde vom Anstaltspersonal zunächst der Versuch gemacht, ihn zu beschwichtigen. Herr G. kam aber am anderen Tage wieder, um in aller Form eine Beschwerde vorzutragen. Jetzt bemerkte er, daß man dem Kinde inzwischen die Haare gekürzt hatte, um dem Ungeziefer beikommen zu können. Man wollte ihm erzählen, die Käufe seien durch Besuche eingeschleppt worden. Demgegenüber berichtet der Vater, etwa seit Weihnachten sei die Befuchsmöglichkeit durch die Anstaltsleitung so weit eingeschränkt worden, daß im Monat nur noch zwei Besuche gemacht werden können. Sollte es da nicht möglich sein, in dem halben Monat zwischen zwei Besuchstagen die angelegentlich eingeschleppten Käufe zu bemerken und zu beseitigen? Die Eltern legten durch, daß zwei Tage nach jener Beschwerde ihnen das Kind zurückgegeben wurde. Als sie nun den Kleinen aus dem Bett aufnahmen, entdeckten sie zu ihrem Schrecken, daß er auf dem Rücken und dem Gesichte durchgelegen zu sein schien. Man wollte ihnen die Bundeheit des Kindes als die Wirkung irgend einer Krankheit erklären, die Eltern beruhigten sich aber nicht hierbei, sondern liehen das Kind zu Hause von einem Arzt untersuchen. Dieser soll ihnen gesagt haben, das Kind habe eben einen scharfen Urin. Ja, gibt es denn kein Mittel, auch in solchem Falle das Ungeziefer zu verhindern? Das Kind des Herrn G. war durch Vermittelung der Stadt Berlin in die „Berlin-Brandenburgische Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt“ gebracht worden. Die Armenverwaltung sollte nicht versäumen, aus Anlaß der von dem Ehepaar G. gemachten Erfahrungen die nötigen Schritte zu tun.

Mit Milch tödlich verdrückt wurde die 1 1/2 Jahre alte Tochter Berta der Bedienten Edeleute aus der Kesselstr. 7. Sie hatte beim Spielen ein Gefäß mit Milch umgestoßen, so daß der siedende Inhalt sich über den Körper ergoß. Das Kind wurde gleich nach dem Kaiser-Friedrich-Kinderkrankenhaus gebracht, ist dort aber gestern den Verwandten erlegen.

Als Heiratschwindler festgenommen ist auf Grund der Anzeige eines jungen Mädchens der 28 Jahre alte, wohnungslose Arbeiter Franz Jolowsky. Er gibt sich für einen Afrikaner aus, verspricht dem jungen Mädchen die Ehe und nahm ihm zur Verschönerung der Einrichtung die Ersparnisse ab. Dann wurde die „Braut“ hingehalten durch die Angaben, daß die Aufstellung noch auf sich warten lasse, daß noch eine ärztliche Untersuchung bevorstehe, ob der Dienst in Afrika seinen körperlichen Schaden verursacht habe u. dergl. m. Endlich kam die betrogene Braut dahinter, daß sie noch Leidensgefährtinnen habe und wurde, als sie den „Zustünftigen“ zur Rede stellte, gemißhandelt. — Die Kriminalpolizei ermittelte, daß J. überhaupt nicht in Afrika gewesen ist. Eine besondere Rolle spielte bei mehreren Mädchen eine kleine Browning-Pistole Nr. 68610, die Jolowsky mit einer gewissen Ehrfurcht und Ährlichkeit behandelt, weil er ihr bei den Kämpfen in Afrika sein Leben zu verbieten hätte. Tatsache ist, daß die betörte Braut, die die Anzeige erstattete, die Pistole im Juli v. J. mit einem schwarzen Ledersattel zusammen in der Prinz-Louis-Heidinand-Straße gefunden hatte, aber an Jolowsky abgeben mußte.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Die Redeübung heute Abend beginnt ausnahmsweise um 8 Uhr.

**Zugungesuch.** Der Herr, welcher am Freitag, den 19. Februar 1909, morgens kurz vor 8 Uhr gesehen, wie eine Frau in der Jägerstraße vor der Reichsbank geflossen ist, und auch derjenige Herr, der der Frau beim Aufstehen behilflich war, wird gebeten Namen und Adresse an die Konfektionsfirma Adolf Vachwald, Oberwallstraße 41, einzufenden.

## Vorort-Nachrichten.

### Vichtenberg.

Die Stadtverordneten wählten in ihrer Sitzung vom 23. Februar den Zigarrenhändler Gromandek, Niederbornufer 2, zum Armenkommissar für den 31. Bezirk, und den Jahnradfahrer Gupt Anders zum Waisenrat desselben Bezirks. Dem Antrage des Rechnungsausschusses entsprechend bewilligte die Versammlung nachträglich die Kosten für die im Sommer 1908 zur Aufstellung gelangte Choleraharade mit 4759,57 M. Von Interesse war die Mitteilung des Stadtv. Dr. Wolff, daß auch bei der Frage der drohenden Choleraepidemie, wo innerhalb weniger Tage die Vorbereitungen vom Magistrat getroffen, die Gesundheitsdeputation nicht gebürt wurde, ja daß die Deputation überhaupt noch nicht zusammengetreten sei! (Der Vorgang ist nicht neu. Die frühere Gesundheitskommission ist auch vom März 1908 bis zu ihrer Ablösung 1908 nicht zusammengetreten. D. V.) Einem weiteren Antrage des Rechnungsausschusses entsprechend werden die Ueberschreitungen beim Bau der Gemeindefchule in der Schornweberstraße mit 45 983,91 M. nachbewilligt und die Kosten des Baues mit 890 983,91 M. festgelegt.

Nachdem noch die Kosten für die Pflasterung des Weißenfeyer-Weges gemäß dem Antrage desselben Ausschusses festgelegt wurden, überwies die Versammlung die Rechnungen der Stadthauptkasse aus dem Jahre 1907, ebenso die Rechnungen der Kanalisation aus dem gleichen Jahre dem Rechnungsausschusse. Auch die Vorlage über die Beschaffung von Substanzen für die Klassen des Gymnasiums in Höhe von 8200 M. ging den gleichen Weg. In der Debatte wurde dem berechtigten Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Vorlagen entsprechend der Geschäftsordnung Behandlung und Vorbereitung finden möchten. Interessant war die Episode, wo der Stadtverordnete Vorsteher an den Stadtverordneten Melner, der Anträge auf Ueberweisung „namens seiner Freunde“ stellte, in Ausübung seines Amtes die teilnehmende Frage richtete: Herr Stadtverordneter Melner, wer sind denn Ihre Freunde?! Dem Herrn Vorsteher schien es ganz und gar unmöglich, daß innerhalb des bürgerlichen Volks sich einige Herren nicht länger der Fürsorge „derer um die Vorkuhlen!“ anvertrauen und ihre eigenen Wege gehen wollen! Und das ohne vorher die „altbewährten Führer“ zu befragen! Ja, ja, Koche Welt-Kitt fittet eben nicht alles!

Der Vorlage über die aufzunehmende Anleihe in Höhe von 15 Millionen Mark stimmt die Versammlung im Prinzip zu und verweist im übrigen die Angelegenheit einer gemischten Kommission, der auch unsere Genossen Ködler, Gedert und Düssel angehören.

Die Frage der Zuteilung der Stadt in die Versteckklasse B im Gegenzug zu Stralan, das in die Klasse A verlegt ist, obwohl zum gleichen Polizeibezirk gehörig, machte eine Interpellation und ein Antrag, dessen Dringlichkeit anerkannt wurde, zum Gegenstand der Verhandlung. In dem Antrage, der die Zustimmung der Versammlung fand, wird der Magistrat ersucht, alles anzubahnen, um die drohende Schädigung der Beamten und — Hauswirte zu verhindern. Der Bürgermeister sagte seitens des Magistrats bereitwilligste Unterstüzung zu.

Wir veröffentlichen kürzlich einen Notzettel aus der Gemeindefchule (Dorfstraße an der Kirche) über die dortigen, die Gesundheit schädigenden Zustände und bemerken dabei, daß eine vom Bauamt und von unseren Genossen kurz vor Weihnachten geforderte sofortige Reparatur von den bürgerlichen Herren in der Baukommission verweigert worden sei. Das bekannte hiesige Blättchen nannte unsere Feststellung eine „stinkende Lüge“. Wir reagierten auf diese Frechheit mit der Konstatierung, daß in der letzten Baukommissionssitzung die Angelegenheit zur Erörterung gekommen sei und dabei unserer Sachdarstellung nicht widersprochen werden konnte. Trotzdem behauptet das Blatt mit lecher Stirn in seiner Nummer vom 20. Februar:

Tatsache ist nun aber, daß die Angelegenheit des baulichen Zustandes der Schule in der Dorfstraße in der letzten Sitzung der Deputation überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist. Der „Vorwärts“ schwindelt hier seinen Lesern zum höheren Ruhme der sozialdemokratischen Mitglieder unseres Stadtverordnetenkollegiums einfach etwas vor. Aus dieser skrupellosen Kampfweise kann man am besten sehen, was auf die Angriffe des „Vorwärts“ gegen unsere hiesigen Verwaltungskörperchaften zu geben ist. „Der Zweck heiligt die Mittel“ ist der Grundschlag des sozialdemokratischen Zentralorgans; wo es gilt zu hegen, darf man auch vor lausiblen Lügen nicht zurückschrecken. Und solche Leute glauben dem Bürgerturn Moral predigen zu können.

In der Baukommissionssitzung am 23. d. M. wurde von unseren Genossen die Sache erneut zur Sprache gebracht, unter Hinweis darauf, daß in der vorigen Sitzung ein Stadtrat mit Bezug auf Prehstimmungen Ausklärung über die beregten Schutzverhältnisse verlangte und der Herr Vorsitzende bemerkt habe, daß Bauamt sei angewiesen die Zustände zu untersuchen, er werde über das Ergebnis der Kommission Bericht erstatten. Zwei Stadträte bestätigten das. Der stellvertretende Vorsitzende erklärte, er könne leider keine Auskunft geben, er habe an der vorigen Sitzung nicht teilgenommen, weshalb ihm die Sache nicht bekannt sei. Von unseren Genossen wurde nun auf die Behauptung im genannten Blatte verwiesen und bemerkt, wenn an dieser Irreführung ein Mitglied der Deputation schuld sei, dann müsse dies als bedauerlicher Mifstand politischer Moral bezeichnend werden. Hoffentlich werde der Herr den Mut haben, sich hier als Verantwortlicher zu bekennen. Das tat der Herr allerdings nicht, er versuchte nur — ohne zu erröten — sich herauszureden mit der Erklärung, die Verhandlungen seien nach Schluß der eigentlichen Sitzung durch Anfrage des erwähnten Stadtrats erfolgt. Es genügt wohl einfach, diese Tatsache zu konstatieren. Mit solchem — Herrn müssen unsere Leute sich herumschlagen.

### Charlottenburg.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern vormittag auf dem Bau des Reichsmilitärgerichts zugetragen. Dort stürzte der Arbeiter Adalbert Biemel von einer Stufe einer Kunststahlentreppe ab und fiel acht Meter tief. Bewußtlos mußte der schwer Verletzte mittels Krankenwagen von der Unfallstelle geschafft werden. Ansehend ist der Arbeiter von einem Schwundelansatz betroffen worden.

### Schöneberg.

Das alte Schuljahr endet mit dem 31. März, das neue beginnt, da der 1. April schulfrei ist, mit dem 2. April. Die eigentlichen Osterferien folgen erst später. Die Anmeldungen der schulpflichtigen Kinder finden für die hiesigen Gemeindefchulen Mitte März statt. Die Eltern erhalten von der städtischen Schuldeputation eine Aufforderung, in der mitgeteilt wird, daß die Einschulung in der Schule zu bewirken ist, in deren Bezirk die Wohnung liegt. Sollte es nun vorkommen, daß Eltern durch irgend einen Umstand keine Aufforderung erhalten haben, so sind sie trotzdem verpflichtet, die Einschulung anzumelden. Bei der Anmeldung ist entweder der Kauf- oder Geburts- und Impfschein des Kindes mitzubringen; für außerhalb des Ortes geborene Kinder genügt es, wenn deren Geburtschein zur Stelle ist. Der Tag der Anmeldung wird noch bekannt gegeben.

### Rixdorf.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich Dienstag früh am Heilmannplatz. Dort wollte das 20-jährige Fräulein Hermann aus Rixdorf einen noch in der Fahrt befindlichen Anhängewagen der Linie 58 befeigen; hierbei glitt sie aus und kam mit beiden Beinen in das Getriebe des Wagens. Mit vieler Mühe gelang es, die Verunglückte aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Fräulein H. wurde mit schweren Verletzungen an beiden Füßen in einer Droschke nach der Unfallstation in der Steinmeyerstraße befördert, wo ihr die erste Hilfe zuteil wurde.

### Steglitz.

**Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Der soeben erschienene Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts im Jahre 1908 weist mit 198 Klagen gegen 182 des Vorjahres abermals eine stärkere Inanspruchnahme auf. Das Gewerbe markiert wie stets mit 111 Klagen an der Spitze, von denen der Hauptanteil wiederum auf Maurer, Töpfer, Bauarbeiter und Fuher entfällt. Die meisten Klagen (124) richteten sich auf Zahlung rückständiger Löhne. Vor dem Vorsitzenden allein fanden an 81 Tagen 201 Termine, mit den Beisitzern an 19 Tagen 81 Termine statt. Dabei war die Höchstzahl der an einem Tage verhandelten Sachen vor dem Vorsitzenden allein 6, vor dem Spruchgericht 11. Zu 41 Beweiserhebungen wurden 53 Zeugen und 4 Sachverständige vernommen sowie 8 Eide geleistet. Die Gesamtzahl der Kläger betrug 293, davon 6 weibliche. Klagen gegen Emdurteile wurde nicht eingeleitet. Wenn auch bei 70 Klagen, die durch Vergleich erledigt wurden, (davon 63 vor dem Vorsitzenden allein), mancher Kläger nicht alles erreicht hat, was er zu fordern berechtigt zu sein glaubte, so ist doch andererseits die Schnelligkeit des Verfahrens (107 Klagen wurden innerhalb einer Woche, 41 in 2 Wochen erledigt) ein Vorteil, der gerade für den klagenenden Arbeiter sehr im Gewicht fällt. Mit der Schnelligkeit paarte sich die Billigkeit: Gerichtslosten wurden nicht vereinnahmt. Der Klagenanspruch schwankte zwischen 1,50 M. und 410 M. Als Einigungsamt wurde das Gewerbegericht nicht angerufen. — Das Kaufmannsgericht hatte einen Rückgang der Klagen von 27 im Vorjahre auf 24 im Berichtsjahre zu verzeichnen, in denen 10 männliche und 5 weibliche Kläger in der Hauptsache rücksichtliches Gehalt einforderten. Das Spruchgericht trat nur an vier Tagen des Jahres zusammen, während der Vorsitzende allein an 24 Tagen 27 Termine abhielt.

Das Gewerkschaftsgericht beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der bevorstehenden Gewerbegerichtswahl am Orte. Da dieselbe unter einem neuen Schiem, Verhältniswohl, stattfinden soll, die neuen Statuten dazu aber noch nicht herausgegeben sind, so wurde beschlossen, diesen Punkt der Tagesordnung bis zur amtlichen Bekanntmachung zu vertagen. Einer Anregung, in der Steglitzer Ortskassenkasse durch Wahl von Beisitzern usw. Einfluß zu gewinnen, soll in Zukunft Folge geleistet werden. Die Verlesung des Geschäftsberichts von 1908 wurde ohne Diskussion angenommen. Zu Vertretern der Gewerkschaften im Bildungsausschusse werden die Genossen Schmidt, Marksteinstr. 9, und Fenske, Zimmermannstr. 28, bestimmt. Die geplante außerordentliche Sitzung, welche am Pontaa durch Verbinde-



ung des Genossen Hoch hat ausfallen müssen, findet nun am Freitag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant Schellhufe, Kurfürststraße, statt. Von jetzt ab finden die Sitzungen jeden letzten Montag im Monat, abends 8 Uhr, im Restaurant Hofmann, Schloßstraße 117, statt. Einladungen erfolgen nicht mehr. Es fehlten die Vertreter der Bauarbeiter und Schneider.

Von einem Leichenwagen überfahren und schwer verletzt wurde der Kutscher Josef Tomczak. An der Ecke der Schloß- und Albrechtstraße wurde L., der im Begriff gewesen war, den Fahrdamm zu überqueren, um nach seinem Fuhrwerk zu gelangen, von einem vorüberfahrenden Leichenwagen niedergedrückt. Die Räder des Gefährtes gingen dem Verunglückten über die Brust hinweg. L. erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht.

### Alt-Ölirnide.

Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag nachmittags 3 Uhr im Lokal von Fröhlich statt. Das Thema: Warum soll die Frau sich organisieren? behandelte die Genossin W. u. m. In großen Zügen beleuchtete die Rednerin die soziale Stellung der Frau und zeigte in überzeugender Weise, daß es die Pflicht der vortäglichen Frauen sei, sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen. In diesem Sinne sprachen sich auch die Genossen Sissle und Dürre aus.

### Adlershof.

Einen Einbruchversuch in die Gemeindefasse unternahmen vorgestern zwei Berliner Eindrehler. Sie brachen die Kellerfenster aus, um vom Erdgeschoss in die Kassenräume zu gelangen, wo sich der Gelbhäutler des Gemeindevorstandes befindet. Als der Wächter seine Runde machte, schlug sein Hund an und wollte sich gar nicht beruhigen. In der Furcht übergriffen und gefügt zu werden, rannten die Diebstahlsforscher davon und ließen an dem Lokale eine Ladung mit Einbruchwerkzeugen zurück.

### Nowawes.

Die Gemeindevorteilnehmer der dritten Klasse finden am 8. und 9. März in den „Deutschen Festhallen“ statt. Die Aufgabe, daß in diesem Lokal auch der sozialdemokratische Wahlverein seine Versammlungen abhält, hat unsere Spieker beratend verschmupft, daß sie beim Bürgermeister vorstellig wurden, um denselben zu bestimmen, ein anderes Wahllokal festzusetzen. Aber der liebe Müß' war unionsüchtig, da der Bürgermeister erklärte, daß es aus verschiedenen Gründen nicht mehr möglich sei, diesem Wunsch zu entsprechen. Dieser Weisheit wurde in einer Delegiertenversammlung verschiedener bürgerlicher Vereine, die im Hotelleiter tagte und sich ebenfalls mit dem Kommunalwahllokal beschäftigte, einer scharfen Kritik unterzogen und einstimmig beschlossen, die Handlungsweise des Bürgermeisters beim Landrat zu denunzieren, um dadurch zu erreichen, daß ein anderes Wahllokal bestellt wird. In derselben Kleinigkeit Weise ist bereits vor zwei Jahren von einigen Ordnungshilfen gegen den Bürgermeister vorgegangen worden, als er die Wahl zur dritten Klasse der Gemeindevertretung in demselben Lokal abhalten ließ. Obwohl diese Gesellen damals ihren Zweck durchaus nicht erreichten, scheuten sich auch diesmal einige besonders „patriotische“ Anhänger des Bürgermeisters nicht, das Denunziantenhandwerk auszuüben, wobei sie sich hoffentlich eine gehörige Abkürzung holen werden. Bemerkenswert ist, daß der Inhaber des Wahllokales gar nicht sozialdemokrat ist, sondern aus denselben Gründen den Arbeitern sein Lokal zur Verfügung stellt, aus denen oft der patriotische Hausbesitzer gezwungen ist, seine Wohnungen sozialdemokratischen Mietern zu überlassen. Da übrigens nach und gewordenen zuverlässigen Mitteilungen sich die Bürgerlichen überhaupt nicht an der Wahl zur dritten Klasse beteiligen wollen, weil keiner ihrer Anhänger Lust hat, die Ehre eines Durchfallsokandidaten anzunehmen, lag für sie überhaupt keine Veranlassung vor, sich um das Wahllokal zu kümmern. Jedenfalls bietet die gefährdete Denunziation einen interessanten Beitrag zur politischen Verlotterung unseres Bürgerturns.

### Spandau.

Eine Zählung der unermittelten Wohnungen und Läden findet zurzeit auf Anordnung des Magistrats hier statt. Welchen Wert diese Zählung hat und in wessen Interesse sie ausgeführt wird, ist nicht recht verständlich. Wenn wirklich Wohnungen leer stehen, so kann es sich nur um größere handeln, denn an kleineren Wohnungen, namentlich an Arbeiterwohnungen, herrscht jedenfalls immer noch ein großer Mangel, auch sind die Mietpreise hierfür so hoch, daß sie von Arbeitern kaum noch gegolbt werden können. Weit zweckmäßiger wäre es, wenn der Magistrat einmal feststellen ließe, wie viel Räume zu Wohnzwecken benutzt werden, die zur menschlichen Wohnung gänzlich ungeeignet sind. Es würden da erschreckende Resultate zutage kommen. Es kann da gleich auf eine Wohnung in dem Hause Lysenstr. 23 hingewiesen werden. Dort wohnt eine Familie mit zwei oder drei kleineren Kindern in einer Kellerwohnung. Die Fenster stehen, vom oberen Raumbereich aus, mit dem Erdboden gleich und sind außerdem noch mit einem dicken und engen Drahtgitter versehen. Das Kindchen in einer solchen Wohnung krank werden, ist selbstverständlich.

## Gerichts-Zeitung.

### Es spinnt sozialdemokratisch in Zegel.

Unter dieser Ueberschrift erschien in der „Charlottenburger Tageszeitung“ ein mit Unwahrheiten und Fabelungen gespickter Artikel, der von dem satirisch bekannten Redakteur Müller des Amtsblatts „Zegeles Anzeiger“ inspiriert war. Der Artikel war die Basis einer am Sonnabend vor dem Amtsgericht verhandelten Verleumdungsklage der sechs bürgerlichen Gemeindevertreter: Schöffle Bräffow, Patentamtssekretär Schent, Postsekretär Fuchs, Schäfer, Engelle und Schumacher gegen den verantwortlichen Redakteur der „Charlottenburger Tageszeitung“ Dögel. Bei der letzten Wahl der Kreisvertreter waren der Schöffle Bräffow und der Gemeindevorteiler Schent von der Gemeindevertretung als Kreisabgeordnete gewählt, der Bürgermeister Weigert und der bisherige Kreisabgeordnete Schöffle Reichelt unterlegen, weil unsere Genossen für die andere Partei gestimmt hatten. Kurze Zeit nach dieser Wahl erschien der vorstehende Artikel. In diesem wurden heisse Tränen über den Durchfall des Bürgermeisters von Zegel vergossen und den Klägern vorgeworfen, sie hätten mit der Sozialdemokratie paktiert und ihrerseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse gemacht, wenn sie für ihren Kandidaten stimmten. Ein solches Paktieren, noch dazu seitens zweier Reichsbeamten, sei unerschöpflich. Der Artikel kritisierte das von ihm behauptete Verfahren mit scharfen, beleidigenden Worten. Der Kläger Schent, der auch Vorsitzender des Hausbesitzervereins in Zegel ist, wurde insbesondere seiner „Anarkroten Weste“ wegen verhöhnt, die Mitglieder seines Vereins wurden in einem zweiten Artikel aufgefordert, von solchen „Männern ohne Rückgrat“ abzurücken. Der Angeklagte suchte darzulegen, wie tief seine Trauer darüber gewesen sei, daß ein Bürgermeister bei der Wahl durchfiel und wieweil schwerer Schmerz es ihm verursacht habe, daß bürgerliche Vertreter, darunter gar zwei Reichsbeamte und der Vorsitzende des Hausbesitzervereins mit den Sozialdemokraten paktiert haben. Seine Information habe er von Müller, dem Redakteur des „Zegeles Anzeiger“ erhalten. Die Kläger erwiderten, ein Pakt mit den Sozialdemokraten sei nicht geschlossen, übrigens sei der Bürgermeister auch bisher nicht Kreisabgeordneter gewesen. Als Zeuge gab Bürgermeister Weigert zu, daß er bislang noch nicht Kreisabgeordneter war. Er wisse nicht, weshalb die Mehrheit

sich zu „einer so extremen Handlung, über die man den Kopf schütteln müsse, habe hinreichend lassen“, vielleicht hätten die Herren sich ein besonderes Ansehen im Ort verschaffen wollen. Es sei ihm erzählt worden, die beiden Herren hätten — hrer! — dem Herrn Landrat Graf v. Noebern im Kreisstag Opposition machen sollen. Von einem Pakte mit den Sozialdemokraten könne er auf eigener Wissenschaft nichts behaupten, aber — o scharf! — von den gegenüberliegenden Häusern aus sei eine Unterredung beobachtet worden. Dem Artikel stände er fern, er schreibe zwar manchmal für sein Amtsblatt, aber nur über wirtschaftliche Fragen. Den Ausdruck des zur Klage stehenden Artikels habe er ausdrücklich verweigert. Als Kläger, mit Ausnahme des Schöffle Bräffow, seien als neu und noch unerfahren in Gemeindefragen zu bezeichnen. Auf Befragen mußte dann der Zeuge aber zugeben, daß die Kläger Fuchs, Engelle und Schumacher seit über 11 Jahren in der Gemeindevertretung sitzen. Die Kläger widersprachen auch der Meinung, sie hätten Opposition im Kreisstag machen sollen. Lediglich die Amtsführung des Bürgermeisters, seine Hin in die Präzedenzen gebenden Anleihen seien ihnen nicht genehm gewesen.

Unser Genosse Hälbes bekundete, daß keinerlei Paktieren mit den Klägern stattgefunden hätte, daß auch keine Gegenleistung vereinbart war. Erst kurz vor der Wahl hätten sich die Sozialdemokraten zu dem Eintritt für Bräffow und Schent entschrieben, um die Wahl des Bürgermeisters zu verhindern und Männer im Kreisstag zu haben, die im Erwerbseben stehen. Ueber die Wahl hatte Zeuge mit O. V. Schent und Schöffle Bräffow gelegentlich einmal gesprochen, eine Stellungnahme aber abgelehnt. Angeklagter machte einen Bemitleidenswerten Eindruck, als er herbeigeführt, daß Genosse Hälbes Präsident ist, und an die Albernheiten des Reichslügenverbandes durch die Bemerkung erinnerte, es sei ja bekannt, wie die Sozialdemokraten im allgemeinen über Eid dächten.

Eine Reihe von Zeugen — Gemeindefektär Zernickow, Landmesser Westphal, Bankprokurist Hildebrandt konnten lediglich allgemeines Geträtsch wiedergeben, das Zegeles Philistertreiben als geistiger Nahrungsvorwurf dient. Der Kronzeuge des Angeklagten, Redakteur Wilhelm Müller des „Zegeles Anzeiger“, legte zwar recht viel Pathos in seine Zeugenaussage, ihr Inhalt ging aber nur dahin, daß er keinerlei Tatsachen für die Verleumdungen, von dem Angeklagten zu vertretenen Verteidigung angeben könne, und daß er den Angeklagten informiert hatte.

Das Gericht stellte fest, daß die beiden Artikel verleumdend und beleidigend im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches enthalten. Der Angeklagte hätte, bevor er Unwahrheiten in die Welt setzte, sich besser informieren müssen. In seinen Worten sei angenommen, daß er zwar politisch taktlos, aber doch aus ehrlichen Motiven heraus gehandelt habe. Der Angeklagte wurde zu fünfzig Mark Geldstrafe eventuell fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

### Ein gefährliches Rencontre zwischen Wilderern und zwei Forstbeamten.

bei welchem es auf beiden Seiten zu einem richtigen Schnellfeuer kam, beschaffte die erste Strafkammer des Landgerichts III. Wegen gewerbsmäßigen Jagens und Widerstands gegen die Staatsgewalt mußten sich die Arbeiter Albert Schönfeld, Fritz Wellentzin und Karl Urendt verantworten. — Im Oktober und November vorigen Jahres tauchten in dem Jagdrevier Rauen wiederholt Wildbiede auf. Von den Bewohnern der dortigen Gegend wurden wiederholt die Männer beobachtet, die gewöhnlich am frühen Morgen mit schweren Paketen beladen von dem Bahnhof Rauen nach Berlin zurückkehrten. Am 28. November vernahm der Hegemeister Brandtse in seinem Jagdrevier verschiedene Schüsse, die nur von Wilderern herrühren konnten. Er setzte sich mit dem Igl. Forstjäger Dahl in Verbindung, der das angrenzende königliche Jagdrevier verwaltete. Die beiden Beamten gingen nach jenem Teil des Waldes, in welchem dem Schall nach die Schüsse gefallen waren. In einer Lichtung bemerkten sie plötzlich den Angeklagten Schönfeld, der dort auf Anstand lag. Die Beamten nahmen den Wildbied fest und wollten ihn gerade abführen, als ihnen plötzlich von hinten ein lautes „Halt“ zugerufen wurde. Sie drehten sich um und sahen sich zwei drohend auf sie gerichteten Hintenläufen gegenüber. Die beiden Förster schlugen ebenfalls an. In diesem Augenblick trachten jedoch auch schon die Schüsse der beiden Wilderer. Die Situation war für die Förster eine sehr gefährliche, da sie in der Lichtung standen, während die Wildbiede aus einer Deckung heraus feuerten. Es wurden insgesamt 14 Schüsse getuschelt, die aber sämtlich schlugen. Erst als die beiden Komplexen des Verhafteten ihre Munition erschossen hatten, gaben sie den Widerstand auf.

Die Strafkammer erkannte gegen Wellentzin auf ein Jahr Gefängnis und gegen Schönfeld und Urendt auf je vier Monate Gefängnis. Wellentzin wurde außerdem sofort in Haft genommen.

### Ein großer Orgel in einer Kirche.

lag einer Anklage wegen Störung eines Gottesdienstes zugrunde, welche gestern die Arbeiter Gustav Linke und Vinzenz Danel vor die zweite Strafkammer des Landgerichts II führte. — Die Angeklagten waren Arbeiter in der Gasanstalt in Schwargendorf und hatten am 10. Dezember vorigen Jahres in einem dortigen Lokal an einer Geburtstagsfeier teilgenommen, die sich bis zum frühen Morgen hinzog. Als sie in angeheitelter Stimmung auf die Straße traten, hörten sie von der nahe gelegenen katholischen Kirche Glockengeläut. Sie drangen in die Kirche ein, in der eine Prümme abgehalten wurde, und verübten allen möglichen beschimpfenden Unfug. Sie verhöhnten die Anwesenden, sangen Gesellenlieder und schließlich zündete sich Danel eine Zigarre an. Der Gottesdienst mußte unterbrochen werden, da sich die beiden Aufständler trotz aller Ermahnungen nicht ruhig verhielten. Der Kirchendiener Janes veruchte sie gewalttätig zu entfernen, die Angeklagten drangen jedoch immer wieder in die Kirche ein. Die beiden Exzedenten mußten endlich durch die Polizei entfernt werden. — Vor Gericht behaupteten die Angeklagten, daß sie feinerzeit sinlos betrunken gewesen wären. Aus der Beweisaufnahme entnahm jedoch das Gericht, daß sie nur angegrünelt gewesen waren, und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von je 4 Wochen.

### Pofener Goldgräber.

Wer ist der Entdecker eines Schatzes? Diese Frage lag jüngst dem Reichsgericht aus Anlaß eines Goldfundes in Posen vor. In älteren Stadtiteln von Posen hat man schon öfters vergrabene Goldmünzen und Goldstücke gefunden. Es kurzten deshalb nicht selten Gerüchte von unter einzelnen Gebäuden vergrabenen Golde. Es soll der Baumunternehmer G., als er im Winter 1908 ein von ihm gekauftes altes Haus abbrechen ließ, auch darauf gerechnet haben, daß beim Abbruch ein Topf Gold gefunden werde. Nach seinen Darlegungen hat er deshalb den Bauaufseher angewiesen, mit seinen Arbeitern darauf zu achten und ihm den Fund auszuliefern. Bei den Ausschachtungsarbeiten fand schließlich der Arbeiter W. unter dem Schornstein den gedachten Schatz, bestehend in einem Topf mit Goldstücken und lieferte ihn dem Bauaufseher aus, der ihn an den Besitzer G. weitergab. W. beanspruchte aber nun als Entdecker des Schatzes — der einen Wert von zirka 7000 Mk. hat — die Hälfte davon, gestützt auf § 184 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Derselbst wird ausgedrückt, daß bei der Entdeckung eines Schatzes, der solange verborgen gelegen hat, daß sein Eigentümer nicht mehr zu ermitteln ist, die Hälfte dem Entdecker, die andere Hälfte dem Eigentümer zufließt, dem die Sache gehört, in welcher der Schatz entdeckt wird.

Das Landgericht Posen erkannte zugunsten des Arbeiters W., indem es diesen als Entdecker ansieht und den Besagten G. zur Verteilung der verlangten Auskunft über die Werthhöhe des Schatzes und zur Herausgabe der Hälfte verurteilt. Auf die Berufung des Besagten bestätigte das Oberlandesgericht Posen das erstinstanzliche Urteil nur insoweit, als auf die Erteilung der Auskunft erkannt ist, da der erste Richter erst über die Verpflichtung zur Teilung hätte entscheiden müssen, ehe er auf Herausgabe erkannt konnte.

Der Besagte hatte mehrere Beweise dafür erboten, daß er von dem Schatz gewußt habe, und daß er auch Anweisung gegeben hätte, direkt unter dem Schornstein zu graben. Infolgedessen hätte also der Kläger nicht mehr als Entdecker betrachtet werden dürfen. Das Oberlandesgericht lehnte die Beweiserhebung ab. Es nahm an, daß derjenige der Entdecker ist, welcher den Schatz bloßlegt. Das Gesetz verlange nur, daß der Entdecker den Schatz bloßlege, nicht daß er davon Besitz ergreife. Wenn der Besagte meine, daß die Arbeiter nur willenloses Werkzeug von ihm gewesen seien, so treffe das nicht zu, da jeder von ihnen der Entdecker des Schatzes hätte sein können und deshalb in der Fundigkeit eines jeden ein bestimmter Entdeckerwille zum Ausdruck kam. Als Entdecker hätte der Besagte nur dann gelten können, wenn keinerlei eigene Willensbetätigung der Arbeiter denkbar gewesen wäre, wenn also der Besagte ganz bestimmt gewußt hätte, wo der Schatz verborgen gewesen sei. Ob die Entdeckung zufällig erfolgte, oder in der Tätigkeit des Suchens geschehen sei, bleibe gleichgültig. Ueber die Fundstelle habe der Besagte nur allgemeine Vermutungen geäußert.

Auf die Revision des Besagten kam das Reichsgericht zur Aufhebung des Vorurteils und zur Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz, weil der Berufungsrichter wohl anerkenne, daß beim Vorhandensein eines bestimmten Wissens der Fundstelle seitens des Besagten dieser selbst der Entdecker sei, trotzdem aber die weiteren Beweise hierzu abgelehnt habe. Wenn aber mehr oder weniger bestimmte Vermutungen dafür sprächen, daß der Besagte eine bestimmte Stelle als Versteck des Schatzes gewußt habe, so hätte das Oberlandesgericht näher auf die hierfür angebotenen Beweise eingehen müssen.

## Vermischtes.

Ueber die Lage im Ueberschwemmungsgebiet der Havel und Elbe veröffentlichte die Königl. Wasserbauinspektion in Rathenow gestern mittag folgenden amtlichen Bericht: Die Elbedreher der Strombauverwaltung sind gestern und heute vormittag in der Elbe nur wenig vorwärts gekommen, da die Eismassen von ungeheurer Stärke sind und daher die Arbeiten nur sehr langsam von statten gehen. Der Wasserstand der Havel bei Habelberg beträgt 8,78 Meter, der Wasserstand der Elbe bei Dom-Mühlenholz 4,70 Meter.

In der Weichsel ertranken. In Thorn sind, wie von dort gemeldet wird, beim Ueberschreiten der Brücke der Weichsel in der Dunkelheit drei Personen ertrunken. Der Wäckermeister Paul Herrling, der Orbanführer Stoyf aus Strelino und der Musikant Stoyf vom 21. Infanterie-Regiment, die einen Verwandten in der Bromberger Vorstadt besuchte hatten, suchten sich den Weg zum Hauptbahnhof abzukürzen, indem sie über die Weichsel gingen. Dabei gerieten sie in eine offene Stelle und ertranken, ohne daß der Unfall vom Ufer aus bemerkt worden wäre. Die Leichen sind bisher nicht gefunden.

Ueber einen Eisenbahnzusammenstoß wird amtlich aus Reutrieb vom gestrigen Tage gemeldet: Gestern abends 11 Uhr fuhr zwischen Engers und Wendorf auf der zuletzt eingeleisteten betriebenen Strecke an der Saynbrücke ein von Wendorf kommender Güterzug infolge Ueberfahrens des Haltesignals einem nach Wendorf fahrenden Güterzug in die Flanke. Personen wurden nicht verletzt, dagegen eine Lokomotive und acht Wagen stark beschädigt. Der Verkehr wird bis heute abend vollständig gesperrt sein.

Sier Kinder verbrannt. Nach einer Meldung aus Stokholm sind bei einem Brande im Dorfe Umea vier Kinder umgelommen. Der Vater wurde bei dem Versuche, sie zu retten, schwer verletzt.

Dreizehn Menschen vom Wirbelsturm getödet. New Yorker Meldung zufolge hat in Fisher (Maine) ein Wirbelsturm dreizehn Menschen getödet und viele verwundet. Die Gebäude der Stadt sind bis auf zwei sämtlich beschädigt.

## Briefkasten der Redaktion.

Zu justizielle Erbschaftsamt, Lindenstraße Nr. 3, zweiten Hof, dreiter Eingang, vier Treppen. Adressenbuch: wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr laus. Gebühren 7 1/2 Mts. Sonnabends beginnt die Erbschaftsamt von 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnung beizufügen. Gerichtliche Antworten wird nicht erteilt. Die zur Beantwortung der Briefe können 14 Tage vergehen. Filiale: fragen nach man in der Erbschaftsamt vor.

C. G. 50. Die Zahlungspflicht besteht. Die Zahlung muß eine Refikation, wenn Sie darlegen, daß die Umkehrung verlässlich unterlassen ist. — G. 30. Wiederholen Sie die Anfrage. Hier liegt eine solche nicht vor. — G. 54. Die Ansprüche wären bei dem Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, geltend zu machen. Ihnen könde, je nach dem, ob eine Jubilierung der Rente bereits erfolgt ist oder nicht, ein Anspruch auf die Rente bis zum Tode des Mannes oder ein Anspruch auf die Hälfte der Beiträge zum Versicherungsanstalt zu. — G. 100. Ja. — G. 8. Die Angabe müßte Sie machen, müßten auch später den Hinweis angeben, sofern derselbe dann noch besteht. — C. R. Rein. — G. 100. 1-2. Die Verfolgung der Sache wäre aussichtslos, weil Verjährung vorliegt. 4. Soweit ersichtlich, können Sie jetzt mit Erfolg nicht mehr klagen. 5. Der Umfang, der in bürgerlichen Zeitungen gehandelt hat, war eben Unfug. 6. Ein Verzicht des Vormundes auf die Allmende seines Wobens ist ungültig, weil das Vormundschaftsgericht dem nicht beitrifft. Die Mutter kann unter Darlegung des Sachverhalts die Bestellung eines anderen Vormundes beantragen. — W. V. 54. Die Tochter erbt 1/2, die Witwe 1/2 des Nachlasses. Zum Nachlass gehört jedoch nicht das Eigentum der Witwe, also nicht die in die Ehe eingebrachten Sachen und das von der Ehefrau betriebene Geschäft. — Fr. R. 625. Von einem künftigen Ueberfall kann keine Rede sein. Vorwärtlich werden Sie eine Polizeistreife wegen Uebertragung einer Polizeiverordnung erhalten. Sie dürfen während des Fortzuges die Augen nicht schließen. — Alter Adoncutent. Nicht verwendbar. Warum geben Sie Ihre Adresse nicht an? — W. R. 100. 1. Grundmäßig müssen wir es ablehnen, bestimmte Finanz zu empfehlen. 2. Dafür gibt es keine Grenze. — W. J. 2. Nein. Sie müßten mit den Erben verhandeln. Die Eintragung ins Grundbuch erfolgt nicht ohne Zustimmung der Erben. — W. V. 69. Ja. — Knapp. Die Kirchensteuer sind in Ihrem Falle bis zum Schluß des Jahres 1908 zu zahlen. Es wären also die Steuern mit Ausnahme der für das erste Quartal 1909 verlangten zu Recht angeht. — W. V. 98. Für Ihre Frau; die Hälfte des bis dahin Gehaltens.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	23. 2.	22. 2.	am	am		23. 2.	22. 2.	am	am
Wemel, Müß	181 <sup>1</sup>	-3			Saale, Großh.	108	-6		
Bregel, Ankerburg	-5 <sup>1</sup>	+4			Havel, Spandau <sup>1</sup>	74	-1		
Weichsel, Thom	73 <sup>1</sup>	-4			Kathenow <sup>1</sup>	122	-10		
Oder, Rasthof	69 <sup>1</sup>	-2			Spree, Erdmberg <sup>1</sup>	84	0		
• „	181 <sup>1</sup>	-11			Beetzow	98 <sup>1</sup>	0		
• „	230 <sup>1</sup>	-11			Weser, Minden	50	-4		
Wartde, Schwinn	62	-4			• „	25	-5		
• „	76 <sup>1</sup>	+1			Rhein, Weyenhausen	30	-8		
Rege, Bormann	70 <sup>1</sup>	-29			• „	106	-1		
Elbe, Leitmeritz	-44	-1			• „	103	-5		
• „	-161	-1			Redar, Dellbrom	50	-8		
• „	120 <sup>1</sup>	-9			Rhein, Weichsel	141	-3		
• „	108 <sup>1</sup>	-2			Weser, Lutter	85	0		

1) + bedeutet Zufluß, — Fall, — 7 Unterpegel, — 7 Ebend.



Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filliale Berlin 6. Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr, bei C. Kramer, Gutfenstraße 40:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Generalversammlung in Halle a. S. 2. Aufstellung der Kandidaten und Wahl der Beisitzer. 3. Kassenangelegenheiten. 4. Berichtes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Die Differenzen des Bädermeisters Dohrmann mit dem Verband der Bäder und Konditoren sind zur Zufriedenheit geregelt und gilt diese Anzeile wieder als tarifiert.

Der Vertrauensmann der Bäder: Dohrmann, Ruglerstr. 4.

Augen auf!

Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)

- Monats-Jackett-Anzüge... 9, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge... 10, 12, 16, 20 M. Monats-Frühjahrs-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen... 2,50, 3,00 M.

Große Abteilung neuer Garderobe

J. Wand

Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Straße 116 an der Androssstraße. 2. Geschäft: Friedrichstraße 127 gegenüber Passage-Kaufhaus. 3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstr.

Garderoben jeder Art werden billig verlichen.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersees vorzüglich gelegene, billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit, auch ohne Bad, Balkon pp. sofort diermitbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brieger Straße, Mülli-Straße, Holländer- und Thuter Straße.

Achtung! Oeffentliche Volksversammlung

am Montag, den 1. März, abends 8 Uhr in den Pharusälen, Müllerstraße 149:

Vortrag vom Geistlichen a. D. A. Stern: Das Christentum und die Religion der Liebe.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.

Der Einberufer: A. Hoffmann, Blumenstr. 14.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 25. Februar 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhaffen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht für das 4. Quartal. 2. Jahresbericht für 1908. 3. Renzähl der Ortsverwaltung. 4. Wahl der Agitationskommission für den 1. Bezirk. 5. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Bildschön Steckpferd-Lilienmilch-Seife. Ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigen, jugendlichen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte: Steckpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Plureinlager, Vormärtsletern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R\*

Steppdecken billigt Habrit Große Frankfurterstraße 9, Plureinlager. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Plureinlager. 1613R\*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sorgfältige Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hebbeker. Mit 109 Veranschauligungen. Preis 2,50 M. Expedition Vormärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Haderstr. Markt 4, Bahnhof Börs. 264/11\*

Herrenbeten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Blüde, Federn, Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckstücke (portulilg). Plandierhaus Kretzer, Köpenickerplatz 7. 1577R\*

Büsten 1,20, Fabrikpreise. Berlinbergstraße 7. 1024B\*

Germania-Platz 6. Großberliner allererst Einlaufvorteil! Ueberbührbare Warenansammlung erfordert selbstverständlich ausnahmsweise erstreblichen Warenverkauf! Einmalen billigte Jackenfanzüge! Bedeckung! Sommerpaletots! Winterpaletots! Herrenhosen! Durchgehenden! Brautgeschenke! Goldschmuck! Schmuckwaren! Wanduhren! Ringauswahl! Kettenauswahl! Nierenauswahl! Wäschekästchen! Bettenauswahl! Wäscheauswahl! Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Steppdecken! Kissen! Plandierhaus Germania-Platz 6. Sonntags ebenjals geöffnet. +108\*

Gumlotzbleibhaus, nur Brannenstraße 58, Edehaus Stralunderstraße, Sportbillige hochlegante Jackenfanzüge! Gefrorenzänge! Allerbilligster Bettdecken! Aussteuerstücke! Wandbare Gardinenauswahl! Portieren! Steppdecken! Prachtteppiche! Uhrenverkauf! Allerlei Schmuckwaren! Gedruckt ganzer Tag, auch Sonntags.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 25,00 täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Etage. 1375R\*

Invetur-Audverkauf, Gardinen... 1647R\*

Erbsenstücker, entzündend... 1648R\*

Zahlbedecken 1,85, 2,25, 2,75... 125.

Teppiche, Fabrikmuster, mit... 1650R\*

Ringfreie Briefe 100, 855, 1000... 106.

Räumungsverkauf. Bis Ende... 1139B

H. D., Holandstraße. Die... 1067B

Ladenregal, 2 Meter 20 lang... 1067B

Geschäftverkäufe. Gornikewitz Co., Oranien... 1578R\*

zu verkaufen: Gutgehende Kunden... 1163B

Milchgeschäft, Materialwaren... 13.

Möbel. Gebrauchte Möbel aus... 1683R\*

Konfurmöbelen - Fahrräder... 62.

Musik. Klavierkurs, Monatspreis 3,00... 437B

Klavierunterricht (neue, doppelt... 1154B\*

Klavierstunden, Klavierstunden... 1154B\*

Klavierstunden, Klavierstunden... 1154B\*

Klavierstunden, Klavierstunden... 1154B\*

Klavierstunden, Klavierstunden... 1154B\*

Klavierstunden, Klavierstunden... 1154B\*

Verschiedenes.

Techniker- und Werkmeister... 1616R\*

Varentauwais Brief. Wäscherei... 2555R\*

Teilnehmer an einem englischen... 1003R\*

Wenn die Rüttelsprache... 1741R\*

Rantkoverei von Frau Kotschy... 11615\*

Wäsche wird sauber gewaschen... 200/15

„Neue Zeit“, „Sozialistische... 1152B

Der Stoff hat fertige Herren... 1747R

Wachstuch Karl Behrig, Köpenick... 1747R

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Berolinale, Sonnabend, 30. und... 777

Arbeitsstube, dreifach, hell... 1157B\*

Wohnungen. Zahnstraße 21, Zweiflurmer... 1120B\*

Sehr billig! 2 und 1 Etage und... 1732B\*

Guineastr. 6 (Schöne Wohnungen... 1003R\*

Ein- und Zweiflurmer-Wohnungen... 437B

Zimmer. Freundliches Vorderzimmer... 437B

Möbliertes separates Vorderzimmer... 77

Großes zweifluriges Zimmer... 747

Schlafstellen. Schlafstelle für Herrn bei... 777\*

Möblierte Schlafstelle an Herrn... 777\*

Möblierte Schlafstelle für zwei... 777\*

Witwe vermietet Schlafstelle... 712B

Möblierte Schlafstelle, zwei... 714

Möbel, Birschhafen, Kachläge... 7145

Mietsgesuche. Junger Mann sucht alleinige... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

Wegen Streiks und Differenzen... 793

15L\*

Inventur-Extrapreise!

Nur einmal jährlich im

Portieren Spezialhaus

Uebergardinen für Fenster und Türen.

Imposante Auswahl (einfacher und hochparter Genre).

Pro Fenster von 3<sup>75</sup> bis 175 M.

Ein Posten reichgestickter Plüsch-Portieren

Inventur-Extrapreis!

Pro Fenster 7<sup>85</sup> (Wert 13<sup>50</sup>) M.

Nach auswärtig per Nachnahme!

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!

Inventur-Extralist billiger Sonderangebote

gratis u. franko!

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69

Kassenhänder jeder Art August-Bad, Köpenickerstr. 69



Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. (22. Sitzung vom 24. Februar.)

Die Budgetkommission führte die Beratung über das Reichskolonialamt zu Ende und erledigte auch noch den ganzen Etat für Ostafrika. Vom Titel „Andere persönliche Ausgaben“ wurden 6300 M. gestrichen, dafür aber die einmaligen Ausgaben um einen neuen Posten von 50 000 M. erhöht. Weiter nahm die Kommission eine Resolution der Subkommission an, wonach das Kolonialamt erfucht wird, die Dienstverhältnisse seiner Beamten denen der anderen Ressorts anzupassen.

Beim Etat für das Ostafrikanische Schutzgebiet kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil die Regierung die 1901 eingerichteten Kommunalverbände aufzulösen beabsichtigt und daher die Einnahmen um 1 030 000 M. höher eingestellt hat. Als Ausgleich ist für das Gouvernment ein Fonds von 2 232 000 M. zur Selbstverwaltung geschaffen. Aus diesem Fonds sollen den Gemeinden mit eigener Verwaltung Pauschsummen als Beiträge des Gouvernements zur Deckung ihrer Verwaltungskosten gewährt werden. Der Zweck ist, eine bessere wirtschaftliche Verwendung dieser Gelder einzuräumen zu sichern und die Ausgaben der Kontrolle des Rechnungshofes zu unterstellen, denn ein Teil der Einnahmen und Ausgaben, welche als „kommunale“ in den Wirtschaftsplänen der Kommunen erscheinen, entzieht sich auch der Kontrolle der Bezirksräte, woraus sich große Mißstände ergeben. Die Kommunalverwaltungen haben mit den Geldern in einer Weise gewirtschaftet, die die schärfste Kritik herausgefordert hat.

Natürlich findet die geplante Aenderung den schärfsten Widerspruch der Weissen in Ostafrika. Zum Dolmetscher dieser Beschwerden machten sich in der Budgetkommission namentlich die Kolonialenthusiasten Krenndt, Krüning, Latmann u. a. Sogar der konservative Hans Eder zu Putlitz fand sehr warme Worte für die in Ostafrika durch die Pläne des Staatssekretärs Vernburg bedrohte Selbstverwaltung! Genosse Singer hob diese überraschende Stellungnahme eines preussischen Junkers besonders hervor und sprach den Wunsch aus, daß die Herren nunmehr auch für die Selbstverwaltung in Preußen eintreten würden. . . Wir seien sicher Freunde der Selbstverwaltung, aber hier verwalteten die Weissen die Gelder, welche die Eingeborenen durch die Hüttensteuer aufbringen!

Staatssekretär Vernburg brachte eine Menge Einzelheiten, wonach die Gelder, welche für die Eingeborenen verwendet werden sollten, zum Bauen herrlicher Straßen und Anlagen, zum Ankauf von Wagen zum Vorteil der Weissen ausgegeben, überhaupt unwirtschaftlich verwendet worden sind.

Der Etat wurde schließlich erledigt, nachdem ein Antrag Berger angenommen war, durch den die Regierung aufgefordert wird, einen die Kommunalbesteuerung in Ostafrika einfließenden Geleitzins vorzulegen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt. Auf der Tagesordnung steht der Postetat.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kalibergbau.

Die im Besitze des Herrn Hopsprenger a. D. Stöder befindlichen Kalipapiere sind in den vier Jahren 1900-04 um rund 1100 Proz. gestiegen. So lag man in einem während des jüngsten Wahlkampfes im Siegerlande von nationalliberaler Seite herausgegebenen Flugblatt. Die Kalipapulationen des seligen Stöder charakterisieren die Situation im deutschen Kalibergbau. Der deutsche Kalibergbau macht jetzt trotz oder vielmehr wegen seiner Monopolstellung in der Welt eine schwere Krise durch. Wabulos sind in den letzten Jahren neue Kalifelder erschlossen, Vobrgesellschaften gegründet, Berggewerkschaften geschaffen worden. Das jetzt vor seinem Ende stehende Kalisyndikat hat sich mit inneren Kämpfen zu tun gehabt. Ununterbrochen gab es Stürme von neugeborenen Außenleitern gegen die Syndikatsmauern, gegen die festgelegten Preise und Qualitäten. So ist's jahrelang gewesen, und es ist jetzt, wo das Ende bevorsteht, noch bedeutend schlimmer.

Gerade an der Kalindustrie, der Industrie dieses für die Landwirtschaft der Welt immer wichtiger und unentbehrlicher werdenden Düngeamittels, läßt sich deutlich die tolle Gegenwartspolitik erkennen, die die schrankenlose Ausbeutung nationaler Bodenschätze, den Raubbau großer Kulturwerte ruhig geschehen läßt.

Auch der Patriotismus der Profitmacher erscheint in diesen Kämpfen in schönster Beleuchtung. Stöder kaufte Anteile einer Vobrgesellschaft für 120 M. das Stück und verkaufte sie nach vier Jahren für 1200-1300 M. Jetzt ist der Preis dieser Anteile wieder bedeutend gesunken. Als kürzlich bekannt wurde, daß die American Agricultural Chemical Company, die mit der Virginia Chemical Co. bald zwei Drittel des amerikanischen Kunstdüngergeschäftes beherrscht, sich im deutschen Kalibergbau beteiligen wolle, um so von den deutschen Syndikatspreisen unabhängig zu werden, und an der Bergbaugesellschaft Teutonia hartes Interesse zeige, kam es zu einem Massenangebot von Kalifeldern, Kaliberggesellschaften und Kaligewerkschaften an amerikanische Interessenten! Die Profitlöhner bleiben dann natürlich doch gute Patrioten, die bei der nächstbesten Gelegenheit über die vaterlandlosen Sozialdemokraten schimpfen und toben, weil diese das liebe deutsche Vaterland zugunsten des Auslandes schädigen.

Syndikatspolitik.

Die billigen Auslandsverläufe des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats ermöglichen diesem einen Abschluß mit den Amsterdamer Gaswerken, nach welchem deren Kohlenbedarf vorwiegend von dem deutschen Syndikat gedeckt werden. Deutsche Konsumenten aber sahen sich veranlaßt, wegen der hohen Inlandspreise des Syndikats in Durham circa 80 000 Tonnen englischer Kohle zu kaufen. Auch ein Beitrag zum Kapitel Marktregelung durch Syndikatspolitik.

Zur Geschäftslage im Tabakgewerbe.

Schon während der Krise in den Jahren 1900 bis 1903 konnte man die Wahrnehmung machen, daß im Tabakgewerbe die schlechteste Zeit erst eintrat, als der Tiefpunkt der gewerblichen Krise im allgemeinen schon wieder überwunden war. Viel spricht dafür, daß auch bei der gegenwärtigen Krise das Tabakgewerbe erst gegen ihr Ende am schwersten betroffen wird. War doch selbst noch im Durchschnitt des Jahres 1908 der Beschäftigungsgrad keineswegs besonders ungünstig. Wohl aber befindet sich das Gewerbe zurzeit in einer recht unbefriedigenden Situation. Die Tatsache, daß der durch die schlechte Konjunktur veranlaßte Sparantriebszwang in weiten Bevölkerungskreisen den Absatz von Tabakfabrikaten beeinträchtigt, macht sich im Handel jetzt immer deutlicher fühlbar und bewirkt bei den Detailhändlern eine wachsende Zurückhaltung in der Ergänzung ihrer Lager. Die Beunruhigung wird durch die schwebenden Steuerpläne noch verstärkt, so daß die Lage im Tabakgewerbe ein ziemlich unfreundliches Bild darbietet. Die Zurückhaltung, die die Wiederverkäufer an den Tag legen, wird von den Fabrikanten um so unangenehmer empfunden, als sie noch über nicht unbedeutende Vorräte an teurem Rohstoff verfügen, den sie aus dem vergangenen Jahr in diesem mit Hinblick genommen haben. War doch die ausländische Rohstoffversorgung Deutschlands im Jahre 1908 ganz bedeutend höher als in den früheren Jahren mit Ausnahme des Jahres 1905. Es kommt für die gegenwärtige unbefriedigende Entwicklung in der Tabakindustrie noch hinzu, daß der Markt auch mit ausländischen Tabakfabrikaten, sowohl Zigarren als Zigaretten, reichlicher versorgt wird als in anderen Jahren. Die Einfuhr beider Fabrikatarten ist im Jahre 1908 beträchtlich in die Höhe gegangen; Zigarren wurden für circa 1,1, Zigaretten für 1,4 Millionen Mark mehr importiert als 1907.

Eine Aufforstung in großem Stile zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in England geplant. Im März 1908 wurde eine königliche Kommission beauftragt, die Frage zu untersuchen, ob es wünschenswert wäre, Versuche mit der Aufforstung von Land zur Steigerung der Arbeitslosigkeit während Zeiten des Niederganges auf dem Arbeitsmarkte vorzunehmen, und inwiefern solche Versuche durchgeführt werden können. Der zweite Bericht der Kommission ist kürzlich erschienen. Auf Grund eingehender Untersuchungen ist die Kommission zu folgenden Resultaten gekommen. Der Boden und das Klima der vereinigten Königreiche sei zum Anbau von bestem Bau- und Kuchholz sehr geeignet; die Aufforstung nach wissenschaftlichen Methoden wäre eine gesunde und einträgliche Kapitalanlage. Das Land, das sich zur Aufforstung eignet, beträgt ungefähr 3 642 106 Hektar und ein Wald von dieser Ausdehnung müßte jährlich 8 661 000 Ertrag geben, der der Einfuhr von Bauholz aus anderen Ländern im Jahre annähernd entspricht. Die beste Methode, um gutes verlässliches Bauholz zu erhalten, würde darin bestehen, daß man jährlich 20 232 92 Hektar aufforstet. Da es in England zu jeder Zeit und besonders im Winter Tausende und Tausende von Leuten gibt, die ohne Arbeit sind, würde es an Arbeitskräften für die Anpflanzung nicht fehlen. Nach Berechnungen der Kommission würde die Aufforstung von je 100 Acres während der Anpflanzungszeit von vier bis fünf Monaten im Durchschnitt zwölf Mann beschäftigen, und jede aufgeforsteten 100 Acres würden eine händliche Arbeit für eine Person abgeben. Wenn die Aufforstung von jährlich 20 232 Hektar vorgenommen wird, so würden 18 000 Menschen Arbeit haben und an händlicher Arbeit würden jährlich 1500 Arbeiter teilnehmen. Bei der Durchführung der Aufforstung der gesamten Fläche würden jährlich weitere 1500 Arbeiter händliche Beschäftigung haben und mit der Zeit des Anlaufes würde diese Zahl 100 000 erreichen. Die Kommission macht aufmerksam darauf, daß der Waldanbau und der Forstbetrieb ein neues Gebiet der Arbeit eröffne und daß der Markt hier so groß sei, daß eine Kollision zwischen dem Staate und den einzelnen Unternehmern nicht zu befürchten wäre. Zum Schluß empfiehlt die Kommission die Einsetzung einer Spezialkommission, die ein nationales Schema für die Aufforstung ausarbeiten soll, und falls es nicht möglich wäre, durch Kauf das nötige Land zu erwerben, es durch Zwangsversteigerung vom Staate gekauft werden soll.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Weg zur Mutterschaftsversicherung.

Wie stark das Verlangen nach einer Erweiterung der erst in den Anfängen befindlichen Mutterschaftsversicherung in die Erscheinung tritt, erkennt man aus der Tatsache, daß anlässlich der geplanten Reform unserer Arbeiterversicherungsgeetze die Vorschläge sich häufen, welche wichtige und schwer zu lösende Probleme behandeln. Alle bisher gemachten Gesetzesvorschläge scheitern daran, daß sie als mit zu großen Kosten verknüpft sind und darum für absehbare Zeiten nicht durchführbar abgelehnt wurden. Die „Sozialpolitische Rundschau“ macht auf einen von dem Karlsruher Arzt Dr. Alfons Fischer ausgehenden Plan aufmerksam, der auf einem Umwege zur gezielten

geregelten Mutterschaftsversicherung führen würde. Sie schreibt dazu: „Dr. Fischer schlägt vor, die für die Mutterschaftsversicherung in Betracht kommenden Frauen (bzw. Mädchen), die dem Krankenversicherungsgeetze bis jetzt nicht unterliegen, in Mutterschaftsversicherung auf der Basis der Selbsthilfe aufzubauen, so organisieren, ähnlich wie die Arbeiter zum Schutze gegen die Arbeitslosigkeit in Arbeitslosenklassen sich vereinigt haben. Er nimmt nun weiter an, daß wenn eine genügende Anzahl von Frauen aus dem Arbeiterstande und den diesem sozial gleichen Bevölkerungsschichten der Mutterschaftsversicherung beigetreten sind, zu dieser Maßnahme der Selbsthilfe Hilfe aus öffentlichen Mitteln treten würde, um die Unterstützungsgelder zu erhöhen, wie dies ja auch bei dem Center System der Arbeitslosenunterstützung geschehen ist. Bestehen dann in mehreren Städten eines Einzelstaates umfangreiche, von den Stadterverwaltungen zu unterstützende Mutterschaftsklassen, so könnte nach dem Vorbild der norwegischen Arbeitslosenversicherung eine Mutterschaftsversicherungsgesetz geschaffen werden, nach welchem alle Mutterschaftsklassen des Landes vom Staate zu subventionieren sind. — Doktor Fischer ist bei seinem Vorschlage, der theoretisch betrachtet, viel für sich hat, nicht stehen geblieben, sondern macht bereits mit Erfolg den Versuch, sein Projekt zu verwirklichen. Auf sein Betreiben hat sich in Karlsruhe eine Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung gebildet, in deren Aufsicht sozial denkende Männer und Frauen aller Stände, Aerzte, Juristen, Sozialreformer, Gewerkschaftsführer, Geistliche beider Konfessionen usw. tätig sind. Das Endziel der Propagandagesellschaft ist die staatliche Mutterschaftsversicherung; der Weg hierzu soll über die Mutterschaftsklasse führen. Damit aber die Beiträge der Klassenmitglieder nicht zu hoch, die Wählerinnengelder nicht zu gering bemessen sein müssen, andererseits die Klasse dennoch trotz der zahlreich zu erwartenden Entbindungen bei den Versicherungsnachrichtern lebensfähig erhalten werden kann, hat man sich an mehrere Behörden um Beihilfe zu einem Garantiefonds gewandt; die private Wohltätigkeit soll nicht angegangen werden. Bereits haben zwei Behörden, die badische Landesversicherungsanstalt und der Stadtrat von Karlsruhe nennenswerte Beiträge zur Verfügung gestellt; andere öffentliche Klassen, wie die Gewerkschaften, Krankenkassen usw. werden es ebenso wenig daran fehlen lassen, dieses gemeinnützige Unternehmen, das ein Vorbild für ganz Deutschland werden kann, zu unterstützen. Man wird die Entwicklung der Karlsruher Mutterschaftsklasse gewiß überall mit großer Aufmerksamkeit verfolgen; es wäre aber zu wünschen, wenn noch in anderen Städten gleichartige Versuche ausgeführt werden würden, um ein möglichst großes Erfahrungsmaterial zu erhalten.“

Kapitalistische Spiele für Kinder.

Wie traurig es noch in Deutschland mit der Kinderarbeit bestellt ist und wie jämmerlich tief in manchen Zweigen die Frauenarbeit tariert wird, beweist die Mitteilung einer Dame in dem Organ „Die Heimarbeit“. Dieser Dame wurden kürzlich kostbare Reinen-Durchbrucharbeiten offeriert und es entwickelte sich dabei folgender Dialog: „Was beschäftigen Sie mit diesen Arbeiten? Werden sie bei uns angefertigt?“ „O nein,“ lautete die Antwort, „unser städtischen Arbeiterinnen sind dafür viel zu teuer.“ (Diese Arbeiterinnen, Stickerinnen, verdienen nämlich einen Durchschnittslohn von 10-15 Pf. pro Stunde.) Weiter erklärte die Verkäuferin: „Diese Arbeit ist so ermüdend für die Augen und erfordert sehr viel Uebung und Geduld, die kann ich hier nicht anfertigen lassen. Diese Durchbrüche werden in Bayern gemacht, von Knaben im Gebirge, die treiben das als Spiel.“

Ein Spiel für Kinder, ein herzerfröhendes Geschehnis, daß man armen Gebirgskindern Gelegenheit zu solchen „Spielen“ verschafft, bei denen sie ihr Augenlicht und durch diese anstrengende, ermüdende Tätigkeit und das andauernde Sitzen in ihren jugendlichen Organismus den Keim zu späterem Siechtum legen. Andererseits wird hierbei eine Lohnbrüderlei geschädet, die in den betreffenden Erwerbszweigen schwere Schädigungen hervorruft muß. Vielleicht betrauen jene, die die Beschäftigung armer Kinder immer als Segen und Wohltat preisen, auch einmal ihre eigenen Sprößlinge mit derartigen „Spielen“.

Ärmlicher Marktbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktblöcken. Markttag: Fleisch: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr sehr knapp, Geschäft still, Preise betrübend. Fische: Zufuhr reichlicher, Geschäft ziemlich belebt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr geringend, Geschäft still, Preise behauptet.

Witterungsübersicht vom 24. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Rows include: Weimera, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Wien.

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. Februar 1909. Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Schneefällen, gelbem Frost und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Theater. Donnerstag, 25. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Das Rheingold. Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot. Dr. Frischer. Der Kaufmann von Venedig. Kammerspiele. Der Graf von Cleves. Neues Schauspielhaus. Hamlet.

Trianon. Der Salz. Neues Operetten-Theater. Die Dollarprinzessin. Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelskätzchen. Bernhard Hofe. Das Warenhausfräulein. Gaiety-Theater. Der Dämonenbesitzer. Bürgerl. Schauspielhaus. Der Salonkavalier. Gebrüder Hermann. Die beiden Hündchen. Apollo. Die Gasmis. Spezialitäten. Metropol. Donnerwetter - tabellos. Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Vanage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Volkshalle. Spezialitäten. Jolles Caprice. Ein lebiger Ehemann. Kasino. Russland. Spezialitäten. Gaiety-Vehrend. Schauspiel d. R. Salomé. Spezialitäten. Parodie. Siegel siegelt alles. Urvilla. Taubentruhe 18/19. Kummere Dich um Amelie.

Lessing-Theater. Donnerstag 8 Uhr: Der König. Freitag 8 Uhr: Abendspiel. Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Einer von unsers Leut'. Theater des Westens. Abendspiel 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 25. Februar, Anf. 8 Uhr. Kean. Freitag: Der Platter von Strödel. Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kummere Dich um Amelie.“ Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. Der Hüttenbesitzer.

Schiller-Theater. O. (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Erbe. Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philipp. Freitag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die fremde Frau. Hebbel-Theater. Königsplatz Str. 57/58. Revolutionshochzeit. Neues Operetten-Theater. Schönebergdamm 45. Die Dollarprinzessin. Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. Der Hüttenbesitzer.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Von Abbazia bis Korfu. Lustspielhaus. Seine kleine Freundin. Rixdorfer Theater. Der Ziegenbaron.

XIV. Saison! Zirkus Busch. Große Gala-Vorstellung. Konsul Peter! Die Viovilles! Auswanderer! Bernhard Rose Theater. Das Warenhausfräulein. Berliner Ulk-Trio.



**Zirkus Schumann**  
 Heute Donnerstag, ab 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
**Tiberio**  
 hebt einen 5500 Pfund schweren  
**Elefanten.**  
**Paet**  
 der drohlige Schimpanse.  
**? Waffenschmiede ?**  
**Dutton Company!!**  
 einzig existierendes  
 Boy-Känguruh.  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**Golo, Seeräuber.**

**Metropol-Theater**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter - tadello!**  
 Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
 Musik von Paul Lincke. Regie  
 Direktor Schultz.  
**Nassary - Perry**  
**Holden - Bender**  
**Giampletro - Kettner**  
**Plana - Thierscher.**

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Mann mit den vier Frauen.**  
 Freitag: Die goldene Lebenslüge.  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr Stüber-  
 vorstellung: Was u. Wozu. Abends  
 8 Uhr: Das Mädchen auf dem Wege.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das  
 Mädchen auf dem Wege. 8 Uhr:  
 Die goldene Lebenslüge.  
 Montag: Der Störenfried und:  
 Die Dienstboten.

**W. Noacks Theater**  
 Direction: Rob. Oll. Oranienstr. 18.  
 Täglich jeden Abend 8 Uhr:  
**Einer von unsere Feind!**  
 Voller mit Gesang in 4 Akten.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Sonnabend: Schreathenez. Ber-  
 liner Lokalität mit Gesang.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
 Kottbuser-Platz 7-9.  
**Der Salontiroler.**  
 Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Freitag zum erstenmal:  
**Uriel Acosta.**

**Palast-Theater**  
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
 Bahnhof Borsig.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
 Das dem Publikum u. d. gesamten  
 Presse anerkannt vorzügliche  
**Februar-Programm.**  
 Sensationell! Sensationell!  
**Georg Gailer**  
 der phänomale Balanockel.  
 Wiederanstreten von Avon Welt  
**Sturz aus der 6. Etage.**  
**Der arme Rajimir.**  
 Schwenk in 1 Akt v. Schmidt-Fantini.  
 Familienarten wochentags halbe Preise  
 überall gratis zu haben.

**Wahalla**  
**Variété-Theater**  
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
 Sonnabend, 27. Februar:  
**„Eine Knarr-Nacht“**  
 auf dem  
**Weinbergsweg.**

**Königstadt-Kasino.**  
 Holzmarktstr. 72.  
 Abf.: Spezialitäten-Vorstellung  
 mit Franz Sobanski  
 Offiza Locma, Oelism. Goldader,  
 The Goutsmith, Col u. Max Bad,  
 Max Silber, Max Kee.  
**Der Talmi-Graf.**  
 Voller in 1 Akt von F. Sobanski.

**Berliner Eis-Palast**  
**Ständige Eisbahn.**  
 Bis nachts 12 Uhr geöffnet.  
**Konzert und**  
**Kunstlaufen.**

**Parodie-Theater.**  
 Dresdenstr. 97. Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Siegel hegelt alles!**  
 oder: Der Nachfisch in Nöten.  
 oder: Alles für's Kind! oder:  
 Die Folgen eines Rendezvous.  
 Preise d. Sitzplätze: 30, 40, 75 Pf., 1 Pf.

**Folies Caprice**  
 Zum 77. Male:  
**Ein lediger Ehemann.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.

**Freie Volksbühne**  
 Im  
**Neuen Schauspielhaus:**  
**Maxim Gorki: Nachtasyl**  
 Szenen aus der Tiefe.  
**Rabagas. Die Sünde.**  
 Kleist: Hebbel:  
**Der zerbrochene Krug. Der Diamant.**  
**Im Thalia-Theater:**  
**Ludwig Anzengruber: Der Fleck auf der Ehr.**  
**Im Herrnfeld-Theater:**  
 Nr. der Mitgliedskarte  
 Sonntag, den 28. Februar . . . . . 1601-2400  
 Sonntag, den 7. März . . . . . 801-1600  
 Sonntag, den 14. März . . . . . 4801-5000  
**Der Probekandidat.**  
 Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich  
 noch in den Zahlstellen melden.  
 Der Vorstand.  
 In Vortr.: G. Winkler.  
 240/9

**Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 103-114**  
**Im Riesen-Festsaal:**  
**Großes Bockbierfest**  
 Rutschbahn Original-Alpen-Dekoration Wasserrill.  
 Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag: Gr. Tanz-Reunion.  
 Heute, Donnerstag, den 25. Februar: Elitetag.  
 Anlässlich der Fastnachtswoche:  
**Prämierung des größten Pfannkuchens.**  
 3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.  
 Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.

**Brauerei Friedrichshain.**  
 Größter Konzertsaal Berlins.  
**Heute Donnerstag: Drittlezter Tag.**  
**Schönstes Münch. Bockbierfest**  
 Der berühmteste Münchener Festwirt  
**Schorsch Ehrengruber**  
 mit seiner Truppe (60 Personen).  
 Morgen Freitag: Verletzter Tag, Elite-Tag.  
 Gratis-Verlosung v. ca. 400 Gegenständen.  
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

**Passage-Theater.**  
**Letzte Woche!**  
 Madame  
**Hanako**  
 mit ihrem Ensemble.  
**Robert Koppe!**  
 und das glänzende  
**Februar-**  
**Variété-**  
**Programm!**

**WINTERGARTEN**  
**Letzte Vorstellungen!**  
**Saharel**  
**Gertrude Barrison**  
**Simon u. Gardner**  
 in ihrer amerikanisch. Burleske:  
**Der neue Kutscher**  
 und das drohlige  
**Faschings-Programm.**

**Gebüder**  
**Herrnfeld-**  
**Theater.** Vorwerk.  
 8 Uhr. Vorwerk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57.  
**Die beiden**  
**Bindelbands**  
 Vorher: Februar-Spezialitäten.  
 Sonnabend, den 27. d. M.:  
 Jubiläums-Fest-Vorstellung  
 anlässlich d. 150. Aufführung  
 von Die beiden Bindelbands.  
 Einmalige Aufführung der  
 „Original-Klabrad-Partie.“  
 Hierzu die  
 Februar-Spezialitäten.  
 Billets heute schon erhält-  
 lich an der Theaterkasse Wer-  
 helm, Invalidentank.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger.**  
 Zum Schluss:  
**Der Kompanieball.**  
 Weltliche  
 Quersuche  
 von Moyal.  
 Anfang  
 nachmittags  
 8 Uhr.  
 Sonnt. 7 U.

**Casino-Theater**  
 Colthinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Sensationell!**  
**Rußland.**  
 Aktuell!  
**Rußland.**  
 Sonntag 4 Uhr: Witter Gräber.  
**Passage-Panoptikum.**  
 Neu! Neu!  
**Singhalesen-**  
**Gaukler-Truppe**  
 in ihr. wilden Heimatstücken  
**Salome,**  
**das blaue Weib.**  
 D. Opfer unbarbarer. Tätowation.  
 Alles ohne Extra-Entree.  
 Entr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

**Stadt-Theater Moabit.**  
 Größter und vornehmster Theater-  
 saal Moabits.  
 Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)  
 Donnerstag, den 25. Februar:  
**Die Gaubenlerche.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch.  
 Anf. d. Vorf. 8, Restöffnung 7 Uhr.  
 Sonntag 7 1/2 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: Tanz.  
 Sonntag, den 28. Februar: Die  
 Gaubenlerche.  
 Montag, den 1. März: Soiree der  
 Laityen Sängers.

**Sanssouci,**  
 Kottbuser  
 Straße 6.  
 Direction Wilhelm Keimer.  
 Heute Donnerstag: Neues Programm.  
**Elite-Soiree**  
 Tanzkränze.  
 von  
**Hofmanns Nordd. Sängers**  
 Der theatrale  
 Gakwirt.  
 Lustspiel in 1 Akt.  
**Stärklicher Beifall!**  
 Das große Februar-  
 Programm.  
 Beg. Sonnt. 6, wochent. 8 U

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger.**  
 Zum Schluss:  
**Der Kompanieball.**  
 Weltliche  
 Quersuche  
 von Moyal.  
 Anfang  
 nachmittags  
 8 Uhr.  
 Sonnt. 7 U.

**Apollo**  
**Theater**  
 8 1/2 Uhr: **Medi Herdina**  
**Goberi Belling**  
**Maria Vinent**  
**Lloyd**  
 10 1/2: Rosenmontag in Köln 1909  
**Theater Variété Brillant**  
 (City-Passage)  
 Dresdenstr. 52/3 Annonc. 42/3  
 Täglich: Auftreten von nur er-  
 fahrenden Spezialitäten bei gän-  
 zlich freiem Entree, auch Sonntags.  
 Sonnabend und Sonntag  
 nach der Vorf.: Gr. Freitanz.  
 Kinematograph.

**Gustav**  
**Behrens-**  
**Theater.**  
 Goltzstr. 9.  
**Gastspiel des Hr. Latouré**  
 mit seinem  
 weltberühmten Zwerchtheater:  
 und die übrigen erklaffigen  
 Spezialitäten.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Möbel**  
**Schulz**  
 Reichenberger Str. 5.  
**Gediegene Arbeit.**  
**Außerst billige Preise.**  
 Auch 750.  
**Ratenzahlung.**

**Andreassgarten**  
 Andreass-Str. 26. Andreass-Str. 26.  
 Empfehle meine Räume zu Ver-  
 sammlungen u. Festlichkeiten jeder Art.  
 Fremdenlogis, Regeldahl. Prompte  
 Bedienung. Großer Mittagstisch.  
 Donnerstag und Freitag frei, passend  
 für Vereine. Jeden Sonntag: Tanz  
 bei freiem Eintritt. — Den geehrten  
 Vereinen und Gesellschaften halte mich  
 bestens empfohlen. Franz Morkowski.  
**Säle frei!** Im März  
 sowie Oetern!  
**Englischer Garten**  
 Alexanderstr. 27c. Amt 7, 10628.  
 erster Hoflieferanten-  
 firma, weit unter Wert  
 (stort veräuß. Französischstr. 15, I. r.

**46 eigene Fischdampfer.**  
  
**25 000 Pfund Seefische**  
 von frischen Fängen unserer Dampferflotte bringen wir  
**Donnerstag, Freitag u. Sonnabend** zum Verkauf.  
 Besonders empfehlen wir folgende prachtvolle große, fast  
 grätenlose Fische, die wir auch im Anschnitt verkaufen:  
 ff. gr. Kabeljau, im Anschnitt per Pfund | 25 Pf.  
 ff. gr. Seelachs, im Anschnitt " " | 25 Pf.  
 ff. gr. Schellfisch, im Anschnitt " " | 35 Pf.  
 ff. gr. Seekarpfen " " | 25 Pf.  
 Alle anderen Seefische zum Kochen und Braten  
 zu billigstem Tagespreise.  
**Deutsche Dampffischerei-**  
**Gesellschaft „Nordsee“**  
 Größte Hochseefischer Deutschlands.  
 Hauptgeschäft: BERLIN C., Bahnhof Börse.  
 Verkaufsstellen:  
 S. Prinzenstraße 94. W. Potsdamer Straße 112a.  
 N. Schles. Bahnhof, Bog. 8/9. Wilmersdorfer Straße 111.  
 O. Invalidenstraße 131. NW. Wilsonstraße 57.  
 O. Große Frankfurter Str. 85. Spandau, Breitstraße 54.

**1 Minute**  
 erreichen  
 Sie  
 durch  
**Clio**  
 gas. gesch. 26 703  
**Chemisches Lederpräparat**  
**Doppelte Haltbarkeit Ihrer Schuhsohlen und Absätze.**  
**Bester Schutz gegen Nässe.**  
**Preis**  
**pro**  
**Flasche**  
**10 Pf. Ueberall**  
**käuflich.**  
 Alleinige Fabrikanten A. M. Riedel & Co., Chemische Werke, Char-  
 lottenburg 5, Oranienstraße 11. Fernspr. Charl. 2061. 2341.  
 2341.

**Möbelfabrik „Phönix“**  
 Die diesjährige  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
 findet im Geschäftslokale am 7. März,  
 vormittags 1/2 9 Uhr, statt.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht 2. Neuwahlen.  
 3. Geschäftsliches. Der Vorstand.  
 103/16

**Achtung! Achtung!**  
**Angler Berlins und Umgehung!**  
 Sonntag, den 28. Februar,  
 nachmittags 2 Uhr,  
 in Friedrichshagen im Lokal  
 „Fischerhütte, Secir. 11:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Stellungnahme gegen Verdoppe-  
 lung des Preises für Angelfarten  
 (leiters der Fischereiverordnungen Köpenick  
 und Rahnsdorf). — Ergeben aller  
 Angler erwünscht.  
**Die Kommission.**  
 Wir empfehlen unseren Lesern folgende  
**Neuercheinungen:**  
**Die Sozialdemokratie im**  
**Deutschen Reichstage.**  
 IV. Heft.  
**Die Tätigkeit des Deutschen**  
**Reichstages von 1887-1889.**  
 Von H. Bebel. Preis 1.— M.

**Sozialdemokratische**  
**Gemeindepolitik.**  
 Heft 9.  
**Hygiene der Städte.**  
 I.  
**Die Trinkwasserversorgung.**  
 Von Dr. F. Jabel. Preis 1 M.  
**Expedition des Vorwärts,**  
 Berlin SW.,  
 Lindenstr. 69, Laden.

**Husten,**  
**Heiserkeit**  
 wirken  
**Reichelt**  
**Hustentropfen**  
 überaus  
 schnell  
 und sicher  
 Nur echt mit  
 Marke  
 „Medico“  
 31.50 Pf. u. 1 Pf.  
 Vor Nachahmungen jeder Art sei  
 jedoch dringend gewarnt.  
 In den meisten Drogerien und bei  
 Otto Reichelt, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
 des  
**6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 20. Februar verstarb unser  
 Mitglied, der Vater  
**Kasimir Gakowski**  
 Schönholzer Str. 14.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 25. Februar,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Philippus-Kloster-  
 Friedhofes aus nach dem südlichen  
 Friedhofe, Ritterstr. 44/45, statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 216/1 Der Vorstand.

**Verband der Maler,**  
**Radierer, Anstreicher usw.**  
**Filiale Berlin.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 das am 20. d. M. das Mitglied  
**Casimir Gakowski**  
 (Bezirk Norden) 151/1  
 gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 25. Februar,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Halle des St. Philippus-Kloster-  
 Friedhofes, Ritterstr. 44/45, aus  
 statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 125/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
 Kasselle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 das der Buchbinder  
**Gustav Hintze**  
 nach längerer Krankheit ver-  
 storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 25. Februar,  
 nachmittags 2 Uhr, von der Halle  
 des Reichenberger Kirchhofes, Vor-  
 stadtstr. 4, aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 23/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Lithographen,**  
**Steindruckere u. verw. Berufe.**  
 (Deutscher Senefelder-Bund.)  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Montag, den 22. Februar,  
 verstarb nach langem, schwerem  
 Leiden unser Kollege und Mitglied,  
 der Steinbruder  
**Max Jegodziensky**  
 an der Lungenentzündung.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, den 25. Febr., nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Reichenberger Kirchhofes,  
 Berliner Straße, aus statt.  
 Die Verwaltung der Filiale I.

**Zentral-Verband**  
**der Steinsetzer**  
 und Berufsgenossen Deutschlands.  
 Sektion III (Steinhauer).  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 das unser Kollege und Ehren-  
 mitglied  
**August Liese**  
 am 21. Februar verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, den 25. Febr., nach-  
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Reichenberger Kirchhofes,  
 Vorstadtstr., aus statt.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
 spenden beim Hinscheiden meines  
 lieben Mannes  
**Karl Selge**  
 sage ich hiermit allen Verwandten,  
 Freunden und Bekannten, den Riktern  
 des Hauses Adrestr. 20, dem Rikter  
 und den Kollegen meines Mannes,  
 der Firma Rudolf Krüger meinen  
 herzlichsten Dank. 2503  
**Emma Selge geb. Eshelbe**  
 und Mutter.

**Danksagung.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung und  
 die Kranzspenden bei der Beerdigung  
 meiner lieben Frau, sage allen Be-  
 kannten und Verwandten sowie der  
 Firma Rieckmann meinen herzlichsten  
 Dank. 11505  
**Dauk nebst Kindern.**  
**Dr. Simmel,** Prinzenstr. 41.  
 Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2.6-7. Sonntags 10-12.2-4  
**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neues Katalog  
 25. Ausgabe. viel. A. A. v. Prof. Dr. 22  
 H. Unger, Gumbinnenstr. 11  
 Berlin NW. Friedrichstraße 91/92